

Werk

Titel: Forschung

Ort: Bern

Jahr: 2003

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0018 | LOG_0035

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Wolfgang G. Schwanitz

Djihad »Made in Germany«: Der Streit um den Heiligen Krieg 1914–1915

DER Erste Weltkrieg währte ein halbes Jahr, als der holländische Arabist Christiaan Snouck Hurgronje einen Aufsatz über den »Heiligen Krieg ›Made in Germany‹« publizierte.¹ Sein deutscher Kollege Carl Heinrich Becker antwortete ihm zornig auf seine Kritik an der »bewußten deutschen Islampolitik«. ² Die beiden hatten sich zuvor schon brieflich ausgetauscht. Dabei hatte Becker noch vier Jahre vor dem Ersten Weltkrieg – zu einer Zeit des deutsch-französischen Streits um Marokko also – den Islam als eines der »seltenen internationalen Probleme« angesehen, »die keinen politischen Zündstoff enthalten«. Die Furcht, eine politische Macht könne sich mit dieser Religion verbinden, schien ihm wenig begründet zu sein. Denn die Solidarität des Islam sei lediglich eine Konstruktion, die »der weißen Rasse ist eine Tatsache«. Für Hurgronje aber war die Lehre vom Heiligen Krieg ein Grund dafür, warum der Islam mit anderen Religionen Verständigungsschwierigkeiten hatte.³

- 1 C. Snouck Hurgronje, *Heilige Oorlog made in Germany*, in: *De Gids*, Amsterdam, 79 (Januar 1915) 1, S. 1–33; auf Englisch in New York 1915 bei G. P. Putnam's Sons erschienen als »Holy War made in Germany«. Nachdruck (I): *The holy war ›made in Germany‹*, 1915, in: Ders., *Verspreide Geschriften*, Bonn/Leipzig 1923, Bd. III, S. 257–285.
- 2 Carl Heinrich Becker, *Deutschland und der Heilige Krieg*, in: *Internationale Monatschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik*, 9 (01.05.1915), S. 632–662, 641. Nachdruck (II): *Die Kriegsdiskussion über den Heiligen Krieg (1915)*. A: *Deutschland und der Heilige Krieg*, in: Ders.: *Islamstudien. Vom Wesen und Werden der islamischen Welt*, Hildesheim 1967, S. 281–304.
- 3 Briefwechsel Hurgronje-Becker Mai 1911 in: Ludmila Hanisch, *Gelehrten selbstverständnis, wissenschaftliche Rationalität und politische »Emotionen«*. Ein Nachtrag, in: *Die Welt des Islams*, Leiden, 32 (1992), S. 107–123, hier S. 114–116.

So scharf der Disput auch war, bei dem beide Gelehrte im ersten Kriegsjahr noch einmal aneinander gerieten,⁴ die Wissenschaft hat erst spät begonnen, ihn aufzuarbeiten.⁵ Heute können die Kritiken und die Reaktionen neu gelesen werden, denn sie geben nicht nur über den Zeitgeist Aufschluss, sondern ihr Verständnis ist auch im neuen Millennium wichtig, nachdem der sogenannte Kampf zwischen den Kulturen global diskutiert wird.

Worum ging es im Djihaad-Streit? Zuerst sollen die akademischen Positionen des Holländers und des Deutschen beschrieben werden. Weitere Themen sind: die konzertierte Djihaad-Aktion von Deutschen und Osmanen; Berlins Plan sowie die deutsche Organisation und die türkische Fatwa (Rechtsgutachten) des Djihaad; Hurgronjes Argumente gegen Becker und dessen Antwort; und das Fazit dieses Disputs, der so wenig an Aktualität verloren hat. Die Geschichte und die Schulen des Djihaad werden in dem folgenden Beitrag nur erwähnt, sofern sie von den Beteiligten erörtert wurden.⁶

Christiaan Snouck Hurgronje war der herausragende holländische Islam-Forscher. Seit 1906 hatte er eine Professur an der Universität in Leiden inne. Aber er war auch Berater seiner Regierung für ostindische und arabische

4 C. Snouck Hurgronje, Deutschland und der heilige Krieg. In: Internationale Monatsschrift, Leipzig-Berlin, 9 (Mai 1915) 10, Spalte 1025–1034. Nachdruck (III): Ders.: Verspreide Geschriften (wie Anm. 1), S. 287–293; Carl Heinrich Becker, Deutschland und der heilige Krieg, in: Internationale Monatsschrift (wie Anm. 2), 9 (1915), Spalte 632–662, 641. Nachdruck (IV): Die Kriegsdiskussion über den Heiligen Krieg (1915). B: Schlusswort, in: Ders.: Islamstudien, S. 304–309.

5 Fück, der sein Werk C.H. Becker widmete, und Paret ignorierten den Djihaad-Streit. Johann Fück, Die arabischen Studien in Europa, Leipzig 1955, S. 318–319; Walther Braune, Der islamische Orient zwischen Vergangenheit und Zukunft, Bern/München 1960; Rudi Paret, Arabistik und Islamkunde an deutschen Universitäten, Wiesbaden 1966, S. 16–20; einen Hinweis gab Joseph Van Ess, From Wellhausen to Becker: The Emergence of Kulturgeschichte in Islamic Studies, in: Malcolm H. Kerr (ed.), A Tradition and its Problems, Malibu 1980, S. 28–34; Heine übersah Oppenheims Djihaad-Schrift in: Peter Heine, C. Snouck Hurgronje versus C.H. Becker. Ein Beitrag zur Geschichte der angewandten Orientalistik, in: Welt des Islams, 23–24 (1984) 4, S. 378–387; Hanischs Einwände zur »angewandten Orientalistik« (wie Anm. 3); zum Rahmen vgl. Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Königstein 1979; Landau verweist auf Hurgronjes Beitrag zum Heiligen Krieg made in Germany (I), vgl. Jacob M. Landau, The Politics of Pan-Islam. Ideology and Organization, Oxford 1994, S. 99; der Orient ohne Djihaad-Faktor bei Gregor Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871–1914, München 2000.

6 Djihaad, in: Hamilton A. R. Gibb/John H. Kramers (eds.), Shorter Encyclopaedia of Islam, Leiden 1991, S. 89; Tilman Nagel, Geschichte der islamischen Theologie, München 1994; Rudolph Peters, Jihad in Classical and Modern Islam, Princeton 1996; War. In: Bernard Lewis, A Middle East Mosaic, New York 2000, S. 267–322.

Fragen. In dieser Funktion machte er der Kolonialmacht Holland Vorschläge, wie diese die Bevölkerung des heutigen Indonesiens behandeln solle. Dort, vor allem auf der Nordspitze Sumatras, bekannten sich verschiedene Gruppen zum Islam. In der imperialen Hoch-Zeit erhoben einige Mächte Anspruch auf dieses Sultanat Atjeh.⁷ Die Niederländer unterwarfen in den Jahren 1873 bis 1908 die Einheimischen in vier Kriegen. Die Atjehnesen definierten ihren Widerstand gegen die Kolonialherren als Dihad, wobei Hurgronje eine Doppelrolle spielte. Ein niederländisch-indischer Informationsdienst schätzte seine Rolle so ein: Er setze sich einerseits für die Unterwerfung der Atjehnesen ein, andererseits verwende er sich für Reformen, die den Islam akzeptierten, ihn aber aus der Politik fern zu halten suchten. Allerdings war Hurgronje nach so vielen Opfern, die der Kolonialkrieg forderte – es starben zehntausend Holländer und zehnmal so viel Atjehnesen – in Fragen des Dihad eher skeptisch.⁸

Carl Heinrich Becker war der moderne deutsche Islam-Forscher. Bei der Gründung des Hamburger Kolonialinstituts erhielt er 1908 den Lehrstuhl für Geschichte und Kultur des Orients. Zwei Jahre später gründete er die noch heute erscheinende Zeitschrift »Der Islam«. Als er in der Hansestadt sein Seminar aufbaute, lag ihm vor allem an der aktuellen Ideen- und Kulturgeschichte. Einen Ruf nach Bonn nahm er 1913 an. Drei Jahre später reduzierte er seine Forschung wesentlich, weil er in das Preußische Kultusministerium eintrat und dort seine Karriere bis an die Spitze des Hauses verfolgte.⁹

Becker, der wie viele zu Beginn des Ersten Weltkrieges kriegsbegeistert war und im Bündnis mit der Türkei sein Konzept vom Islam als Kulturgeschichte verwirklicht sah,¹⁰ gilt als der Begründer der gegenwartsbezogenen Islamkunde in Deutschland.¹¹ Sein Kollege Hurgronje nahm eine ähnliche Stellung¹² in Holland ein. Der in Amsterdam geborene Becker, ein

7 Geschichte, Karten, Dokumente: Aceh 1496–1908: www.stabi.hs-bremerhaven.de/whkmla/region/seasia/aceh.html.

8 Hurgronje (1875–1936) und Indonesia online – The Aceh Wars: www.indonesia.com/indonesia/sumatera/sumatera.php.

9 Becker (1876–1933) war im Preußischen Kultusministerium 1919 Staatssekretär, 1925–1930 Minister.

10 Carl Heinrich Becker, Der Islam im Rahmen einer allgemeinen Kulturgeschichte [1921], in: Ders.: Islamstudien, Leipzig 1924, Band 1, S. 24–32.

11 Fritz Steppat, Der Beitrag der deutschen Orientalistik zum Verständnis des Islam, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 35 (1985), 3, S. 387; dazu ferner Hanisch (wie Anm. 3), S. 108.

12 Hollands Arabistik zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Fück (wie Anm. 5), S. 325–328.

Jahr älter als Hurgronje, starb im Jahr des Machtantritts der Nazis, während der Holländer diese Zäsur um drei Jahre überlebte.

Beide waren überzeugt, dass der türkische Halbmond nicht verlöschen und der Islam nicht vergehen werde, weil er reformfähig sei. Diese Grundannahme, die in der These über das Ende der Universalgeschichte und deren Zerfall in die Geschichte von Kulturkreisen, also auch in die des islamischen Kulturkreises, mündete, wurde von den Jungtürken¹³ aufgenommen. Mit ihnen rückten die besonderen Beziehungen zwischen Türken und Deutschen in das Zentrum der außereuropäischen Bemühungen Berlins. »Der aufsteigende Halbmond«¹⁴ symbolisierte das Gefühl dieser neuen Dimension in der auswärtigen Politik, das »Bündnis mit dem Islam«.

*Im »Türkenfieber«: Die Inszenierung, der Startschuss
und die Wahrheit des Dihad*

Sowohl Hurgronje als auch Becker waren gestandene Hochschullehrer; der eine mit, der andere ohne Erfahrungen in der Politik, als der Erste Weltkrieg ausbrach. Anfang August 1914 sahen sich die beiden Vierzigjährigen in ein blutiges Geschehen gerissen, das damals noch bejubelt und als von kurzer Dauer eingeschätzt wurde. Aber es erforderte eine klare Positionierung.

Ende Oktober 1914 trat das Osmanische Reich auf Seiten der Zentralmächte in den Weltkrieg ein. Dieser Schulterschluss mit den Deutschen galt als eines der umstrittensten Ereignisse seiner Zeit und sorgt noch heute für Debatten. Es war die »weitaus wichtigste Einzelentscheidung« in der jüngsten Geschichte des Nahen Orients: sie sei nicht zwingend, sondern auf prodeutsche Jungtürken um Enver Pascha zurückzuführen gewesen. Nichts habe das Schicksal der Region mehr beeinflusst als das türkisch-deutsche

13 Ausf. Bernard Lewis, *The Emergence of Modern Turkey*, New York 2002, S. 207 ff.

14 Ernst Jäckh, *Der aufsteigende Halbmond*. Stuttgart 1915. Er erlebte die jungtürkischen Juli-Erhebung 1908 und arbeitete wie Max von Oppenheim auf den Dihad zum Kriegsbeginn hin. Am 20.08.1914 schrieb er, S. 237: »Die Fahne des Propheten mußte den Panislam zum vernichtenden Hass aufrufen gegen die englische und französische Fremdherrschaft von Indien bis Marokko.« Und am 05.11.1914, S. 244: »Wer in diesen Tagen in Konstantinopel in die Räume des Generalissimus Enver Pascha hineinblicken konnte, der konnte dort die Abgesandten der fernsten und wildesten Stämme aus Afrika und aus Asien sehen, freudig bereit zum Schwur auf das Schwert des Kalifen, das gegen Rußland, gegen England und gegen Frankreich ausholt für Deutschland; der mußte aber auch über die weitreichende Organisation staunen, die den Islam bereits belebt und stärkt.«

Bündnis im Weltkrieg.¹⁵ Die Deutschen hingegen frohlockten. Sie befahl ein »Türkenfieber«, wie Becker die Hochstimmung noch im zweiten Kriegsjahr bezeichnete.¹⁶

Hurgonje war nicht vom Kriegersrausch befallen. Er sah sich herausgefordert, als Mitte November 1914 der höchste osmanische Rechtsgelehrte, der Scheich des Islam, den Dihad an der Seite der Deutschen legitimierte. Dies geschah so, wie es die Deutschen mit den Türken besprochen hatten. Max von Oppenheim drängte Mitte August darauf¹⁷, planmäßig Kriegsberichte im Orient zu verbreiten. Zudem forderte der Kaiser den Kriegsminister der Türkei Enver Pasha zum Angriff auf. Auch sollte der Sultan alle Muslime in Asien, Indien, Ägypten und Afrika zum Heiligen Krieg für das Kalifat aufrufen,¹⁸ aber laut Oppenheims Dihad-Plan nicht zum Kampf gegen alle Ungläubigen, sondern nur gegen gewisse Fremdherrn.¹⁹

Ein besonderes Schauspiel inszenierte in diesem Kontext der Dragoman Karl E. Schabinger Freiherr von Schowingen. Nachdem die Russen den Türken den Krieg erklärt hatten und die Briten und Franzosen gefolgt waren, suchte der rechtskundige Experte für orientalischsprachige Sprachen 14 Kriegsgefangene aus Paderborns Sennelager aus. Am 1. November 1914 kablete er Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg, dass er diesen Arabern mitgeteilt habe, der Kaiser würde sie aus Anteilnahme mit den islamischen Staaten zu ihren Glaubensgenossen zurückführen lassen. »Als Wanderzirkus getarnt«, reiste der Diplomat im Orientexpress mit den 14 Marokkanern, Tunesiern und Algeriern nach Konstantinopel.²⁰

15 Efraim Karsh / Inari Karsh, *Empires of the Sand. The Struggle for Mastery in the Middle East 1789–1923*, London 1999, S. 1–6.

16 Beckers Brief an O. Franke, 29.03.1916, zit. in Cornelia Essner/Gerd Winkelhane/Carl Heinrich Becker (1876–1933), *Orientalist und Kulturpolitiker*, in: *Die Welt des Islams*, 28 (1988), S. 157–158.

17 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, PAArchAA, WK11, Bd. 1, Memoranda Oppenheims an Bethmann Hollweg, Berlin, 18.08.1914, zit. in: Landau (wie Anm. 5), S. 105.

18 PAArchAA, Botschaft Konstantinopel, 15.08.1914, R20936; ferner: Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Bearb. und eingel. von Immanuel Geiss, Hannover 1964, Bd. 2, Nr. 698, S. 293, Nr. 1070, S. 622–627, Nr. 1161, S. 696–697.

19 Sal. Oppenheim jr. & Cie., Hausarchiv, Oppenheim 25/10, Max Freiherr von Oppenheim, Denkschrift betreffend Die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde, Berlin 1914, S. 7. Ich danke Gabriele Teichmann, Köln für ihre freundliche Hilfe.

20 Karl Emil Schabinger Freiherr von Schowingen, *Weltgeschichtliche Mosaiksplitter. Erlebnisse und Erinnerungen eines kaiserlichen Dragomans*, hrsg. von Karl Friedrich Schabinger Freiherr von Schowingen, Baden-Baden 1967, 219 S.

Nach der Ausrufung des Dihad²¹ zog eine große Anzahl von Menschen vor die Kaiserlich Deutsche Botschaft, auf deren Balkon der Gesandte Hans von Wangenheim und Karl E. Schabinger mit den »Turkos« standen. Der Dragoman schrieb darüber: »Ich stellte die Nordafrikaner vor mir auf und soufflierte ihnen ›Hoch lebe der Sultan, der Kalif‹«. Der deutsche und der österreichische Botschafter sowie Nazim Bey und Mukhtar Bey hielten Reden, anschließend begaben sich die Vertreter beider Seiten in das Stadttinnere. Schabinger berichtete: »Ich sehe jetzt noch den türkischen Polizisten, der ebenfalls mit hineinging (ins beste Stadthotel; das Tokatlian gehörte einem Armenier – W.G.S.) und sich zwei oder drei Meter entfernt vor eine schöne englische Stehuhr stellte, den Revolver zog, und in die Uhr hineinschoss. Das war der Anfang des ›Heiligen Krieges‹.«²²

Von Konstantinopel aus begleitete Schabinger den tunesischen Scheich Salih ash-Sharif at-Tunisi nach Berlin. Vermutlich hatte Kriegsminister Enver Pascha den ihm nahestehenden Scheich um diese Reise nach Deutschland ersucht.²³ Der Theologe, der sich als ein »Nachfahre aus der Familie des Propheten Muhammad« bezeichnete, hatte im Vorfeld bereits negative Erfahrungen mit den Italienern in Tripolis und mit der französischen Okkupation in Tunesien gemacht. Im libyschen Derna hatte er gemeinsam mit Enver Pasha den Dihad gegen die Italiener geführt. Scheich Salih war Enver nach Konstantinopel gefolgt, nachdem dieser »Held des Islams und Herzgeliebte der Muslime« 1908 mit den Jungtürken an die Macht gekommen war. Doch dann ging Enver für drei Jahre als Militärattaché nach Berlin und beteiligte sich danach an den Kriegen auf dem Balkan und gegen Italien. Seit Anfang 1914 übte er in der »Stadt des Kalifats« das Amt des Kriegsministers aus.

Scheich Salih brachte nach Berlin ein Traktat mit, das er Ende Oktober 1914 verfertigt hatte. Zu dieser Zeit ließen Kreise um Enver Pascha von einem Rechtsgelehrten, einem Mufti, eine Fatwa, ein islamisches Rechts-

21 Im Auftrag des Sultans verlas der Scheich des Islams die fünfteilige Dihad-Fatwa in der großen Moschee Mehmed des Eroberers am 14.11.1914 in Konstantinopel. Hiernach wandte sich die Prozession durch die Stadt zur österreichischen und deutschen Botschaft, wo Reden gehalten worden sind. Vgl. Hurgonje (I) (wie Anm. 1), S. 273–274.

22 Schabinger (wie Anm. 20), S. 106–108; S. 123: »Turkos«, Gefangene aus französischen Regimentern der Kolonien.

23 Oppenheim (wie Anm. 19), S. 111, vermerkt, dass aus Konstantinopel oder Damaskus ein algerischer, »womöglich fanatisch muhammedanischer, antifranzösischer Mullah nach Berlin beordert« werden sollte, darunter auch zur Betreuung der Kriegsgefangenen.

gutachten, vorbereiten, um den Dihad ein Dutzend Tage später ausrufen zu können. Vorab geschrieben, galten die neun Seiten umfassende Ausarbeitung samt Vita des Scheich Salih den Deutschen als Begründung für die anstehende Dihad-Fatwa. Die Deutsche Gesellschaft für Islamkunde gab das Traktat im Februar 1915 in Berlin als Broschüre heraus.²⁴

Der Scheich betitelte seine Schrift mit »Haqiqat al-Dihad«, also »Die Wahrheit über den Glaubenskrieg«. Martin Hartmann, Professor des Orientalischen Seminars der Hauptstadt, führte in seinem Geleitwort aus, Scheich Salih lebe in den Gedanken der traditionellen Auffassung seiner Religion und ihrer Lehren, wie sie das orthodoxe System biete, das sich um 1100 etabliert habe. Diese Ordnung sei »im ganzen sunnitischen Islam anerkannt«, doch unterteile sie sich in eine strengere und eine gemäßigtere Richtung. Der Scheich vertrete die gemäßigtere und glaube sogar, dass auf ihrer Basis eine Versöhnung der Franken²⁵ und Islamwelt möglich sei. Zudem wolle er beweisen, dass die Lehre vom Dihad mit Europas Ideenwelt vereinbar sei. Seine Schrift erhellte den Geist, in dem Theologen der gemäßigten Schule das schwierige Problem des Dihad behandelten und sich, ermutigt von der jüngsten Entwicklung, tolerant äußerten. Er habe die Lehre des Heiligen Gesetzes über den Dihad leicht verständlich dargestellt.²⁶

24 Schaich Salih Aschsharif Attunisi: *Haqiqat Aldschihad. Die Wahrheit über den Glaubenskrieg*. Aus dem Arabischen übersetzt von Karl E. Schabinger, mit einem Geleitwort von Martin Hartmann, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Islamkunde. Berlin 1915, 18 S. [unterschieden 03.11.1914], S. 18: Nach dem Krieg in Derna ging Scheich Salih nach Konstantinopel. Dort sei er in Begleitung Enver Paschas im Dienste der islamischen Gemeinde geblieben, »bis ich zu der Mission berufen wurde, die mich nach Berlin führte. Als die Reise hierher feststand, verfaßte ich diese Abhandlung und brachte sie mit mir hierher, um sie unter dem deutschen Volke zu verbreiten.« Die Vita, S. 17–18, verfasste er erst in Berlin. Ferner zu Scheich Salih Landau (wie Anm. 5), S. 114–115; Gerhard Höpp, *Texte aus der Fremde. Arabische politische Publizistik in Deutschland, 1896–1945*, Berlin 2002, S. 80–83. Ich danke Gerhard Höpp, Berlin, für die Lokalisierung der Schrift Scheich Salih.

25 Georg Jacob, *Arabische Berichte von Gesandten an germanischen Fürstenhöfen aus dem 9. und 10. Jahrhundert*, Berlin-Leipzig 1927, S. 48 (Index): Franken, arabisch *Ifrandja*, hatte einige Bedeutungen. Früh betraf es Franken in West- und Mitteleuropa, im 10. Jahrhundert mit Paris als Zentrum (S. 25), bald auch germanische Stämme, die Deutschen speziell im Rhein-Main-Gebiet, wobei »Franken« in Europa seit dem 19. Jahrhundert ungebrauchlich wurde. Noch im 20. Jahrhundert galt *al-Ifrandj* für Europäer. Max von Oppenheim (wie Anm. 19), S. 89, notierte 1914, *Farangies* hießen in Indien Engländer. Hans Wehrs Wörterbuch vermerkte 1952 zum arabischen Verb *tafarnadja*, »sich europäisieren, die Europäer nachahmen«.

26 Hartmann in Attunisi (wie Anm. 24), S. 3.

Die »Wahrheit des Djihad« thematisiert dessen Bedeutung, Nutzen und Geltung. Während der Große Djihad das Ringen mit der eigenen Seele, die spirituelle Selbstüberwindung darstelle, sei der Kleine Djihad die Entfaltung von aller Energie und Kraft, um die Feinde des Islams mit Hab und Gut zu vernichten. Diese seien nicht alle Andersgläubige, sondern nur die, »die uns wegen unserer Religion bekämpfen« und »aus unseren Wohnungen vertreiben«, »indem sie sich unserer Heimat bemächtigen oder unseren Feinden beistehen« wie »Russen, Engländer und Franzosen«. Ausnahmen seien die »Schutzgenossen« oder jene, »mit denen wir in einem von ihnen beachteten Bundesvertragsverhältnis stehen« wie zum Beispiel die Deutschen. Der Djihad fordere nicht die Tötung eines jeden Andersgläubigen, sondern mache es möglich, die Energie zur Tötung der Feinde des Vaterlands aufzubringen, »so wie es eine jede wahrhaft gesittete Nation halte, indem sie in würdiger und freier Weise zu leben wünscht«.²⁷

Der Scheich interpretierte die Lehre des Djihads antikolonialistisch. Ursprünglich habe sie verlangt, die Ungläubigen außerhalb der islamischen Räume zu bekämpfen, meist Juden und Christen im Kriegsraum (Dar al-Harb), um so pflichtgemäß den islamischen Friedensraum (Dar as-Salam) zu erweitern. Denn der Kriegsraum existiert dem islamischen Friedensraum zuwider. So schließt diese Lehre den Djihad unter Muslimen aus, gegen Abtrünnige aber ein. Der Djihad soll gegen Andersgläubige – Angehörige von Naturreligionen und Heiden, alle als »Ungläubige« definiert – geführt werden, bis die Welt zur islamischen Friedenszone werde.²⁸ Dabei gibt es den Djihad als Angriffs- und Verteidigungskrieg. Beides, so der Scheich, treffe zu: Zum einen gegen die genannten Angreifer, zum anderen gegen diese als Besetzer islamischer Räume.

Scheich Salih empfahl den Djihad nach innen, gegen sogenannte Fremdherrn, und nach außen, gegen Angreifer. Ausnahmen bildeten die sogenannten inneren Schutzgenossen, geduldete Minoritäten wie Christen und Juden, und äußere Bundesgenossen, wie beispielsweise die Deutschen. Da aber auch auf der gegnerischen Seite Muslime in den besetzten Ländern kämpften – etwa Inder und Nordafrikaner auf Seiten der Briten oder Turkvölker auf Seiten der Russen – musste auch dafür eine Lösung gefunden werden, worauf ich noch am Beispiel der Djihad-Fatwa eingehen werde.

²⁷ Attunisi (wie Anm. 24), S. 5–7.

²⁸ Ausf. Gibb/Karmers (wie Anm. 6), S. 205–206.

Jeder Krieg, den Muslime gegen Ungläubige führten, galt als Dihad. Wer dabei fiel, wurde ein Märtyrer (Shahid) und war sich des Paradieses mit besonderen Vergünstigungen sicher.²⁹

Den Nutzen des Dihad sah der Scheich darin, die Folgen einer feindlichen Besetzung abzuwenden und Gottes Religion wieder herzustellen. Denn barbarische Feinde wie die Russen, Engländer und Franzosen brächten Chaos in die Wirtschaft eines eroberten Landes: Sie rissen alles an sich und besteuerten das Volk; sie verdrängten das Buch Gottes, wandelten Moscheen in Kirchen um und hoben religiöse Gesetze auf; sie brächten soziale Demütigung und religiöse Zerrüttung. Ihre Religion sei des Teufels und ihre Helfer seien Freunde des Satans. Diesen Weg wollten sie der ganzen Welt vorschreiben. Der Dihad sei zwar nicht der Kampf gegen alle, »die mit uns nicht in der Religion übereinstimmen, aus Rache und religiösem Fanatismus, wie das die Feinde verbreiten und selbst tun«, er müsse jedoch so lange geführt werden, »bis die Feinde aufgeben und wir und die Alliierten vor Unordnung« bewahrt werden, ja bis der allgemeine Friede für das Recht und seine Helfer in Ewigkeit gesichert sei.³⁰

Der Dihad, erklärte Scheich Salih weiter, sei eine Individualpflicht für jeden Muslim, für Mann und Frau, alt und jung. Die islamische Welt habe die Pflicht, sich unter der Fahne des Kalifats der erhabenen Familie Osman einmütig zu erheben und sich um ihren treuen Verbündeten, die Deutschen, zusammenzuscharen, um die Menschenwelt von der Herrschaft der Briten, Franzosen und Russen zu erlösen. Dabei seien vier Pflichten zu befolgen: Tapferkeit, Gottvertrauen und Gotteslob sowie die Befreiung der islamischen Welt von ihren Eroberern, wobei es verboten sei, den Feind zu verstümmeln sowie Frauen und Kinder zu töten.³¹

Martin Hartmann ordnete Scheich Salih der toleranten Schule zu. Doch dem Widerspruch zwischen dem universellen Anspruch des Islam mit seinem »globalen Dihad-Auftrag« – solange es Ungläubige gab – und einem zeitweiligen Bündnis mit diesen, konnte sich auch der Scheich nicht entziehen. Er ging pragmatisch vor, wusste er doch um die damalige Unter-

29 Der Islam kennt keine der Bibelkritik vergleichbare Entwicklung. So gibt es Streit um seine Quellen und was davon, wie die Paradiesvorstellung, bei der Kompilation des Korans interpoliert oder bei späteren Vokalisationen hinzukam. Ausf. Michael Cook, *Der Koran. Eine kurze Einführung*, Stuttgart 2002.

30 Attunisi (wie Anm. 24), S. 7–9.

31 Attunisi (wie Anm. 24), S. 9–13.

legenheit der islamischen Räume. Dabei sprach er sich nicht nur für einen möglichen Pakt mit Vertretern anderer Religionen aus, sondern stellte auch einen allgemeinen Frieden mit ihnen in Aussicht. War es ein Burgfrieden oder die Aufgabe des heiligen Auftrags zur Globalisierung der gottgewollten Ordnung? Stets stritten Gelehrte um das Konzept des Versöhnungsraumes (Dar as-Sulh), der einen Zwitterstatus – »weder Islam noch Dihad« – einnimmt.³² Kam Scheich Salih's Friedensidee daher? War sie mehr als eine zeitweilige Selbstbeschränkung, gar ein »partieller Dihad« bis zu dessen völligen Aufgabe?

Wie früher beließ es Scheich Salih nicht bei Worten. Er ging an die Westfront, wandte sich an die Muslime mit Reden sowie Flugschriften und traf sich mit Kronprinz Rupprecht von Bayern. Er sprach »in geschlossenen Räumen (erstklassige Hotels) zu erlesenem Publikum« sowie zum »gesamten diplomatischen Corps« in Berlin. Der Kaiser, dem der Text des Scheichs übersandt worden sein soll,³³ empfing ihn im Schloss Bellevue. »Für unsere Propaganda« zum Dihad, so Karl E. Schabinger, »hatten wir auch andere bedeutende« Muslime wie den großen Redner 'Abd al-'Aziz Shawish, die Aufrufe und Lageberichte herausgaben.³⁴

Wie die Deutschen eine Art »Türkenfieber« befiel, so brach auch bei manchen Muslimen eine Art »Deutschenfieber« aus.³⁵ Nicht, dass die Deutschen den Dihad erfunden hätten, doch setzten sie ihn in einer bisher beispiellos konzertierten Aktion auf die Agenda des Weltkrieges. Wie insgeheim verabredet³⁶, trat Konstantinopel Berlin im Krieg bei. Beide Länder propagierten, von ganz oben gesteuert, den Dihad gegen ihre europäischen Feinde, und zwar in deren afro-asiatischen Kolonien. Am Bosphorus verlas ein Mufti die Dihad-Fatwa, patriotische Reden wurden gehalten, ein Schauspiel fand vor der Moschee statt, in der Loge saß ein deutscher Souffleur, der dem Reichskanzler direkt darüber berichtete.

32 Ausführlich Gibb/Kramers (wie Anm. 6), S. 68–70.

33 Heine (wie Anm. 5), S. 387.

34 Schabinger (wie Anm. 20), S. 110–114.

35 Celal Nuri (Ileri): *Ittihad-I islam ve Almanya* (The Union of Islam, and Germany). 1913, in: Landau (wie Anm. 5), S. 80–83.

36 Am 02.08.1914, zwei Tage vor den britisch-deutschen Kriegserklärungen, gingen Enver Pascha und Hans von Wangenheim ein geheimes Militärbündnis ein, eine Weichenstellung für später.

Ein osmanischer Polizist, ein Muslim als »Zeitstürmer«, schoss auf eine »christliche Uhr«, dass sie zum Stillstand kam: Sollte das die neue Dihad-Ära sein? Ein deutscher *maitre d'islamologie*³⁷ und sein Schüler edierten den Dihad-Text eines tunesischen Würdenträgers, den Wilhelm II. empfing. Darin wurde der türkische »Sultan und Kalif« gelobt, der als entscheidende Figur diesen Glaubenskrieg ausgerufen hatte. Aber erkannten alle den Kalifen an und galt sein Dihad überall? Durften Rechtgläubige mit Ungläubigen gegen andere Ungläubige und »deren« Muslime kämpfen?

Das versuchte Scheich Salih auf Anweisung von Enver Pascha mit einem Kommentar speziell für Deutsche zum Dihad zu beantworten. Aus Sicht der »toleranten Schule« nahm er sich das Recht, alles nach Opportunitätsgründen zu bewerten. Er verfasste den Text, aber nicht etwa als Gegenschrift,³⁸ sondern vorab und benannte, wie von Berlin gewünscht, konkret Freund und Feind sowie Schutz- und Bundesgenossen. Er wollte die Briten, Russen und Franzosen als »koloniale Barbaren« vertreiben und erhob den Dihad von der Gemeinde- zur Individualpflicht. Er predigte »religiösen Anti-Imperialismus«, warb aber auch um allgemeinen Frieden, ja er hielt die Europa- und Islamräume für versöhnbar. Zwar hatte Scheich Salih neue Ideen eingebracht, doch folgten sie aus der ihm bewussten Schwäche und erhofften Stärke. Sie waren kein defensiver Kommentar³⁹, sondern im Gegenteil eine offensive Anpassung der Lehre über das Heilige Gesetz des Dihad.

37 So wurde Martin Hartmann, 1912 Mitgründer der Deutschen Gesellschaft für Islamkunde und ihres Organs, »Die Welt des Islams«, vor allem in Frankreich gewürdigt. Vgl. Fück (wie Anm. 5), S. 269–273.

38 Heine (wie Anm. 5), S. 385: Er stellte es so dar, als habe die NfO Scheich Salih's Text als »Gegenschrift« nach dem Ende der Kontroverse Hurgonje-Becker (Mai 1915) veranlasst, um Deutsche zu beruhigen. Das war aber nicht möglich, denn der Scheich schrieb seinen Text schon Ende Oktober 1914 und signierte ihn am 03.11.1914. Da hatte der Streit noch nicht begonnen (Januar 1915).

39 Heine (wie Anm. 5), S. 385: Heine fiel Scheich Salih's Schrift durch eine »eher defensive Interpretation« der fünfteiligen osmanischen Dihad-Fatwa (11.11.1914) auf. Nicht so Hartmann und Schabinger, die ihre fast revolutionären Neuerungen in Geleit- und Nachworten beschrieben haben. Eine defensive Dihad-Interpretation (Ibn Abidin) in Fritz Steppat, Kalifat, Dar al-Islam und die Loyalität der Araber zum Osmanischen Reich bei Hanafitischen Juristen des 19. Jahrhunderts. In: Ders., Islam als Partner, Würzburg 2001, S. 167–186.

*Der Berliner Plan, die deutsche Organisation
und die osmanische Djihad-Fatwa*

Ein deutscher Plan und ein osmanischer Rechtsbescheid sollten auf praktische Fragen Antwort geben. Max von Oppenheim war als Archäologe und Diplomat⁴⁰ ein Architekt der muslimischen Revolutionierung.⁴¹ Der deutsche Abu Djihad hatte 20 Jahre Orientfahrung und der Kaiser kannte seine Berichte. Oppenheim, ein Mittfünfziger, legte Ende Oktober 1914 seine geheime und umfangreiche Schrift »Die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde« vor. Arthur Zimmermann, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, gab sie in das Große Hauptquartier zum Kaiser weiter. Wilhelm II hieß Oppenheims Idee gut, den Djihad durch intensive Mitwirkung der Türken unter der Fahne des Sultan-Kalif in zielbewusster Organisation einzusetzen.⁴²

So kam es zur Gründung der Nachrichtenstelle für den Orient (NfO), als Übersetzungs- und Agitationsbüro mit Orientalen wie Scheich Salih und diversen Helfern im Orient: Ein akademischer Propagandadienst des Auswärtigen Amts für den Krieg. Diese Kollegialbehörde war kein Geheimdienst und Max von Oppenheim war kein Spion. Ihre »eigentliche Aufgabe« lag auch nicht in der »Beschaffung von Nachrichten aus dem Orient«,⁴³ denn dazu hätte sie eine andere Struktur, geschultes Personal, Residenturen, aber nicht Lesesäle haben müssen.⁴⁴ Die Nachrichtenstelle für den Orient hatte ihren ersten Sitz im Reichskolonialamt in Berlin Mitte und zog später

40 Martin Kröger, Mit Eifer ein Fremder im Auswärtigen Dienst. In: Gabriele Teichmann/Gisela Völger, (Hrsg.), *Faszination Orient. Max von Oppenheim*, Köln 2002, S. 106–139.

41 Der Einwand [Herbert Landolin Müller, *Islam, gihâd (»Heiliger Krieg«) und Deutsches Reich*, Frankfurt a. M. 1991, S. 196], Oppenheim sei nicht Vater des Djihads, da er sich auf Envers Berichte gestützt habe, ist nicht stichhaltig: Sicher haben sie kooperiert, aber Oppenheim war doch der »deutsche Abu Djihad«. Ihm halfen von Wangenheim, Helmut Jäckh, Arthur Zimmermann und NfO-Akademiker.

42 Oppenheim (wie Anm. 19), S. 1.

43 Heine (wie Anm. 5), S. 385, vgl. hingegen Oppenheims Memoranda.

44 [Landau (wie Anm. 5), S. 98] Dass die NfO vor allem auf Djihad-Propaganda angelegt war, geht aus Oppenheims drei Memoranden von Mitte August bis Ende Oktober 1914 und aus Schabingers Memoiren klar hervor. Sicher ist sie in den Medien Nachrichtendienst oder Geheimdienst genannt worden, begünstigt durch etwas schwierige Übersetzungen für Nachrichtendienst und NfO wie »Intelligence Office for the East«. Treffender wäre »Oriental News Service« oder »News Department of the Orient« gewesen, denn sie war doch kein Geheimdienst.

in ein geräumigeres Quartier im Westen der Stadt um⁴⁵. Die 15 ordentlichen Mitarbeiter wurden vom Auswärtigen Amt bezahlt. Ihre Aufgaben waren in Oppenheims Schrift nachzulesen: Sie sollte den Kampf an den Hauptfronten durch den Dihad »an den verwundbarsten Stellen, im kolonialen Hinterland der Feinde« unterstützen. Das war eine Doppelstrategie zwischen vorderer Front und Tiefe, deren Tiefendimension die Bindung von Feinden in den weiten Räumen der Muslime durch die Anzettelung von Dihad-Aufstößen sozusagen im Rücken ihrer Beherrscher anstrebte. Man nannte dies später »war by revolution«.⁴⁶ Besser wäre folgende Beschreibung: »waging of an asymmetrical war by incitement to Dihad and by anti-imperial uprisings«. Ein Plan, der Orientalisten mit den Militärs in Expeditionen⁴⁷ und Aufstößen über Gesandtschaften vor Ort verband. Um ihn zu realisieren, gab Max von Oppenheim siegessicher weitere Millionenbeiträge privat hinzu.⁴⁸ Neben Flugschriften in vielen Sprachen erschien das wöchentliche Propagandablatt »Al-Gihad«.⁴⁹

Max von Oppenheims Hauptideen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die islamischen Feindgebiete sollen unter der Mitwirkung des türkischen Sultans revolutioniert werden. Deshalb möge der Sultan-Kalif die Muslime zum Dihad gegen ihre Fremdherren aufrufen. Berlin stelle ihm dafür – gegen Britisch-Ägypten und Indien – Personal, Geld und Material zur Verfügung. Mit dieser Absicht sei auch der türkische Krieg in russisch-islamischen Ländern und im Kaukasus zu unterstützen. Ebenso seien Frankreichs Gebiete in Algerien, Tunesien und Marokko zu revolutionieren. Die Orientalen sollten in ihren Sprachen und ihrer Psyche entspre-

45 Schabinger (wie Anm. 20), S. 115; Fischer (wie Anm. 5), S. 110–116; zur NfO gibt es noch beträchtlichen Forschungsbedarf.

46 Donald M. McKale, *War by Revolution. Germany and Great Britain in the Middle East in the Era of World War I*. Kent 1998.

47 Dihad-Expeditionen nach Iran, Afghanistan und Palästina – Hans-Ulrich Seidt, Berlin, Kabul, Moskau: Oskar Ritter von Niedermayer und die deutsche Geopolitik, München 2002.

48 Oppenheim forderte in seiner Denkschrift (wie Anm. 19), S. 7, den Türken allein für Propaganda und Krieg 100 bis 300 Millionen Mark zu geben. Daneben verlangte er für andere Kriegskassen weitere Gelder. Müller (wie Anm. 41), S. 208, wiederholte nach Fischer die Gesamtausgaben für Propaganda und Expeditionen von 382 Millionen Reichsmark. Kröger (wie Anm. 40), S. 131–132, veranschlagte 1916 das NfO-Jahresbudget auf eine Million Mark. Die Rückzahlung der Privatgelder Max von Oppenheims verwehrt das Auswärtige Amt nach dem Krieg, da die fragliche Summe zu hoch war.

49 Gerhard Höpp, *Arabische und islamische Periodika in Berlin und Brandenburg*, Berlin 1994, S. 8, 60.

chend zum Djihad motiviert werden. Für die Nachrichtenstelle für den Orient arbeiteten die Kaiserlichen Konsulate in Nordafrika und Westasien. Deutsche Militärs und Fachleute, keine Abenteurer, gingen deshalb auch nach Afghanistan und in den Iran.

Ein Aufruhr in Indien hätte kriegsentscheidend sein können. Deshalb sah man in der dortigen Opposition einen potentiellen Partner. Französisch-afrikanische und indische Gefangene, etwa 900, sollten bei Berlin (Zossen oder Döberitz)⁵⁰ zusammengeführt werden und an die Front gehen.⁵¹ Ihre Kampfmoral sei nicht zu unterschätzen. Denn der Kaiser habe im Orient ein hohes Ansehen. Für den Kriegseinsatz und die Propaganda müsse die Türkei bis zu dreihundert Millionen Mark erhalten. Der Islam sei zur Selbstverteidigung im Krieg nach Kräften auszunutzen und zu stärken. In diesem Sinne möge Berlin auf die Presse Einfluss nehmen.

Deutsche betrieben demnach Aufklärungspropaganda, Türken aber Revolutionierungspropaganda. Aus einem siegreichen Krieg würden ein starkes Osmanisches Reich, ein Bund arabischer Staaten und neue freie Länder wie Ägypten, Persien und Afghanistan hervorgehen. Indien würde sich selbst regieren. »In dem uns aufgedrängten Kampfe gegen England, den dieses bis aufs Messer führen will, wird der Islam eine unserer wichtigsten Waffen werden.«⁵² Der Kaiser, der einst den 300 Millionen Muslimen seine Freundschaft versicherte, habe erkannt, dass im Orient Absatzgebiete und Bodenschätze vorhanden seien und dass das Eingreifen des Islams im Krieg für England einen furchtbaren Schlag bedeuten würde. »Tun wir alles, arbeiten wir vereint mit allen Mitteln, damit derselbe ein tödlicher werde.«⁵³

Wie Max von Oppenheim gehofft hatte, erließ der Scheich des Islams seinen Rechtsbescheid zum Djihad. Am 11. November 1914 stimmte er den fünf detaillierten Fragen zu, die hier verkürzt aufgeführt werden: Nach dem Angriff durch die Feinde der Islamräume wird der Djihad als eine allgemeine Mobilmachung angeordnet; laut Koran ist es die Individualpflicht jedes Muslims, diesen zu befolgen. Da sich nun Russland, England und Frankreich feindlich gegen das Kalifat stellten, ist es an allen Muslimen, die von diesen Regierungen beherrscht werden, den Djihad neu einzusetzen.

50 Gerhard Höpp, *Muslime in der Mark. Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen, 1914–1924*, Berlin 1997.

51 Gerhard Höpp/Brigitte Reinwald (Hrsg.), *Fremdeinsätze. Afrikaner und Asiaten in europäischen Kriegen, 1914–1945*, Berlin 2000.

52 Oppenheim (wie Anm. 19), S. 125–126.

53 Oppenheim (wie Anm. 19), S. 136; Schabinger (wie Anm. 20), S. 115–125.

Die Aufgabe, das Osmanische Reich zu beschützen, hängt davon ab, dass alle Muslime ihn befolgen. Wer sich ihm entzieht, begeht eine Sünde. Zwingen Feinde »ihre« Muslime gegen Muslime zu kämpfen, so ist ihnen dies verboten, da sie sonst dem Höllenfeuer anheimfielen. Die Muslime, die für England, Frankreich, Russland, Montenegro, Serbien und ihre Verbündeten gegen das Kalifat und seine Verbündete Deutschland und Österreich vorgehen, würden sich versündigen.⁵⁴ Die NfO verbreitete diese Fatwa in mehreren Sprachen.⁵⁵

Hurgronje: Beckers Anteile am Dihad-Rausch »Made in Germany«

Diese Fatwa war Hurgronje und Becker bekannt, nicht aber die Oppenheimsche Schrift und andere geheime Abmachungen – vielleicht wurde ihnen von Kollegen darüber berichtet. Dass aber Oppenheims Dihad-Anliegen in Berlin bestätigt und mit Konstantinopel besprochen worden war,⁵⁶ wussten sie nicht, zumal es laut Karl E. Schabinger sehr »lange streng geheim gehalten« wurde.⁵⁷

Zum Dihad gab es also den Berliner Plan, die NfO-Organisation, die osmanische Fatwa und Scheich Salihs Kommentar. Wer wie Hurgronje gegen den Dihad war, musste die Differenzen betonen: Gab es denn einen Kalif, den alle anerkannten? Durften Rechtgläubige an der Seite und im Dienst von Ungläubigen kämpfen? Wie war das Verhältnis von Muslimen im Osmanischen Reich und außerhalb, wo lebte ihre Mehrheit, wo ihre Minderheit? War der Scheich des Islams am Bosphorus für alle Muslime die höchste Autorität?

Darüber hinaus kritisierte Hurgronje, dass deutsche Autoritäten der Islamkunde nun plötzlich das ignorierten, was sie zuvor in ihren Schriften verbreitet hatten. Natürlich ist es unmöglich, auf alle Facetten dieser komplexen Debatte einzugehen. Daher sollen nur Hurgronjes Hauptargumente auf der theoretischen wie auch der persönlichen Ebene vorgestellt werden, also

54 Fatwa in: Der Islam, 5 (1914), S. 391–393; deutsche Übersetzung Martin Hartmanns, Kriegsurkunde Nr. 1, in: Die Welt des Islams, 3 (1916), S. 2–6; Rudolph Peters, Islam and Colonialism: The Doctrine of Jihad in Modern History, The Hague 1979, S. 90–91.

55 Landau (wie Anm. 5), S. 98 ff.

56 Über weitere deutsch-osmanische Konsultationen mit Enver Paschas und gemeinsame Büros in Konstantinopel, Berlin und Bern vgl. Landau (wie Anm. 5), S. 106.

57 Schabinger (wie Anm. 20), S. 115–125.

seine konkreten Einwände gegen Becker und die anderen, wobei er Hartmann als Gegner des Djihad-Konzeptes lobend hervorhob. Dies hätte er wohl nicht getan, wenn er damals das freundliche Geleitwort des Professors zu Scheich Salih's Djihad-Kommentar gekannt hätte. Schließlich werden Beckers Argumente hier aufgenommen, um sie anschließend problematisieren zu können.

Hurgronje polemisierte gegen die Gefahren des Heiligen Kriegs »Made in Germany«. Zwar wähnte er »seine« Muslime vor der Übernahme derartiger Positionen sicher, ahnte aber nicht, dass Max von Oppenheim eine Operationsbasis der NfO in Holländisch-Indien bereits angeregt hatte.⁵⁸ Dennoch hegte der Holländer Zweifel am Djihad und am Kalifat. Zwar bestätigte er sie als Säulen im Islam und erkannte den Kalifen als Nachfolger des Propheten Muhammad an, jedoch war für ihn die Ära einer einheitlichen Religion vorbei. Panislamismus, Kalifat und Djihad fehlten die Basis. Die Türken begrüßten damals hingegen den Segen eines allgemeinen Religionsfriedens und der Freiheit des Denkens.⁵⁹

Der Djihad würde die Türkei zu einem Vasall Deutschlands machen und zu einem Kalifat aus einer mittelalterlichen Mischung zwischen Religion und Politik führen, kritisierte Hurgronje. Die Muslime seien von Europa politisch und sozial unterworfen worden. Dort missverstehe man den Islam, indem man das Kalifat mit dem Papsttum gleichsetze. Die Unterwerfung der Muslime gehöre der Vergangenheit an, und letzteres habe es nie gegeben, auch wenn der osmanische Sultan den Titel Kalif usurpiert hatte. Die Türkei, die von nicht-islamischen Mächten abhängig sei, gebiete lediglich über fünf Prozent aller Muslime, die diesen Kalif anerkannten. Das Kalifat und der Djihad führten nur zu Chaos und Unruhe. Die Fatwa zum Djihad hätten die Jungtürken Enver Pasha und Talat Pasha diktiert. Der Sultan und der Scheich des Islams seien letztlich deren Marionetten.

Mit einer zweiten Argumentationslinie wandte sich Hurgronje gegen die Deutschen, die den Fetisch des mittelalterlichen Fanatismus – Kalifat und Djihad – aus dem Museum der Antiquitäten geholt hätten: So der Ökonom Hugo Grothe, der in seinem Buch über Deutschland, die Türkei und den Islam eine »natürliche deutsch-türkische Interessengemeinschaft« beschworen hatte. Demnach könne nur Berlin das Osmanische Reich retten, denn

58 Oppenheim (wie Anm. 19), S. 97: Es sei aber zu beachten, dass niederländische Interessen keinen Schaden leiden.

59 Hurgronje (I) (wie Anm. 1), S. 259 ff.

im Gegensatz zu den anderen Großmächten – auch wegen seiner geographischen Ferne – beanspruche es keine osmanischen Gebiete. Berlin könne nur bei Erhaltung des Osmanischen Reichs seine wirtschaftliche Position ausbauen, die es seit dem Anatolischen Bahnbau erlangt habe.

Becker trage diese Djiha-Manie in der von Ernst Jäckh edierten Reihe »Politische Flugschriften« mit, beklagte Hurgronje. In seinen jüngsten Werken spreche Becker von der deutsch-türkischen Interessengemeinschaft und der bewussten deutschen Islam-Politik, wonach Deutschland von Anfang an den Islam als einen internationalen Faktor betrachtet habe. Millionen unzufriedener Muslime, von Europäern beherrscht, wollten von der Türkei befreit werden. Deutschland wolle diese Stimmung nun nutzen.

Hurgronje nannte Gelehrte, die sich früher gegenteilig geäußert hatten. Beispielsweise habe Johannes Marquardt von der Universität Berlin (Becker bezeichnete ihn als »Islam-Hasser«) bezweifelt, dass der Islam ein Kulturbringer sei und ironischerweise den »Segen des Djihads« darin gesehen, Raubmord im Namen Allahs zur religiösen Pflicht zu erheben. Diese Pflicht erlege Berlin nun der Türkei wieder auf.⁶⁰

Laut Martin Hartmann sei die seitens der Osmanen usurpierte Doppelqualität als Sultan und Kalif von zivilisierten Mächten nie anerkannt worden. Er warnte, die überkommene Idee des Djihads in religiösen Fanatismus umzusetzen, denn diesem würden alle zivilisierten Nationen widerstehen. Hartmann bezeichnete den Islam als eine Religion des Hasses und Krieges. Er dürfe nicht zu einem herrschenden Prinzip in einer Welt zivilisierter Nationen gemacht werden. Der Islam predige Feindschaft und Hass gegen alle Andersgläubigen, weil es die Pflicht der Muslime sei, gegen Ungläubige zu kämpfen.⁶¹ Hurgronje wurde ferner von den Nachwirkungen des Besuchs Wilhelms II. im Nahen Orient im Jahr 1898 bestärkt, wie auch Becker und Oppenheim von der Rede Nazim Beys auf dem Balkon der deutschen Botschaft.⁶²

Diese Reise des Kaisers nannte Becker den »Beginn der bewussten deutschen Islam-Politik«, während Hurgronje ihn als eine »politische Wallfahrt«

60 Hurgronje (I) (wie Anm. 1), S. 277.

61 Hartmann, in: Hurgronje (wie Anm. 1), 1915 (I), S. 278, da auch die zitierten Werke Martin Hartmanns; Heine (wie Anm. 5), S. 380 f., bringt das volle Zitat nach: Martin Hartmann, Das Ultimatum des Panislamismus, in: Das freie Wort, 11(1916), S. 605–610.

62 Klaus Jaschinski/Julius Waldschmidt (Hrsg.), Des Kaisers Reise in den Orient 1898, Berlin 2002; Alex Carmel/Ejal Jakob Eisler, Der Kaiser reist ins Heilige Land, Stuttgart 1999.

bezeichnete. Beide irrten sich in einem Punkt. Als der Kaiser in Damaskus das Grab Salah ad-Dins ehrte, gab der Alim der Stadt ein Festmahl. Scheich 'Abdullah versicherte dem Kaiser zunächst, er habe nicht nur die Dankbarkeit der Osmanen erworben, sondern auch die begeisterte Liebe von dreihundert Millionen Muslimen, die zum Kalifen als ihrem geistigen Oberhaupt emporblickten. Der Monarch ging darauf sofort ein. Der Sultan und die 300 Millionen Muslime, die in ihm auch den Kalifen verehrten, würden im deutschen Kaiser zu allen Zeiten ihren Freund haben.⁶³ Dieser Trinkspruch, einst auf Postkarten versandt, wurde oft aus seinem Entstehungskontext gerissen und als Anbiederung gesehen. Auch Hurgronje monierte, Salah ad-Din sei »ein orthodoxer Hasser der Ungläubigen, aber nicht der Weise aus Lessings Ringparabel«, und »300 Millionen« sei eine falsche Zahl gewesen.⁶⁴

Bei den Muslimen unter holländischer Herrschaft war sich Hurgronje sicher, dass »unsere« Muslime kaum Kontakt zum türkischen Reich gehabt hätten. Der Sultan sei für sie nur eine legendäre Figur gewesen. Hurgronje setzte hingegen auf die Erziehung: Je besser und je länger diese sei, desto immuner würden die breiten Schichten gegen das Kalifat und den Djihad werden. Man müsse nur die Prinzipien der vollen Religionsfreiheit für Muslime garantieren, dann brauche man sich nicht um solch eine »intellektuelle Waffe« zu sorgen, wie sie erstmals mit der Warenmarke »Made in Germany« aufgekommen sei. Im Interesse des Humanismus sei zu hoffen, dass dieses neue Produkt rasch wieder vom Markt genommen werde.

Becker: Hurgronje verrät die deutsche Islampolitik

Bevor Beckers Erwiderung auf Hurgronjes Kritik skizziert wird, sei an Schabingers Nachwort zu Scheich Salihs Schrift erinnert, in der der Drago-man zwei Thesen aufstellte: Erstens die vom »partiellen Djihad«, der nur

63 Karl Wippermann, Deutscher Geschichtskalender für 1898, Leipzig 1899, Bd. II, S. 29–30, Kaiser: »Möge seine Majestät der Sultan und die 300 Millionen Muhammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, dass zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird. Ich trinke auf das Wohl Sr. Majestät des Sultans Abdül Hamid.« Der Satz ist bunt überliefert. Selbst Zeitgenossen wie Ernst Jäckh (wie Anm. 14), S. 215, verfremdeten ihn: »Ich will der Schutzherr der 300 Millionen Muhammedaner sein.« Des Kaisers Spruch auf der Postkarte siehe Peter Hopkirk, Östlich von Konstantinopel. Kaiser Wilhelms Heiliger Krieg um die Macht im Orient, Wien/München 1996, S. 236 ff.

64 Hurgronje (wie Anm. 1), 1915 (I), S. 280–281.

auf »bestimmte Ungläubige, also auf gewisse feindliche Christen beschränkt werden könne«, und der das den Muslimen Heilige, die »Freiheit und ureigene Kultur«, verteidigen wolle. Daher kann man sich fragen, ob, wenn diese Freiheit und Kultur einmal als verteidigt gelte, dann noch die Lehre vom (Angriffs-)Djihad anzuwenden ist. Die zweite These des Dragomans lautete, dass der Djihad nicht »Made in Germany« sei. Vielmehr bringe er ein allgemein gültiges Entwicklungsgesetz zum Ausdruck, und die Stunde der Befreiung würde die »islamischen Idee« vom Djihad weiterentwickeln.⁶⁵ Wie islamisch aber war *diese* Idee?

Ähnlich war der Tenor bei Becker. Da er vom Kriegsausbruch begeistert war, aber als kriegsuntauglich eingestuft wurde, suchte er im Auswärtigen Amt eine sinnvolle Tätigkeit und fand sie schließlich 1916 im Kultusministerium. In der Zwischenzeit antwortete er Hurgronje, wobei er persönliche, spekulative, historische und prognostische Argumente verwandte. Dies soll kurz resümiert werden, ehe abschließend der zweite Streitpunkt dargestellt wird.

Die deutschen Islamforscher, meinte Becker, verehrten Hurgronje als Begründer ihrer Disziplin. Aber seine »Schmähschrift«, in der er den Misserfolg des Djihad-Aufrufs behauptete, zeige, dass auch die größten Gelehrten der neutralen Staaten dem politischen Fanatismus, und sei es dem des Pazifisten und Weltverbesserers, verfallen seien. »Unser Meister« brandmarke diese Islampolitik, besorge die Geschäfte des Gegners und »wecke Misstrauen gegen unsere Absichten bei der Türkei«.⁶⁶

Becker griff Hurgronje auch persönlich an. Es schien, als hätte der Kriegsausbruch dem Begründer der gegenwartsbezogenen Islamkunde in Deutschland den Sachverstand getrübt und ihn vom »Parteigänger der Bildung« zum Apologeten der Politik seiner Regierung gemacht. Was er Hurgronje vorwarf, nämlich politisch entgleist und fanatisch zu sein, das traf doch eher auf Becker zu. Wieder können nur die Hauptargumente aus seiner Replik referiert werden, wobei der interne Disput der Gelehrten zumindest am Rande Erwähnung finden soll.

Zunächst zu Beckers Spekulationen. Becker ging auf Hurgronjes Kritik ein, dass die Deutschen die Türken zum fanatischen Glaubenskrieg und zur Ausrufung des Djihads gedrängt hätten, »gut aufgezogen wie eine Offenbachoperette«. Die Prämisse seines Gegners ließ er durchaus gelten: Angenom-

⁶⁵ Schabinger, in: Attunisi (wie Anm. 24), S. 15–16.

⁶⁶ Becker (II) (wie Anm. 2), S. 282.

men, der Djiḥad sei ein deutsches Fabrikat: »Tun wir das aus Grausamkeit und Vergnügen?«⁶⁷ Man lebe nicht im pazifistischen Wunderland Bertha von Suttner und ihrer Genossen,⁶⁸ sondern in der rauen Wirklichkeit eines Existenzkampfes um das nationale Dasein gegen eine Welt von Feinden. Deshalb sei jedes nicht durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossene Mittel, den Feind zum Frieden zu zwingen, berechtigt und werde rücksichtslos von allen Parteien angewandt. Das entsprach nicht der historischen Wahrheit. Zwar führte beispielsweise Thomas E. Lawrence die Araber für die Entente an, er versuchte jedoch keinen Djiḥad zu entfachen, weder unter Muslimen gegen Deutsche noch gegenüber den wenigen Muslimen in den deutschen Kolonien Mittelafrikas.⁶⁹

Schwierigkeiten in den eigenen Reihen, so Becker, seien oft schlimmer als der Feind vor den Toren. Diese deshalb beim Gegner zu erzeugen, sei ein übliches Mittel der Kriegführung, wobei religiöse Differenzen hierbei nicht sakrosankt seien. Der Panislamismus (für ihn zählte der Djiḥad dazu) sei kein religiöses, sondern ein politisches Band, freilich mit religiösem Einschlag.

Aus historischer Sicht gesehen räumte Becker ein, dass dieser Djiḥad keine Parallele in der Geschichte habe und für die aktuelle Situation zugeschnitten sei. Das wisse man auch in der deutschen Gelehrtenwelt. Aber solle denn ein unter Umständen wirksames Mittel, die Gegner zu treffen, lediglich deshalb abgelehnt werden, weil die wissenschaftliche Lehre – der von Stubengelehrten vor Jahrhunderten verfassten Rechtsbücher und ihre Interpreten – eine andere Auffassung vom Djiḥad und Kalifat vermittelte als die gegenwärtige türkische Regierung?⁷⁰

Wer nutzte die religiösen Hebel zur Auflösung der Türkei zuerst? Becker bemühte weitere historische Beispiele: Wer hetzte immer wieder die Armenier, Syrer und Griechen auf und zwang die Türkei zu Repressalien, gegen die man dann die Entrüstung der zivilisierten Welt mobilisieren konnte? Allerdings reduzierte Becker die Art und Weise, wie die Europäer auf das

67 Becker (II) (wie Anm. 2), S. 288.

68 Ausf. auch August Bebel, *Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode* [1884, 1889]. Berlin, 1999.

69 Ludwig Schoen, *Das koloniale Deutschland*, Berlin/Leipzig 1940; Horst Gründer, *Geschichte der deutschen Kolonien*, Paderborn 1995; Imre Josef Demhardt, *Deutsche Kolonialgrenzen in Afrika*, Hildesheim 1997; Carl Heinrich Becker, *Ist der Islam eine Gefahr für unsere Kolonien?* In: Ders. *Islamstudien*, Bd. II, S. 156–186.

70 Becker (II) (wie Anm. 2), S. 288 f.

Osmanische Reich eingewirkt hatten, zu sehr auf die Problematik des Aufhetzens und übergang damit die Aspekte der Aufklärung und der Modernisierung, aber auch die Rolle der Minderheiten.⁷¹

Selbst zu der folgenden Aussage ließ sich Becker hinreißen: Der türkische Staat, dessen Rückgrat von je her der Islam gewesen sei, sollte trotz seiner Schwärmerei für die Ideale der Französischen Revolution auf Kampfmittel verzichten, die ihm die Internationalität des Islams an die Hand gebe; ja, die ihm durch das Zurückschrecken der Gegner vor dieser Waffe geradezu aufgedrängt würden. Hurgronje interpretiere den modernen Panislamismus als Produkt der Presse Europas, die den Popanz des Dihad verbreite, weshalb der Dihad, wie man sich das in Europa vorstellte, in Szene gesetzt worden sei. Recht habe Hurgronje mit der Auffassung, dass die Erklärung zum Dihad durch die Fatwa überflüssig gewesen sei, denn jeder Krieg der Türkei sei ein Dihad.⁷²

Becker warf Fragen auf, auf die auch Scheich Salih und Schabingers neue These eingingen. Gerade in diesem Moment, in der Stunde der Befreiung, werde die Lehre vom Dihad fortentwickelt. Sinngemäß bedeutete dies, dass der Dihad erstens mit Ungläubigen gegen Ungläubige geführt werden könne, zweitens dass er allein auf bestimmte feindliche Christen begrenzt oder gänzlich eingestellt werden müsse und dass er drittens von einer Gemeinde- zur Individualpflicht erhoben werden könne. Vergleicht man dies mit der Interpretation Scheich Salih, so unterschied Becker nicht zwischen dem Großen und Kleinen Dihad, wobei er darauf hinwies, dass ihm diese Unterscheidung neu sei. In apologetischer Absicht stellte er die Frage, ob die Türkei, die jetzt so günstig wie nie ihren Traum von der islamischen Großmacht erproben könne, auf die wichtigste Waffe – auf die Sympathien als Vormacht des Islams bei den islamischen Untertanen ihrer Feinde – verzichten solle, weil mit diesen Leidenschaften auch »mittelalterlicher Glaubenshaß« aufgerührt werden könnte.

Zu Unrecht werfe man dem Islam einen Stillstand vor. Doch wenn er sich anpasse, dann meine Hurgronje, würden alte Vorschriften verletzt. Wenn sich die Türkei im Krieg nun Deutschland anschließe, müssten deshalb auch die ihrem Staatsgedanken zugrunde liegenden Mittel und Methoden notwendigerweise »Made in Germany« sein? Gewiss hätten sich die Mittelmächte

71 Bernard Lewis, *What Went Wrong? Western Impact and Middle Eastern Response*, New York 2002.

72 Becker (II) (wie Anm. 2), S. 291 f.

auch über den Djiḥad verständigt. Hurgronje jedoch sah darin vor allem eine »deutsche Islampolitik«. Er sei von der französisch-englischen Hetze beeinflusst, selbst die öffentlich bekannte Rolle Max von Oppenheims und Curt Prüfers,⁷³ dieser deutschen *Agents provocateurs* par excellence, sei im Frieden eine andere gewesen, als sich dies der Gegner mit seiner erhitzten Phantasie vorstellte.⁷⁴

Berlin betreibe also eine anständige Politik, so Becker über die deutsche Islampolitik. Es gefalle sich als Islamfreund und hüte sich, Kolonien mit »höher stehenden« Muslimen zu erwerben, denn sonst hätte es das Prestige verloren, die einzige Großmacht ohne nach Selbständigkeit drängende Muslime zu sein. »Unsere bewusste Islampolitik« habe darin bestanden, durch die Freundschaft zur Türkei und die Anerkennung des internationalen Zusammenhanges des Islams als Freund der Muslime zu gelten. Dann kam der Weltkrieg, in dem genau diese Vorteile genutzt werden konnten. Sollte Deutschland der Türkei entrüstet in den Arm fallen, wenn sie Perser, Ägypter, Algerier usw. zum Freiheitskampf aufrief, weil dieser Kampf im Orient nur in der Form des Djiḥad geschehen könne? Man bräuchte dies ausschließlich vom Standpunkt der Wirklichkeit und nicht von dem veralteter Bücher und pazifistischer Verärgerung über den Krieg zu sehen. Gebe es denn eine andere Formel als den Djiḥad? Da es die Türkei betreffe, sei der Islam bindend.⁷⁵

Bei Becker fällt eine biologistische Argumentationsweise auf. Er unterschied zwischen höher und niedriger stehenden Muslimen. Erstere waren für ihn die Türken und Araber, zu letzteren zählten die »Neger« Afrikas. Und sicher hätte es eine andere Möglichkeit gegeben, als den Djiḥad zu entfachen, wie Becker selbst zugab. Hurgronje ging es weniger um die Türkei noch darum, dass Deutschland ihr Einhalt gebieten sollte, sondern dass Berlin unter diesen problematischen Umständen die Idee des Djiḥad nicht auch noch in der Türkei verbreitete. Aber Becker ließ sich auf keine Einwände ein. Er propagierte die »Fortentwicklung des Islams« und die Idee der »Freiheit«.

Becker kolportierte Hurgronje, dass bei einem Krieg europäische Kulturwerte zerstört werden könnten, die orientalische Barbarei wiederkomme und Blutopfer gezollt werden müssten. Aufgrund dieser Aussicht hätte Berlin

73 Donald M. McKale, Curt Prüfer. German Diplomat from the Kaiser to Hitler, Kent 1987.

74 Becker (II) (wie Anm. 2), S. 293–295.

75 Becker (II) (wie Anm. 2), S. 295–299.

die Türkei davon abhalten sollen, den schon durch ihr Eingreifen in den Krieg Realität werdenden Djihad auch noch zu propagieren. Doch zweierlei stünde dem entgegen: Krieg sei Krieg und kein Sport. England, Frankreich und Russland sollten dadurch verunsichert werden, dass sie ihre Kräfte zersplittern mussten und sich ihrer muslimischen Truppen im Orient und in Europa nicht mehr sicher sein konnten. Hingegen habe der Krieg im türkisch-arabischen Heer eine feste ideelle Basis. Wenn man gegen die Deutschen »farbige Muslime« im Krieg einsetze, müsse es doch erlaubt sein, mit Hilfe des Alliierten alles zu tun, um den Einsatz der Gegner zu erschweren.⁷⁶

Dass Flugblätter erschienen wären, die auch die »holländischen Muslime« zum Djihad aufforderten, sei zwar unangenehm, denn man solle die Neutralität Hollands korrekt beachten. All das zeige, dass der Djihad als Kampfmittel der Türkei von Deutschland anerkannt und gebilligt worden sei, aber gewiss sei er nicht »Made in Germany«.⁷⁷

Empört zitierte Becker abermals Hurgronje, dass sich die Deutschen ihrer Islampolitik einst schämen würden, während Holland in seinen Kolonien an der Erziehungspolitik festhalte. Im Fall des Sieges werde die Türkei kein deutsches Protektorat, schrieb Becker. Ein Bund beider Staaten wäre denkbar, denn die jüngste Geschichte habe gezeigt, dass sich Völker wie die Türken und Araber auf Dauer »nicht im Stile der Neger »kolonisieren« ließen. »Gott behüte uns vor solchen Kolonialuntertanen! Man sieht ja, wie die anderen sich damit quälen.«⁷⁸

Zu recht weist Becker darauf hin, dass die Deutschen seit 1871 keine kolonialen Ansprüche auf Gebiete in Nah- und Mittelost erhoben hätten, und dies nicht nur, wie Hurgronje meinte, aufgrund der geographischen Ferne. Überdies hatten die Deutschen aus den kolonialen Problemen anderer gelernt. In den deutschen Orient-Gründerjahren entstanden auch deutsche Kolonien in Mittelfrika, in den drei Jahrzehnten ab 1884 also, in denen Berlin auch zum Nahen Orient mit seinem türkisch-ägyptischen Zentralraum recht intensive Beziehungen knüpfte. Doch kam man in Berlin zu der Einsicht, in dieser aufgeteilten Region auch ohne Territorialbesitz Handel treiben und Einfluss haben zu können.⁷⁹ So verfolgte Berlin eine sekundäre Politik des Friedens gegenüber dem Nahen Orient, die zwar aktiv

76 Becker (II) (wie Anm. 2), S. 299.

77 Becker (II) (wie Anm. 2), S. 301.

78 Becker (II) (wie Anm. 2), S. 302.

79 Wolfgang G. Schwantz, Gold, Bankiers und Diplomaten. Zur Geschichte der Deutschen Orientbank 1906–1946, Berlin 2002.

und direkt, aber stets der Europa- und Amerika-Politik untergeordnet war. Das änderte sich erst mit dem Kriegsausbruch, als Berlin eine primäre Orientpolitik des Krieges einschlug.

Das Nachspiel: Orientierungen nach hinten oder nach vorn?

In dieser Debatte ergriffen die beiden Kontrahenten nochmals abschließend das Wort. Während Hurgronje sich versöhnlicher zeigte, obwohl er auf seiner Meinung beharrte, versuchte Becker den Streit als Kontroverse politischer Gegner abzutun, die sich jedoch als Wissenschaftler in der Bewertung des Kalifats und Djihad einig seien.

Hurgronje brachte vier Argumente ein: Er hob erstens hervor, dass die deutsche Politik von ganz anderen Motiven als einer spezifischen Sympathie für den Islam und die Osmanen getragen sei. Zweitens seien die Notabeln, Intellektuellen und Kaufleute für den Djihad und das Kalifat ebenso wenig empfänglich wie für deren jungtürkische Neuschöpfungen. Anklang finde der Djihad-Aufruf nur beim Pöbel und bei reaktionären Schriftgelehrten. Als Auswirkungen seien höchstens – von fanatischen Banden angestiftet – lokale Unruhen und Morde zu erwarten. Drittens sei es nicht auszuschließen, dass Muslime in Niederländisch-Indien doch noch von fanatischen Leidenschaften erfasst würden, die leichter zu entfesseln als einzugrenzen seien. Viertens sei er über den jungtürkischen Begriff des Großen Djihads anderer Meinung als Becker. Der Prophet solle jedes Mal, wenn er von einer Razzia gekommen sei, gesagt haben, er kehre wieder vom Kleinen zum Großen Djihad zurück, wobei letzterer die Bekämpfung der eigenen Leidenschaft meine.⁸⁰

Becker setzte sich mit Hurgronjes politischer Kampfschrift gegen die deutsche Islam-Politik zu einer Zeit auseinander, in der Europa in Flammen stand. Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass genau diese Politik darauf abzielte, das Kriegsfeuer zu globalisieren. Er meinte statt dessen, der Holländer hätte mit seiner Kritik bis nach dem Krieg warten können. Die Djihad-Fatwa der Jungtürken entspreche der Volksstimmung und es sei offensichtlich, dass die politische Einbeziehung des Islam in den ersten Weltkrieg unausweichlich gewesen sei. Er, Becker, habe sich bereits anderenorts über die deutsch-türkische Interessengemeinschaft geäußert. Auch die Deutschen

⁸⁰ Hurgronje (III) (wie Anm. 4), S. 292.

habe nationaler Egoismus getrieben. Gesunder nationaler Eigennutz müsse sie mit den Türken zusammenführen. Im Gegensatz dazu habe Hurgronje offen seine Beziehung zur Kolonialpolitik als Motiv benannt. Er sehe sein kolonialpolitisches Lebenswerk bedroht. Aber der nationale Egoismus Deutschlands decke sich mit den Wünschen der Asiaten. Eine Folge des Krieges könnte sein, dass die muslimischen Untertanen überall eine freiere und bessere Stellung gegenüber ihren Kolonialherren erlangten.⁸¹

Intern hegte Becker allerdings Zweifel am Dihad, den er als »politisches Bindemittel« verstand.⁸² Doch war der Dihad wie die Islampolitik für ihn nicht »Made in Germany«. Ohne fundiertes Wissen über den Dihad-Plan Max von Oppenheims verteidigte Becker beides. Er ahnte wohl, dass es Abmachungen zwischen Enver Pasha und dem Kaiser gegeben hatte, denn seine Hinweise auf die Rolle Oppenheims und Prüfers sowie sein »angenommen, es wäre Made in Germany« legen dies nahe.

Fazit: Kolonialpolitischer Gelehrter versus chauvinistischen Akademiker

Die Auswirkungen der deutsch-osmanischen Dihad-Aktion können an dieser Stelle nicht erörtert werden.⁸³ Der Dihad entschied nicht den Krieg, aber er enttäuschte seine Planer. Schabinger meint, der Gegner habe wegen der Dihad-Propaganda gezögert, Muslime an die Front zu senden. Überläufer und Freiwillige unter den gefangenen Muslimen seien gemeinsam mit den Deutschen ins Gefecht gezogen. Die Folge sei »eine sich schleichend ausbreitende Wirkung in unterdrückten Völkern« gewesen, so dass sie alsbald gegen ihre Fremdherrscher rebellierten, die deshalb wiederum zu einer konzilianteren Kolonialpolitik gezwungen worden seien.⁸⁴ Dennoch trafen Beckers Worte, der Dihad sei ein türkisch-arabisches Bindemittel, nicht zu, da der arabische Nationalismus schon zu stark war. Zudem liefen Araber zum Feind über oder versagten militärisch, und damit zerstoben die Illusionen der Deutschen, die sich von der Dihad-Fatwa eine kriegsentscheidende Wirkung erhofft hatten.⁸⁵

81 Becker (IV) (wie Anm. 4), S. 304–309.

82 Beckers Brief an H. Ritter, 12.05.1915, in: Essner/Winkelhane (wie Anm. 16), S. 157.

83 Ausf. Landau (wie Anm. 5), S. 94–121.

84 Schabinger (wie Anm. 20), S. 142–149.

85 Reichsarchiv (Hrsg.), »Jildirim«. Deutsche Streiter auf heiligem Boden, Berlin 1925, S. 65.

Aber auch Hurgonjes Vorhersagen bewahrheiteten sich nicht. Die Räume des Islam diversifizierte sich nicht so, dass der Panislamismus seine Basis verloren hätte. Auch immunisierte eine gute Erziehung allein nicht gegen den Dihad. Beide Vorhersagen griffen zu kurz. Die panislamische Idee lebte auch nach der formellen Aufhebung des Kalifats im März 1924 fort – trotz oder wegen der säkularen Experimente für eine bessere Erziehung und einen höheren Lebensstandard. All dies verhinderte auch nicht, dass Islamisten dem Islam ihren Stempel aufdrückten und im neuen Millennium den sogenannten Kampf der Kulturen globalisierten. Hatten sie von Europa gelernt? Ansichten wie: »Die islamische Existenz rechtfertigt islamistische Mittel« oder: »Existentieller Druck im Krieg heiligt die extremsten Methoden«, halfen in ihren Augen immer dem Krieg, also dem Dihad, solange es Ungläubige gibt.

Die Hoffnung Beckers, Muslime könnten nach dem Krieg politisch freier werden, realisierte sich nicht. Sie erhielten zwar eigene Staaten, aber sie verloren auch viele Freiheiten und mussten unter diktatorischen Regimes in Unterdrückung leben. Dagegen traf eine andere Vorhersage Hurgonjes zu: Bald sahen die Deutschen den »Dihad Made in Germany« kritisch. Beckers Replik besagte im Kern: »Innerimperiale Zwiste heiligen islamistische Radikalisierungen«. Denn wer mit der Religion anderer Völker spielt, dessen Glaube ist selbst gestört. Das führt dazu, »aus Not« andere zu einem Glaubenskrieg anzustacheln.

Waren nicht Europas Aufklärer stolz auf ihren Rationalismus? Die Kreuzzüge, die Glaubenskriege und das durch sie provozierte aufklärerische Erwachen sowie der Kulturkampf – ließen diese Erfahrungen nicht alle Religionen als kulturelle Essenz und Kriegsmittel »sakrosankt« werden? Islamforscher trugen viel zu der von Immanuel Kant erhofften Emanzipation der Menschen aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit bei. Doch es waren auch sie, die Muslime zum Kriegsrausch anstachelten; Gelehrte, von denen man selbst in einem vermeintlich gerechten Krieg Mäßigung erwarten konnte. Aber Becker mokierte sich nur über Hurgonje, die Jungtürken und ihre Billigung der Französischen Revolution.

Europäische Gelehrte glaubten Staat und Religion wie Naturgesetze aus der Vernunft und Erfahrung herleiten zu können. Experten des Islam wie Becker hatten zu Beginn des Ersten Weltkriegs, der die Welt in einen zivilisatorischen Abgrund riss, versucht, eine beispiellose Hetzaktion mit scheinbar »islamischen« Argumenten zu rechtfertigen. Becker schlug sich damit

auf die Seite der Gegenaufklärung, während Hurgronje weiterhin am großen humanistischen Projekt festhielt. Sicher hatte auch er kolonialpolitische Kalküle, jedoch blieb er in seiner Kritik fest.

Niemand wird Wissenschaftlern verwehren, eine politische Meinung zu haben oder Politik zu betreiben. Jedoch zeigt das Beispiel dieser Orientalisten, wie eng sie ihre Fächer an der Staatspolitik anlehnten, obwohl sich besonders die Deutschen von der Politik weit entfernt gaben. Becker verkörpert im Gegensatz zu Hurgronje das Scheitern wissenschaftlicher Werte und der kritischen Distanz gegenüber der Politik. Kaum war die gegenwartsbezogene Islamkunde entstanden, da verlor sie mit Beginn des Ersten Weltkriegs bereits ihre Unschuld.

Der niederländische Gelehrte Hurgronje verstand sich auch als Kolonialpolitiker, um sein Erziehungswerk zu realisieren. Becker, der »reine Akademiker«, wollte den Islam nutzen, um den Sieg im Krieg zu sichern. Beide sorgten sich um die Auswirkungen des Weltkriegs, insofern dadurch europäische Kolonien aufgerührt oder europäische Kulturgüter zerstört werden könnten. War das angewandte Orientalistik? Und beide verkörperten Europas Doppelspiel gegenüber den Muslimen.

Die Islamkunde ist wie alle anderen Wissenschaften auch in einen nationalen Rahmen eingebunden. Ihre Vertreter haben nicht selten entsprechende Gefühle und Loyalitäten. Denn Wissenschaftler, die die Kriegs- und Kolonialpolitik ihrer Regierungen verteidigten, opferten ihre wissenschaftliche Eigenständigkeit. Hurgronje behielt sie im Dihad-Streit, Becker schaffte dies nicht.

Die konzertierte deutsch-osmanische Dihad-Aktion war politisch folgenreich, da die Deutschen nichtreligiöse Kriegsziele religiös verbrämt und dem Dihad den Kontext eines »Made in Germany« übergestülpt hatten. Die Jungtürken wandelten ihrerseits den Islam ab. Dafür wurden Dihad-Lehren zugeschnitten. Ihr Motto, das von Becker, Hartmann, Jäckh, Schabinger und von Oppenheim bejaht wurde, hieß: »Der islamische Zweck heiligt islamistische Mittel«. Denn dem Dihad fehlte in der Konstruktion des Kriegs von Rechtgläubigen mit Ungläubigen gegen Ungläubige (und deren Muslime) seine Legitimation. Insofern war er nicht wie üblich islamisch, sondern politisch konstruiert islamistisch – deshalb die Fatwa und der Kommentar. Becker versuchte die warnende Stimme seines holländischen Kollegen durch Diffamierung zu entkräften. Er wurde persönlich, zieh ihn einen Weltverbesserer und Pazifisten; er habe unlautere Motive, er wolle »das Geschäft des Feindes betreiben«, und er Sorge sich vor allem um die holländische Kolonialpolitik.

Damit machte er aus dem Djiha-Streit einen politischen Disput, statt einen akademischen Diskurs. Doch schon in dieser Debatte zeigten sich bereits die Grundzüge des neuen Jahrhunderts der Globalität: An allen Fronten und im Hinterland kämpften die Anhänger verschiedener Religionen miteinander. Es gab keine geschlossenen Ausgangsstellungen mehr. Um so unhaltbarer erschien es, einen Glaubenskrieg anzetteln zu wollen. Was wäre passiert, hätte sich Becker der Kritik Hurgronjes angeschlossen? Das bleibt Spekulation, außer dass ein Wissenschaftler mehr zumindest seine Funktion erfüllt hätte.

Nach wie vor stellt sich die Frage, warum eine größere Gruppe von deutschen Islamwissenschaftlern so schnell bereit war, ihr Spezialwissen in den Dienst dieser Djiha-Politik zu stellen. Hurgronje hatte die Unverträglichkeit des Islams gegenüber anderen Religionen wegen des Djihas unterstrichen. Ist ein Islam ohne den (Angriffs-)Djiha im Sinne eines Auftrags zur weltweiten Expansion möglich, und welchen Hinweis gab Scheich Salih? Noch einmal setzten Deutsche wie Max von Oppenheim und Fritz Grobba im Zweiten Weltkrieg auf diese Karte. Ihr Djiha-Plan geriet 1941 subtiler als 1914. Wieder waren Muslime zum Krieg bereit, auch unterm Hakenkreuz. Wie stand es damals um das Verhältnis von staatlicher Politik und Wissenschaft? Immerhin gaben sich die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg ein Grundgesetz, das Völkerverhetze zum Krieg kriminalisiert.

Wenn auch Kriege damit nicht verhindert werden können und nach wie vor Krieg als taugliches Mittel der Konfliktregelung angesehen wird, so wurden doch Schlüsse aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezogen und es begann ein Prozess des Umdenkens. Hurgronjes Religionsfrieden der Aufklärung sollte gegen die rückwärtsgewandten Glaubenskrieger verteidigt werden. Insbesondere auch von denjenigen, die sich als Wissenschaftler mit dieser Thematik befassen. Beckers Chauvinismus kann uns eine Mahnung sein.

René Del Fabbro

Internationaler Markt und nationale Interessen. Die BMW AG in der Ära Castiglioni 1917–1930

BEI der komplizierten Gründungsgeschichte der Bayerischen Motoren Werke muss man genau genommen von drei Gründungen sprechen. Im Juli 1917 wurden die Rapp-Motorenwerke GmbH in Bayerische Motoren Werke GmbH umbenannt.¹ Hier tritt der Unternehmensname erstmalig auf. Die zweite Gründung erfolgte im August 1918 als Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft,² während die BMW GmbH unter dem Namen Maschinenwerke Schleissheimer Strasse in Liquidation ging.³ Zur dritten Gründung kam es 1922, als die Berliner Knorr-Bremse AG, die BMW 1920 aufgekauft hatte, den Flugmotorenbau und den Unternehmensnamen »Bayerische Motoren Werke« an die Münchener Bayerischen Flugzeugwerke (BFW) veräußerte. Die 1918 gegründete Bayerische Motoren Werke AG bezeichnete sich nach dem Namensverkauf fortan als Süddeutsche Bremsen AG und die BFW nahmen den Namen Bayerische Motoren Werke an.⁴ Die 1918 gegründete Aktiengesellschaft steht demnach nicht in einer rechtlichen Kontinuität zur heutigen BMW AG, diese existiert erst seit 1922, als die Bayerischen Flugzeugwerke AG den Namen Bayerische Motoren Werke AG annahmen. Die BMW AG selbst nennt 1916, als die BFW entstanden, als ihr Gründungsjahr.

1 Archiv Knorr-Bremse KG, 1899 AH, Auszug aus dem Handelsregister, 29.10.1917.

2 Ebd., 1896, Notarielle Urkunde über die Gründungsversammlung, 13.08.1918.

3 Ebd., 1893, Niederschrift über die [...] Versammlung der Gesellschafter der Maschinenwerke Schleissheimer Strasse G.m.b.H. in Liquidation, 21.11.1918.

4 Ebd., 1888, Notarielle Urkunde über eine außerordentliche Generalversammlung der BMW AG (Abschrift), 06.07.1922.

Gründungsgeschichte und Gründerpersönlichkeiten

Die BMW GmbH wurde gegründet, weil die Habsburger Monarchie über geringe Produktionskapazitäten für Flugmotoren verfügte, die durch eine Ausweitung der Fertigung auf das Ausland vergrößert werden sollten. Die ersten BMW-Produkte – Austro-Daimler-Flugmotoren im Lizenzbau – wurden an die österreichischen Marineflieger geliefert. Zwei herausragende Persönlichkeiten prägten die Startphase und die weitere Entwicklung des Unternehmens: der Ingenieur und Offizier der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine Franz Josef Popp als Geschäftsführer bzw. Generaldirektor sowie der Wiener Finanzier Camillo Castiglioni, der sich 1918 erstmalig finanziell an dem Flugmotorenwerk beteiligte und bis Ende 1929 in wechselnden Konstellationen als Allein- und Minderheitsaktionär entscheidenden Einfluss auf das Unternehmen ausübte.⁵

Die Persönlichkeit Camillo Castiglioni, Sohn eines Triestiner Oberrabbiners, war von vielen Kulturen – der jüdischen, der italienischen und der deutsch-österreichischen – geprägt.⁶ Am 22. Oktober 1879 im damals österreichischen Triest geboren, hielt er sich nach seinem Studium als Kaufmann in Konstantinopel auf, bis ihn die Österreichisch-Amerikanische Gummwarenfabrik AG als Leiter ihrer Exportabteilung nach Wien berief und später zum Direktor ernannte. Castiglioni setzte sich für die Einführung von Luftschiffen im österreichisch-ungarischen Heer ein. Auf seine Initiative entstand die Motor-Luftfahrzeug-Gesellschaft mbH, die im November 1910

5 Historisches Archiv der BMW AG, München, BMW UA 434, Franz Josef Popp, Die Geschichte meines Lebens, Typoskript 1946, S. 3, 6. Alle weiteren Signaturen beginnend mit »BMW« aus dem genannten Archiv.

6 Zu Castiglioni finden sich in der Literatur einige biographische Artikel: Felix Pinner, Camillo Castiglioni, in: ders., Deutsche Wirtschaftsführer, Berlin 1924, S. 217–223; Paul Ufermann, Könige der Inflation, Berlin 1924; Wolfgang Zorn, Unternehmer und Unternehmensverflechtung in Bayern im 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 3, 1979, S. 180–188; Valerio Castronovo, Castiglioni, in: Dizionario Biografico degli Italiani, Bd. 22, Rom 1979; Franz Mathis, Camillo Castiglioni und sein Einfluß auf die österreichische Industrie, in: Sabine Weiss (Hg.), Historische Blickpunkte. Festschrift für Johann Rainer, Innsbruck 1988, S. 423–432; über seine Rolle im österreichischen Wirtschaftsleben unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg: Karl Ausch, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien/Frankfurt/Zürich 1968, insbes. S. 118–144, 155–168; kurz Gerald D. Feldman, Die Deutsche Bank und die Automobilindustrie, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 1, 1999, S. 3–14. Eine Biographie fehlt.

die Produktion von Flugzeugen aufnahm.⁷ Im Ersten Weltkrieg brachte er die Gummi- und Autoreifenwerke Semperit in seinen Besitz und kaufte Anteile an Motoren- und Automobilunternehmen sowie der Flugzeugindustrie. Die Fabriken der Österreichischen Daimler Werke (Austro-Daimler) und Puch stellte er auf Massenfabrikation um.⁸ Die territorialen Neuordnungen im Gefolge des Versailler Vertrags ermöglichten es dem in Triest Geborenen, für die italienische Staatsbürgerschaft – die einer Siegermacht also – zu optieren,⁹ was dem in Wien Ansässigen auch wirtschaftliche Vorteile eintrug.

Nach Kriegsende investierte Castiglioni unter Aufnahme riesiger Kredite in Sachwerte und vertraute darauf, dass die Inflation seine ungeheuren Schulden nach und nach minimieren werde.¹⁰ Die Rechnung ging auf. Schnell griff sein Wirtschaftsimperium über die Grenzen Österreichs hinaus: nach Italien, Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Deutschland.¹¹ Auf dem Höhepunkt seiner Macht hielt er unter anderem an folgenden Unternehmen maßgebliche Beteiligungen: Alpine Montan AG, Österreichische Automobilwerke AG, Österreichische Daimler Werke AG, Österreichische Brown-Boveriwerke, Felten & Guillaume AG. Darüber hinaus gehörten zu seinem Einflussbereich Unternehmen in Italien (unter anderem Fiat), der Tschechoslowakei, der Schweiz und Holland. In Wien kontrollierte er vier Zeitungen und ein illustriertes Wochenblatt.¹² Der italo-österreichische Finanzmann verfügte über einen derart sagenhaften Reichtum, dass die Italiener seinen Namen Castiglioni, Castimiliardi, Castibilioni geradezu superlativierten.¹³

Franz Josef Popp wurde am 14. Januar 1886 in Wien geboren, lebte seit 1901 in Brünn und leistete ab 1909 seinen Militärdienst bei der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine.¹⁴ Seine erste berufliche Anstellung fand der Ingenieur bei der AEG in Wien.¹⁵ 1916 lernte Popp den späteren BMW-

7 Artikel »Castiglioni«, in: Braunbeck's Sportlexikon, Berlin 1911/12, S. 66; Ufermann, ebenda, S. 69.

8 Pinner, Camillo Castiglioni (wie Anm. 6), S. 218f.

9 Pinner, Camillo Castiglioni (wie Anm. 6), S. 218; Ufermann (wie Anm. 6), S. 70; Paul Ufermann/Carl Hüglin, Stinnes und seine Konzerne, Berlin 1924, S. 138.

10 Pinner, Camillo Castiglioni (wie Anm. 6), S. 219.

11 Pinner, Camillo Castiglioni (wie Anm. 6), S. 220.

12 Ufermann, Könige der Inflation (wie Anm. 6), S. 73.

13 Ufermann/Hüglin, Stinnes und seine Konzerne (wie Anm. 9), S. 139.

14 BMW UA 434, Popp, Die Geschichte meines Lebens, S. 2; zu Popp und Patrick Oelze, Artikel »Popp« in: Deutsche Biographie 20, Berlin 2001, S. 623–624.

15 BMW UA 434, Popp, Die Geschichte meines Lebens, S. 1.

Finanzier Castiglioni kennen. Ihm verdankte er viele internationale Beziehungen, an die er auf seinen häufigen Auslandsreisen anknüpfen konnte. Popp hatte 1916 die Idee, zur Deckung des österreichischen Flugmotorenbedarfs eine deutsche Fabrik zu übernehmen und wurde beauftragt, sie zu realisieren. Bis Ende der 1920er Jahre fungierte er als oberster »Manager« Castiglionis bei den Bayerischen Motoren Werken. Popp blieb BMW-Generaldirektor, bis ihn der Generalluftzeugmeister Erhard Milch Anfang 1942 aus dieser Stellung herausdrängte.

Nach den Erfolgen der Gebrüder Wright im Motorflug hatten in Deutschland zuerst vor allem die Unternehmen Daimler und Benz den Bau von Flugmotoren aufgenommen. Im Flugzeugbau drängten auch kleinere Unternehmen wie die Flugwerk Deutschland GmbH in Brand bei Aachen auf den Markt. Sie eröffnete 1912 in München-Milbertshofen eine Zweigstelle. Karl Rapp, einem von Daimler kommenden Ingenieur, der zuvor auch in ausländischen Automobilfabriken tätig gewesen war, wurde in München-Milbertshofen Gesamtprokura erteilt. Der Flugwerk Deutschland GmbH war keine lange Lebenszeit beschieden. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 16. April 1913 wurde sie wieder aufgelöst.¹⁶ Dies veranlasste Rapp noch im selben Jahr, auf dem Gelände des liquidierten Flugwerks unter dem Namen Rapp-Motorenwerke GmbH ein eigenes Unternehmen zu gründen.¹⁷

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs stieg in Deutschland der Bedarf an Flugmotoren enorm. Deshalb litten auch die Rapp-Motorenwerke keinen Beschäftigungsmangel. Zusätzlich gingen aus Österreich Bestellungen der kaiserlichen und königlichen (k.u.k.) Seeflugstation Pola in Istrien und der k.u.k. Luftschiffer-Abteilung in Wien ein. Doch bald stufte die deutsche Heeresverwaltung den Rapp-Motor als »frontdienstuntauglich« ein und nahm ihn nicht mehr ab. Auch die bayerischen Fliegertruppen zogen sich als Kunde zurück. So basierte die Existenzgrundlage des kleinen Unternehmens allein auf den Bestellungen der österreichischen Marine.¹⁸ Mitte 1915 über-

16 Historisches Archiv der BMW AG, unverzeichneter Bestand, Amtsgericht in Aachen, Abt. 5, Abschrift aus dem Handelsregister, Abteilung B, Nr. 263, 22.06.1938.

17 Archiv Knorr Bremse KG, 1902 AH, Auszug aus dem Handels-Register, 30.04.1915.

18 Bundesarchiv Berlin (im folgenden BArchB), Bestand R 8119 F, P 3080, Bl. 51, Die Bayerischen Motoren Werke. Die Geschichte dreier Fabriken [Autor: Franz Josef Popp], S. 2–5; im folgenden zitiert als »Geschichte dreier Fabriken«. Alle weiteren Signaturen beginnend mit »P« aus dem genannten Bestand des Bundesarchivs, der in der Deutschen Bank im Rahmen des BMW-Aufsichtsratsvorsitzes von Emil Georg von Stauff (1926–1943) entstand.

nahm Castiglioni, der in dem Mangel der Donaumonarchie an Flugmotoren ein glänzendes Geschäft voraussah, die Vertretung der Rapp-Motorenwerke für Österreich-Ungarn. Die abgeschlossenen Provisionsverträge waren sehr vorteilhaft für ihn. In der Zeit vom Oktober 1915 bis Ende 1916 soll er nicht weniger als 2,6 Millionen RM an Provision bezogen haben. Die Rapp-Motorenwerke trieben nicht zuletzt deshalb, aber auch infolge des schlechten Managements – insbesondere des Gesellschafters Max Wiedmann – sowie des praktischen Endes österreichischer Aufträge ab Herbst 1916 schrittweise dem Ruin entgegen.¹⁹

Seit dem 1. April 1915 stand Popp erneut im Dienst der österreichischen Marine. Mehrere Wochen verbrachte er in Pola, wo er erstmals die Rapp-Motoren sah und den Mut der Piloten bewunderte, »die mit diesen gefährlichen Maschinen nicht erst vor dem Feind zu fliegen brauchten, um ihr Leben zu riskieren.«²⁰ Popp wurde schließlich im Juni 1915 nach Wien zurückbeordert, um die Marinebauaufsicht bei den Österreichischen Daimler Werken zu übernehmen. Die österreichische Armee brauchte dringend einen starken Flugmotor. Austro-Daimler konstruierte einen Motor mit zwölf Zylindern, der bereits ab September 1916 erfolgreich eingesetzt wurde. Allerdings fehlten in Österreich die nötigen Produktionskapazitäten. Popp jedoch erkannte einen Ausweg: »Endlich«, hielt er fest, »fand ich die erlösende Idee: Diesen Motor in Lizenz bei den Rapp-Motorenwerken in München zu bauen! Ich kannte die Rapp-Werke nicht; ich wusste nur, dass sie unbrauchbare Motoren herstellten, dass sie für niemand anderen mehr lieferten als für die österreichische Marine, dass sie aber jedenfalls eine komplette Einrichtung für den Flugmotorenbau besitzen mussten und mit dieser Einrichtung und den großen deutschen Hilfsquellen sicherlich in der Lage sein mussten, auch gute Motoren zu bauen, wenn man ihnen die Lizenz auf einen solchen Motor geben würde.«²¹

Die österreichische Marine trat im Herbst 1916 in Vertragsverhandlungen mit Rapp. Es ging um einen ersten Auftrag über den Bau von 224 Austro-Daimler-Motoren im Wert von rund zehn Millionen Mark. Im Zuge der Verhandlungen lernte Popp Castiglioni kennen, der ihn mit den Worten begrüßt haben soll: »Ich habe von Ihnen schon viel gehört, Sie haben eine glänzende Idee gehabt mit der Lizenz des großen Daimler-Motors für die

19 Ebd., S. 6.

20 Ebd., S. 8–12.

21 Ebd., S. 12.

Rapp-Motorenwerke!«²² Vor Vertragsabschluss reiste Popp am 29. November 1916 im Auftrag des österreichischen Kriegsministeriums nach München, um die Fabrik in der Schleißheimer Straße zu besichtigen. Sie hinterließ auf ihn einen nur mäßigen Eindruck: »So hatte ich das erste Mal die Rapp-Motorenwerke gesehen. In drei armseligen Holzhallen und einigen sonstigen provisorischen Bauten war die Fabrik untergebracht. Aber es war doch eine Flugmotorenfabrik und ich konnte und wollte meine Idee nicht fallen lassen.«²³ Popp erkannte, dass ohne einen guten Konstrukteur auch keine Garantie für einen erfolgreichen Lizenzbau bestand. Als neuen Mann engagierte er deshalb zum Jahresbeginn 1917 den Ingenieur Max Friz von der Daimler-Motorengesellschaft, dem sein bisheriger Arbeitgeber eine Erhöhung seines monatlichen Gehalts von 400 auf 450 Mark und die Verwirklichung seiner konstruktiven Ideen im Flugmotorenbau verwehrt hatte.²⁴ Die Rapp-Motorenwerke wurden am 21. Juli 1917 in Bayerische Motoren Werke GmbH umbenannt und Rapp schied aufgrund seiner geringen Erfolge aus dem Unternehmen aus. Der Geschäftsführer der BMW GmbH hieß ab 4. Oktober 1917 Franz Josef Popp.²⁵

Während des Anlaufs der Lizenzproduktion entwickelte Friz einen völlig neuen Motor, den BMW IIIa. Innerhalb von nur vier Monaten, von Mai bis September 1917, stand er auf dem Prüfstand. Die Inspektion der deutschen Fliegertruppen erteilte bereits im Juli 1917 einen ersten Auftrag über 600 BMW IIIa-Motoren.²⁶ Seither wandte Castiglioni der BMW GmbH verstärkte Aufmerksamkeit zu. Durch Vermittlung des Kölner Bankiers Carl Hagen hatten Wiedmann und Castiglioni Verbindungen zu Hjalmar Schacht von der Nationalbank hergestellt. Diese stellte dem IIIa-Programm große Kredite zur Verfügung. Bereits Anfang 1918 bemühte sich Castiglioni, der das Interesse Stinnes' für BMW gewinnen konnte, eine Aktiengesellschaft zu gründen, um der neuen Größenordnung des Unternehmens gerecht zu werden und mehr Einfluss auf das Flugmotorenwerk zu gewinnen. Nach der notariell bereits erfolgten Gründung kam es jedoch zum Eklat. Der Mehrheitsgesellschafter Wiedmann weigerte sich im letzten Augenblick, seine

²² Ebd., S. 13.

²³ Ebd., S. 14.

²⁴ Ebd., S. 15.

²⁵ Archiv Knorr Bremse KG, 1899 AH, Auszug aus dem Handels-Register, 29.10.1917; BMW UA 560, Mitteilung der Rapp-Motorenwerke, 23.07.1917.

²⁶ Bayer. Hauptstaatsarchiv München, Iluft 201, XX. Bericht der Kommission zur Regelung der Arbeiterfrage, undatiert [08.1917], S. 6.

Anteile an der GmbH zu verkaufen, um den größeren Einfluss Castiglioni zu verhindern. Verärgert zog sich Stinnes zurück.²⁷ Schließlich erfolgte am 13. August 1918 auf Druck der an einem reibungslosen Geschäftsgang interessierten bayerischen und preußischen Kriegsministerien sowie auf Betreiben Castiglioni die geplante Gründung der Aktiengesellschaft.²⁸ Zu diesem Zeitpunkt, drei Monate vor Kriegsende, war BMW bereits die größte deutsche Flugmotorenfabrik mit dem gefragtesten Fabrikat.²⁹

BMW-Flugmotoren – Der internationale Geschäftszweig

Nach der militärischen Niederlage Deutschlands war BMW aufgrund des Versailler Vertrags von internationalen Verbindungen und damit der internationalen Entwicklung im Flugmotorenbau weitgehend abgeschnitten. Eine »erzwungene Untätigkeit«³⁰ bis zum Frühjahr 1922 war die Folge. Castiglioni betätigte sich nach Kriegsende als erfolgreicher Finanzmann in Wien, so dass den Bayerischen Motoren Werken nicht mehr sein Hauptinteresse galt. Folge davon war, dass die Berliner Knorr-Bremse AG Ende 1920 für 28 Millionen Mark die BMW-Aktien Castiglioni übernahm.³¹ Erst einhalb Jahre später – zeitgleich mit der teilweisen Aufhebung des Versailler Bauverbots für Flugmotoren – zeigte Castiglioni Interesse am Rückkauf des Motorenbaus und des Namens »Bayerische Motoren Werke«. Der Auskauf erfolgte dann im Mai 1922 für eine Summe von 75 Millionen Mark. Castiglioni entscheidendes Motiv, den BMW-Flugmotorenbau seinem Wirtschaftsimperium erneut einzugliedern, war die Perspektive, Flugmotoren wieder in größerem Umfang produzieren und legal exportieren zu können.

Von diesem Zeitpunkt an versuchte Popp, wieder Auslandsbeziehungen anzuknüpfen. Im Jahr 1923 stand BMW aufgrund der bevorstehenden Wiederaufnahme des internationalen Flugmotorengeschäfts vor der Entscheidung, entweder eine eigene Auslandsabteilung für dessen Abwicklung einzurichten oder eine externe Stelle damit zu betrauen. Nicht zuletzt infolge

27 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 51, Geschichte dreier Fabriken, S. 26–30.

28 Ebd., S. 31–33.

29 Ebd., S. 35.

30 BMW FK 3, BMW AG (Hg.), Luftgekühlte Flugmotoren, München 1928, o. Paginierung, Vorwort; im folgenden zitiert als »Luftgekühlte Motoren«.

31 Archiv Knorr-Bremse KG, 1855 Mo H, Notarielle Urkunde über die Außerordentliche Generalversammlung der BMW AG, 09.11.1920.

des dominierenden Einflusses ihres Großaktionärs wählte die BMW AG die zweite Variante. Die Generalvertretung für das Auslandsgeschäft wurde ab 1923 zunächst durch die von Castiglioni kontrollierte International Investment Co. mit Sitz in Zürich ausgeübt, danach mit Wirkung zum 1. Januar 1926 der ebenfalls dem BMW-Finanzier gehörenden Bank voor Handel en Crediet in Amsterdam übertragen. Für ihre Vermittlungstätigkeit und die Zahlung von Provisionen erhielt die Bank von sämtlichen Auslandsaufträgen einen Anteil von zehn Prozent.³² Als Mittelsmann in den Beziehungen zur Russischen Handelsvertretung in Berlin fungierte für die Bank voor Handel en Crediet der Ingenieur Joseph Steinberg, ein ehemaliger russischer Staatsbürger.³³

Das deutsche Geschäft mit Flugmotoren war in der Weimarer Zeit aufgrund mangelnder inländischer Absatzmöglichkeiten stark auf den Export orientiert. So resümierte Popp 1930, bereits 1922 bei der Wiederaufnahme des Baus von Flugmotoren habe Klarheit darüber bestanden, dass neben einer modernen Serienproduktion nicht das Inlands-, sondern das Auslandsgeschäft die Grundlage für den Fortbestand des Unternehmens bildete. Zudem habe das Interesse aller wichtigen Auslandskunden eine Fabrikanlage erfordert, die ihre Produktion kurzfristig auf das Vielfache steigern konnte. In der Tat lieferte BMW seine von 1922 bis 1929 erzeugten Flugaggregate – im Wert von fünfzig Millionen RM – zu achtzig Prozent ins Ausland.³⁴ Die Erweiterung und Modernisierung des Münchner BMW-Werks im Jahr 1928 waren nicht zuletzt eine Folge der gestiegenen Auslandsnachfrage nach BMW-Flugmotoren.³⁵ Rückblickend brachte der BMW-Generaldirektor 1931 die Verhältnisse auf den Punkt: »Wir haben in den letzten Jahren nur existieren können infolge der Auslandsaufträge.«³⁶ Die Exportabhängigkeit im Bereich Flugmotoren war zusätzlich durch starke Unwägbarkeiten seitens der

32 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 135, BMW an International Investment, 03.09.1925; Bl. 136, dto., 17.09.1926; BMW an Bank voor Handel en Crediet, 17.09.1926; Bl. 111, Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken/Handelsvertretung in Deutschland (im folgenden zitiert als »Handelsvertretung«) an BMW, 04.11.1929.

33 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 297, Aktennotiz über eine Besprechung mit Herrn Dipl. Ing. Steinberg, August 1929; Bl. 339, Bericht zur Unterredung in der Handelsvertretung am 23.10.1929.

34 BArchB, R8119F, P 3069, Bl. 22, Popp an Reichsverkehrsministerium, 11.01.1930.

35 Münchener Zeitung, 28.04.1927; Vom BMW IIIa zum BMW VIII U und BMW Homet, München 1928, Kap. V.

36 BArchB, R8119F, P 3072, Bl. 170, Popp an Milch, 22.12.1931.

ausländischen Partner und der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen in den betreffenden Staaten gekennzeichnet.

Die Geschäfte beruhten vor allem auf dem hohen internationalen Ansehen, das die Marke BMW genoss. Herausragende Bedeutung hatten für BMW in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre – mit unterschiedlichen Vorzeichen – vor allem zwei Staaten: die Sowjetunion und die USA. Die UdSSR wollte eine eigene Flugzeugindustrie aufbauen und musste deshalb die nötige Technologie importieren. Dagegen befanden sich die USA infolge der deutschen Entwicklungsdefizite eher in der Rolle eines Technologieexporteurs. Während die internationalen Kontakte Castiglioni's Vertragsanbahnungen in den USA erleichterten, war Popp bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion die Schlüsselfigur.³⁷

Im Rahmen der Annäherung der beiden politisch isolierten Staaten Deutschland und Russland entwickelte sich seit Beginn der 1920er Jahre auch eine Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet. In Lipezk unterhielt die deutsche Luftwaffe eine geheime Erprobungsstelle und Junkers versuchte in Fili bei Moskau mit Unterstützung des Reichs eine Flugmotorenfertigung aufzubauen.³⁸ Popp reiste 1924 erstmalig in die Sowjetunion, um die Motorenproduktion in dem Junkersprojekt zu begutachten.³⁹ Seit 1924 avancierte die Sowjetunion zum größten Auslandskunden der BMW AG. 152 Motoren des Typs BMW IIIa, 164 Motoren BMW IV und 708 Motoren BMW VI wurden zwischen 1924 und 1929 dorthin geliefert⁴⁰. Dies entsprach in etwa zwei Dritteln des Gesamtumsatzes des Auslandsgeschäfts in einem Wert von mehr als sieben Millionen US-Dollar.⁴¹ Der junge Sowjetstaat wurde somit zum wichtigsten, aber auch mit vielen Unbekannten auf-

37 So wird von zahlreichen und schwierigen Verhandlungen Popp's in der Russischen Handlungsvertretung berichtet: BArchB, R8119F, P 3073, Bl. 213, S. 8–14: »Die B.M.W. in der Nachkriegszeit« [Autor: Waldemar von Buttlar], 31.07.1933, S. 8; im Folgenden zitiert als »Bericht Buttlar«.

38 Lutz Budraß, *Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918–1945*, Düsseldorf 1998, S. 101–128.

39 Ebd., S. 127.

40 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 127.

41 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 107. Dieser Anteil ergibt sich aus den Provisionszahlungen, die von 1924 bis 1929 an die Castiglioni-Gesellschaften International Investment Co. und Bank voor Handel en Crediet gezahlt wurden. Von knapp 2 Millionen RM, wurden allein 1,3 Millionen aus dem Geschäft mit der Sowjetunion fällig. Ebd., Bl. 107, BMW an Quatz, 22.01.1930.

wartenden Geschäftspartner von BMW. Damit waren viele Probleme vorprogrammiert.⁴²

Ein Beispiel für jene Unwägbarkeiten ist der »Paukensschlag«, der BMW Ende 1929 in Form einer immensen Geldforderung traf, die die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland geltend machte. Sie monierte, entgegen den Lieferverträgen für Flugmotoren seien fortlaufend Provisionen an Dritte gezahlt worden und forderte deshalb eine Vertragsstrafe in Höhe von zwölf Millionen RM. Für den Fall einer »freiwilligen und unverzüglichen Zahlung« bis zum 2. Januar 1930 – so die knappe Fristsetzung der Handelsvertretung – wollte sich die Klägerin mit der Hälfte zufrieden geben.⁴³ Die Höhe der im Raum stehenden Summe, die BMW kaum aufzubringen in der Lage war, bedrohte im Falle einer gesamthaften Fälligkeit den Fortbestand des Unternehmens. Da BMW zur Zahlung des geforderten Millionenbetrags, der Hälfte des gesamten Auftragswerts, nicht bereit war, beantragte die Handelsvertretung eine Einberufung des für Streitfälle vertraglich vorgesehenen Schiedsgerichts.⁴⁴ Nach Ansicht des Mittelsmanns Steinberg ging die Initiative zu dieser Aktion nicht von Moskau aus, sondern vom Leiter der Rechtsabteilung der sowjetischen Handelsvertretung, Rapaport, dessen 26 Mitarbeiter Beschäftigung und Erfolge benötigten.⁴⁵

Was war geschehen? BMW hatte auf sämtliche Lieferungen ins Ausland Provisionen an Castiglioni's holländische Bank gezahlt. Ein geringer Teil hiervon war an Steinberg geflossen.⁴⁶ Das Delikate der Angelegenheit lag darin, dass Popp die Zahlungen an die Castiglioni-Bank auf Vorhalt der russischen Seite, die über die Transaktion informiert war, hatte einräumen müssen und dabei das Wort »Schmiergelder« benutzte.⁴⁷ Laut Steinberg war dieses Ge-

42 Zur Verbindung von theoretischen Postulaten der Interkulturalität mit empirischen Forschungsergebnissen René Del Fabbro, *Interkulturelle Kompetenz im Unternehmen – Die historische Dimension*, in: *Historical Social Research* 3/4, 2000, S. 75–113.

43 BAArchB, R8119F, P 3125, Bl. 6, Handelsvertretung an BMW, 23.12.1929.

44 BAArchB, R8119F, P 3125, Bl. 27, Handelsvertretung an BMW, 03.01.1930.

45 BAArchB, R8119F, P 3125, Bl. 49, Notiz. Besprechung mit Herrn Steinberg in Gegenwart von Herrn von Buttlar, 08.01.1930.

46 BAArchB, R8119F, P 3125, Bl. 19f., BMW an Handelsvertretung, 31.12.1929; siehe auch die Provisionszusagen an Steinberg in ebd., Bl. 132, Popp an Steinberg, 26.07.1924, Bl. 133f., dto., die Provisionszusagen an die International Investment Co., Bl. 135, BMW an International Investment Co., 03.09.1925 und die Abmachungen mit der Bank voor Handel en Crediet von September 1926 bis Juni 1929, Bl. 137–141.

47 BAArchB, R8119F, P 3125, Bl. 83, Lewinski an Stauß, 14.01.1930; Bl. 244, Pinner an Klopfer, 25.02.1930.

sprach in der Handelsvertretung durch »verdeckte Personen« mitgeschrieben worden.⁴⁸ Auch in der Deutschen Bank war man in Sorge darüber, dass Popp allzu offen gegenüber den Russen über Provisionen und Schmiergelder gesprochen habe, statt die Angelegenheit in eine »sorgfältig überlegte diplomatische Form zu kleiden.«⁴⁹ Was darüber hinaus Popp persönlich in einige Aufregung versetzte,⁵⁰ war die Konstruktion, wie seine Tantiemenminderung infolge von Castiglionis »Gewinnabsaugung« – gemeint waren die Auslandsprovisionen – ausgeglichen worden war: der BMW-Großaktionär hatte Pops Einkommensverluste, die aus der Schmälerung des BMW-Gewinns resultierten, durch Zuwendungen der Bank voor Handel en Crediet kompensiert.⁵¹

Die BMW-Vertreter mussten in dieser prekären Situation sehr vorsichtig agieren, konnte doch ein ungünstiger Ausgang des Schiedsgerichtsverfahrens einen vollkommenen Verlust des Geschäfts mit der Sowjetunion und damit des größten Kunden nach sich ziehen. In dieser Lage überbrachte Steinberg einen überraschenden Vorschlag. Über einen Vermittler, so die Schilderung Steinbergs, hätten ihm drei der Handelsvertretung nahe stehende Juristen angedeutet, die Angelegenheit in zehn bis 14 Tagen erledigen zu können. Es habe sich »durchweg um Familienväter« gehandelt, die »notwendig Geld« gebraucht hätten und sich einen »Notpfennig« verschaffen wollten. Konkret wurde die Hinterlegung von auszuhandelnden Geldbeträgen zwischen 75.000 und 250.000 Mark gefordert. Nach Erhalt der Gelder wollten die betreffenden Juristen die rechtliche Position der Handelsvertretung gegenüber deren Leiter Labinow als ungünstig darstellen. In Vergleichsverhandlungen wollten sich die Russen dann mit der Schenkung einiger Flugmotoren, möglicherweise einer weiteren Lizenz oder der kostenlosen Entsendung des BMW-Chefkonstruktors Max Friz nach Moskau begnügen.⁵²

Die Geschäftsleitung von BMW ging auf diesen dubiosen Vorschlag Steinbergs nicht ein. Die Behörden setzten den staatenlosen Steinberg mit ausländer- und finanzpolizeilichen Mitteln unter Druck, so dass er seine

48 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 252, Klopfer an Pinner, 01.03.1930; auch P 3130, Bl. 338–340, Handelsvertretung an BMW, Bericht zur Unterredung in der Handelsvertretung am 23.10.1929, 04.11.1929.

49 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 83, Lewinski an Stauß, 14.01.1930.

50 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 244, Pinner an Klopfer, 25.02.1930.

51 BArchB, R8119F, P 3069, Bl. 76–78, Popp an Stauß, 17.02.1930.

52 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 335 f. Notiz über zwei Besprechungen mit Herrn Dipl. Ing. Steinberg, 18./19.03.1930.

Ausweisung befürchtete. Schließlich arbeiteten BMW-Vertreter einen Lösungsvorschlag für den Fall aus, dass Steinberg einen erheblichen Teil der von den russischen Juristen geforderten Zahlungen übernehmen sollte. Verhandlungen über einen neuen russischen Auftrag sollten im Erfolgsfall binnen acht bis zehn Tagen aufgenommen werden.⁵³ Die BMW-Verantwortlichen witterten Morgenluft: »Es geht uns wie einem Mann, der glaubte sterben zu müssen und nun erfährt, dass ihm nur ein Zahn gezogen wird«, kommentierte der stellvertretende BMW-Aufsichtsratsvorsitzende Hergt den Wandel der Lage.⁵⁴

Obwohl sich ein Ende der Affäre abzeichnete, scheiterten die Vergleichsverhandlungen dennoch.⁵⁵ Deshalb wurde für den 11. Juni 1930 eine Verhandlung vor dem Schiedsgericht anberaumt.⁵⁶ Während der über fünfstündigen Sitzung wendete sich das Blatt jedoch zunehmend zu Gunsten der BMW AG. Im Vergleichswege forderten die Russen gegen eine Zahlung von etwa 400.000 RM, die freie Verfügung über die Lizenz des BMW VI-Motors zu erhalten. Schließlich einigten sich die beteiligten Parteien diesbezüglich auf eine Summe von 650.000 RM.⁵⁷

Im Gegensatz zu anders lautenden Stimmen, die »Schmiergeldzahlungen« als unumgängliche Voraussetzung für Geschäfte mit der UdSSR ansahen,⁵⁸ hatte BMW erkennen müssen, dass Provisionen im Russland-Geschäft nichts bewirken konnten, da die relevanten Entscheidungen allein in Moskau getroffen wurden.⁵⁹ Klipp und klar hieß es bereits Anfang 1930 im Schreiben eines Beraters der Deutschen Bank: »[W]er mit Schmiergeldern in Russland Geschäfte machen zu können glaubt, täuscht sich [...]. Keine der Personen, die – sei es in der hiesigen Handelsvertretung oder in Russland – selbst mit

53 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 403, 406, Aktenvermerk, 09.05.1930.

54 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 402, Hergt an Lewinski, 09.05.1930.

55 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 407–409, Pinner an Meyer [Vorsitzender des Schiedsgerichts], 15.05.1930.

56 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 412, Schiedsgericht Handelsvertretung ./ BMW, 26.05.1930.

57 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 444–451, Bericht über die Sitzung des Schiedsgerichts vom 11. Juni 1930 in Sachen Russische Handelsvertretung gegen Bayerische Motoren Werke (Hergt), 17.06.1930.

58 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 72, Artikel »Uralzeff ›drückt auf die Knöpfe‹«, in: Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts, 11.01.1930; Bl. 99, Artikel »Uralzeffs ›Russen-Geschäfte‹«, 11.01.1930.

59 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 339, Bericht zur Unterredung in der Handelsvertretung am 23.10.1929; P 3125, Bl. 191, BMW an die Staatsanwaltschaft München I, 14.02.1930; Bl. 425, BMW an Pinner, 30.05.1930.

der Durchführung derartiger Verträge auf Seiten der Sowjets zu tun hätte, würde es wagen, hierfür persönlich etwas anzunehmen, schon nicht auf die Gefahr exemplarischer Bestrafung hin.«⁶⁰ Die Gelder an die Bank voor Handel en Crediet hatten ihren Adressaten ohnehin nicht erreicht. Den Großteil hatte Castiglioni als verdeckte Gewinnentnahmen aus der BMW AG einbehalten. Nur ein geringer Teil der Gelder war an Steinberg geflossen.⁶¹ Zwar stand nach dem Schiedsspruch ein weiterer Auftrag in Höhe von neun Millionen Mark in Aussicht.⁶² Doch endeten die Lieferungen in die Sowjetunion 1931,⁶³ was BMW in der Wirtschaftskrise hart traf.

Aus den USA importierte BMW hingegen die Technologie für seine Flugzeugmotoren. 1927 unternahmen Castiglioni und Popp eine Amerikareise, auf der sie Kontakte zu führenden Kreisen der US-Luftfahrtindustrie knüpften. Über die Ergebnisse der Fahrt liegen lediglich die mit erheblichem zeitlich Abstand gemachten, recht allgemein gehaltenen Äußerungen Pops vor.⁶⁴ Diesen zufolge lernte er in den USA die Technik eines neuen Motortyps, des luftgekühlten Sternmotors der Pratt & Whitney Aircraft Company, kennen. »Im Jahre 1927«, so der BMW-Generaldirektor knapp zehn Jahre später, »erkannte ich aufgrund der Entwicklung in England und Amerika, dass der luftgekühlte Sternmotor eine grundsätzliche Überlegenheit gegenüber wassergekühlten Reihenmotoren besitze und dass seine Entwicklungsmöglichkeiten überaus gross sein müssten. Um den Vorsprung des Auslandes einholen zu können und mit Rücksicht auf den Mangel erfahrener Fachleute in Deutschland, reiste ich nach Amerika und erwarb kurz entschlossen die Lizenz auf den Wasp- und Hornet-Motor von Pratt & Whitney.«⁶⁵ Was Popp mehr oder minder als seine Einzelleistung darstellt, basierte allerdings zum guten Teil auf der Informationsbeschaffung der BMW-Entwicklungsingenieure.

Am 3. Januar 1928 wurde ein Memorandum of Agreement zwischen der Pratt & Whitney Aircraft Company und den »Bavarian Motor Works« unter-

60 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 82, Aktennotiz für Lewinski, 14.01.1930.

61 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 107, BMW an Quatz, 23.01.1930.

62 BArchB, R8119F, P 3125, Bl. 434, Hergt an Stauß, 17.06.1930.

63 Bericht Buttlar (wie Anm. 37), S. 8; auch P 3070, Bl. 215, Popp an Reichsverkehrsminister Guérard, 01.12.1930, S. 7. Welche Rolle der »Russen-Prozeß« bei dieser Entscheidung Moskaus spielte, müsste aufgrund von Dokumenten aus russischen Archiven genauer geklärt werden.

64 Zwar stellte Castiglioni Stauß einen ausführlichen Erfahrungsbericht in Aussicht (BArchB, R8119F, P 3130, Castiglioni an Stauß, 28.11.1927). Dieser wurde, da er sich in dem bearbeiteten Quellenmaterial nicht findet, wahrscheinlich nur mündlich erteilt.

65 BMW UA 368, Popp an Udet, 29.10.1936.

zeichnet.⁶⁶ Es beinhaltete die Lizenzvergabe der beiden Sternmotorentypen »Wasp« (Wespe) und »Hornet« (Hornisse) an BMW. Für die Produktion erweiterte BMW seine Fabrikanlagen und orderte in den USA eine Reihe von Spezialmaschinen.⁶⁷ Der aus den USA übernommene Lizenzbau bildete die Grundlage sämtlicher BMW-Eigenentwicklungen von Sternmotoren bis 1945.

Insgesamt gesehen war die Flugmotorenproduktion der Bayerischen Motoren Werke während der 1920er Jahre von Auslandsaufträgen abhängig. Ohne die Einnahmen aus dem Export wäre weder ein Florieren des Unternehmens während der Jahre 1925 bis 1928 noch eine substanzielle Weiterentwicklung deutscher Flugmotoren möglich gewesen. Ungefähr zwei Drittel der Auslandsaufträge erteilte die Sowjetunion, was zu einer regelrechten Abhängigkeit von diesem Auftraggeber führte, wohingegen BMW Ende der 1920er Jahre mit dem luftgekühlten Sternmotor aus den USA selbst Hochtechnologie importierte.

Der BMW-Automobilbau

Grundsätzlich bewegte sich die Suche der BMW AG nach einer Automobilbaustrategie in den 1920er Jahren auf vier Problemfeldern, die sich naturgemäß überschneiden. Sie beteiligte sich erstens am Projekt eines deutschen Automobiltrust. Zweitens ging es um die Alternative Klein- oder Großwagenbau, drittens um die Eigenkonstruktion oder Übernahme eines vorhandenen Produkts sowie viertens um den Aufbau einer eigenen oder den Ankauf einer fremden Fertigung. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich der in München weiter geführte Produktionszweig nach schwierigen Anfängen zur Hauptgeschäftsgrundlage des BMW-Konzerns.

Die ersten Pläne, auch Automobile zu fertigen, entstanden 1918 und verdichteten sich nach Kriegsende. Verschiedene Vorhaben zur Autoproduktion scheiterten jedoch. 1924 verhandelte BMW erstmalig über eine Übernahme der Fahrzeugfabrik Eisenach (Dixi-Werke). Freilich verfügte das Unternehmen zu dieser Zeit nicht über genügend Kapital, um den Kauf tätigen zu können.⁶⁸ 1925 wurde mit der Übernahme aller Aktien der deutschen Verkaufsgesellschaft der Austro-Daimler Motor AG ein erster Schritt

⁶⁶ BMW FA 4, Memorandum of Agreement, 03.01.1928.

⁶⁷ Motor und Sport, 46 (1928), S. 44.

⁶⁸ BAArchB, R8119F, P 3080, Bl. 406, Popp an Weichsel, 04.12.1928.

ins Automobilgeschäft vollzogen.⁶⁹ Doch dürften, wenn überhaupt, nur einige wenige Austro-Daimler-Fahrzeuge verkauft worden sein. Im selben Jahr engagierte BMW den Daimler-Konstrukteur Gottlieb Dürnwächter, den Max Friz aus seiner Studentenzeit kannte. Dürnwächter wurde im Oktober 1925 als Leiter der Abteilung Chassis-Konstruktion angestellt.⁷⁰ Friz und Dürnwächter konstruierten gemeinsam einen viersitzigen Kleinwagen. Doch Popp soll unvermittelt den zukünftigen Markt in der Klasse der großen amerikanischen Luxuslimousinen gesehen haben, deren Absatz auch in Deutschland stieg. Darauf hin wurden zwei amerikanische Wagen gekauft und die beiden BMW-Ingenieure entwarfen nach diesen Vorbildern ein großes Auto mit einem V-8-Motor, das allerdings mangels finanzieller und fertigungstechnischer Mittel nicht gebaut wurde.⁷¹

Schließlich entschied sich BMW 1928 für den Erwerb einer kompletten Produktionsstätte, nämlich der im Besitz der Gothaer Waggonfabrik befindliche Fahrzeugfabrik Eisenach,⁷² über deren Ankauf bereits vier Jahre zuvor verhandelt worden war. Dort produzierte das Unternehmen unter dem Markennamen ›Dixi‹ den britischen Austin 7. Die Lizenzfertigung war Ende 1926 zwischen der Austin Motor Co. Ltd., Longbridge bei Birmingham, und der Gothaer Waggonfabrik für die Zeit bis Ende 1932 vereinbart worden.⁷³ Mit der Fahrzeugfabrik Eisenach übernahm BMW auch den Lizenzvertrag mit Austin⁷⁴ und damit nach den amerikanischen Flugmotoren eine weitere ausländische Lizenz. Noch Ende 1928 war auch ein Vertrag mit dem französischen Austin-Lizenznehmer Automobiles L. Rosengart in Neuilly sur Seine abgeschlossen worden, um eine modernere Karosserie zu bekommen.⁷⁵

Die Fertigung mit der Austin-Lizenz bedeutete zwar die Geburt des BMW-Automobilbaus,⁷⁶ wurde wirtschaftlich allerdings nur ein Achtungserfolg.

69 Ebd., S. 10; P 3102, Bl. 259, Revisionsbericht 1925.

70 BMW XA 9, Anstellungsvertrag Gottlieb Dürnwächter, 13.07.1925.

71 Ebd., Bericht Manfred Dürnwächters [Sohn Gottlieb Dürnwächters] über ein Gespräch mit Max Friz im Sommer 1960, S. 2 f.; zum Vorhaben des Kleinwagenbaus auch Münchener Zeitung, 28.04.1928.

72 BMW UA 3, Vertrag zwischen der Gothaer Waggonfabrik AG und der Bayerische Motoren Werke AG, 14.11.1928.

73 BMW UA 1, Vertrag zwischen der Austin Motor Co. Ltd. und der Gothaer Waggonfabrik AG, 18.12.1926.

74 BMW UA 3, Vertrag zwischen der Gothaer Waggonfabrik AG und der Bayerische Motoren Werke AG, 14.11.1928, § 10.

75 BArchB, R8119F, P 3102, Bl. 40; auch Motor und Sport 47, 1928, S. 20.

76 Zur Geschichte der Fahrzeugfabrik Eisenach und ihren Rechtsnachfolgern Michael Stück/Werner Reiche, 100 Jahre Automobilbau in Eisenach, Augsburg 1998.

Dafür war gewissermaßen höhere Gewalt verantwortlich: die Weltwirtschaftskrise. Nach Lizenzzahlungen von rund 750.000 RM versuchte BMW seit Anfang 1931, ohne selbst etwas verdient zu haben, den Lizenzvertrag vorzeitig zu kündigen. Unter anderem bediente die Unternehmensleitung sich dabei des Arguments, »daß der deutschen Mentalität ein geräumiger Wagen mehr entspricht«. Zudem waren die modernen Karosserien von Rosengart gekommen, wofür Eisenach erhebliche Mittel aufgewendet hatte. Selbst Austin hatte diese Karosserie 1930 übernommen, weshalb BMW den Standpunkt vertrat, man stelle eigentlich nur noch das Chassis in Austin-Lizenz her.⁷⁷ Die Geschäftsleitung von Austin lehnte das deutsche Ansinnen ab, hatte sie doch bereits eine annähernde Halbierung der Lizenzgebühren hinnehmen müssen, um den Verkauf der Fahrzeugfabrik Eisenach an BMW überhaupt zu ermöglichen.⁷⁸ Erst die Zusicherung durch BMW-Vertreter, die Produktion auf ein Minimum von 15.000 Autos jährlich zu erhöhen, hatte sie zu der Gebührensenkung bewogen.⁷⁹

Die Wirtschaftskrise und Austins strikte Ablehnung einer Revision des Lizenzvertrags für die mittlerweile veraltete Konstruktion stellte die BMW-Automobilsparte auf eine harte Bewährungsprobe. Popp trug sich 1931 bereits mit dem Gedanken, Austin eine »sehr günstige Offerte« zum Kauf des Eisenacher Werks zu machen.⁸⁰ Nochmals schlug BMW dem Lizenzgeber vor, den Vertrag zum Jahresende 1931 zu lösen und den Markt ab 1932 selbst zu bedienen.⁸¹ Doch Austin insistierte weiterhin auf der Zahlung seiner Gebühren. BMW schaltete nunmehr das vertraglich vorgesehene Schiedsgericht ein,⁸² das seine Sitzungen am 12. Januar 1932 begann. Es hob den Lizenzvertrag mit vorzeitiger Wirkung ab Ende Februar 1932 auf und legte fest, dass BMW für die Zeit seit dem 1. April 1931 nur die Hälfte der vereinbarten Zahlungen zu leisten hatte.⁸³ Das Ende des Lizenzvertrags mit Austin und eine langsame Besserung der wirtschaftlichen Lage machten den

77 BArchB, R8119F, P 3124, Bl. 39 f., Popp an Frank [Vorstand Deutsche Bank], 07.03.1931; Bl. 41–44, Popp an Austin, 07.03.1931.

78 BArchB, R8119F, P 3124, Austin an Frank, 16.03.1931; vgl. die Änderung der Lizenzgebühren in BMW UA 1, Vertrag zwischen der Austin Motor Company Limited [...] und den Bayerischen Motoren Werken, 07.12.1928.

79 BArchB, R8119F, P 3124, Bl. 102, Austin an Popp, 26.04.1931, S. 2.

80 BArchB R8119F, P 3124, Bl. 75 f., Popp an Stauß, 13.06.1931.

81 BArchB, R8119F, P 3124, Bl. 109, Popp an Austin, 10.07.1931, S. 3 f.

82 BArchB, R8119F, P 3124, Bl. 113, Popp an Stauß, 23.07.1931.

83 BArchB, R8119F, P 3124, Bl. 148, Lewinski an Stauß, 13.02.1932.

Weg frei für die Entwicklung und Vermarktung neuer, größerer BMW-Typen in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre.

Die Stimmungsschwankungen der BMW-Verantwortlichen zwischen den beiden Polen des Kleinwagenbaus oder der Fertigung großer Automobile korrespondierten relativ genau mit den Entwicklungen auf dem deutschen Automobilmarkt. Im ersten Jahrfünft der 1920er Jahre erlebte dieser, getrieben vom ›Warenhunger‹ der Inflationszeit, eine ›Kleinautowelle‹ mit 53 neuen Modellen.⁸⁴ In dieser Phase begann BMW seine Konstruktionen im Kleinwagenbereich. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts veränderte sich der deutsche Markt stark. Die Hersteller produzierten überwiegend teure und luxuriöse Wagen in sehr kleinen Serien, um eine betuchte Kundschaft zu bedienen, für die ein Fahrzeug in erster Linie ein Repräsentationsgegenstand war.⁸⁵ Bei BMW setzte sich in dieser Zeit vor allem Castiglioni für eine Fertigungsaufnahme mittlerer und großer Wagen ein.⁸⁶ Der von Dürrwächter geschilderte – vorgeblich Poppsche – Sinneswandel vom Klein- zum Großwagen entsprach demnach der allgemeinen Marktentwicklung. Die von Castiglioni und Popp während ihrer USA-Studienreise gewonnenen Eindrücke dürften den Strategiewandel wenn nicht herbeigeführt, so doch gestützt haben. Sie hatten neben dem Flugmotorenbau auch Möglichkeiten der Automobilfertigung und Volksmotorisierung studiert und dabei deutlich gesehen, auf welchen Prämissen die Massenfertigung von Autos in den USA beruhte.

1947 schilderte Popp rückblickend seine Eindrücke folgendermaßen: »Ich hatte auch nicht versäumt, als ich im Jahre 1928 den Automobilbau aufnahm, eine Studienreise nach USA zu machen, dessen atemberaubende Motorisierung mich in meinen Plänen nachdrücklich bestärkte. [...] Ich war jedoch gerade durch diese Reise zur Ueberzeugung gekommen, daß Europa und besonders Deutschland auf unabsehbare Zeit hinaus nicht in der Lage sein würde, auch nur annähernd eine Motorisierung wie in USA durchzuführen. Die großen amerikanischen Automobilfabriken erlebten auch später schwere Enttäuschungen und große Verluste, als sie glaubten, in Europa die gleichen Erfolge erzielen zu können. Ich lehnte daher alle diese Pläne ab und vermied dadurch jeden Mißerfolg bei BMW, als die Weltwirtschafts-

84 Fritz Blach, Die »Fehlrationalisierung« in der deutschen Automobilindustrie 1924 bis 1929, in: Tradition 1973, S. 18–33, hier S. 30.

85 Ebd., S. 22–26.

86 BAArchB, R8119F, P 3080, Bl. 323, Popp an Stauß, 13.07.1929.

krise sich immer mehr verstärkte.«⁸⁷ Popp hielt die Unterschiede zwischen Europa und den USA für derart fundamental, dass die Motorisierung in Deutschland seines Erachtens andere Wege gehen musste. In der Tat verfocht er noch Mitte der dreißiger Jahre während der Diskussion um den Bau eines Volkswagenwerks seine 1931 publizierte These man solle den Omnibus als Volkswagen propagieren.⁸⁸ Da die Einkommensverhältnisse der breiten Massen »niemals« die Haltung eines eigenen Wagens erlaubten, sei es nur so möglich, ihnen »die großen sozialen Vorteile der Motorisierung« zur Verfügung zu stellen.⁸⁹

Der in Österreich bereits länger im Automobilgeschäft aktive Castiglioni gehörte neben Jacob Schapiro zu den treibenden Kräften bei der Bildung eines großen deutschen Auto-Trusts.⁹⁰ Im Rahmen dieses Vorhabens kursierten unter anderem Pläne, BMW mit amerikanischen Firmen, aber auch mit Daimler, Adler oder NSU zu verbinden.⁹¹ Ein deutscher Automobiltrust war jedoch spätestens im Mai 1929 mit dem Verkauf von Opel, des modernsten deutschen Autowerks, an General Motors unrealistisch geworden.

Über seine Beweggründe, den Autobau bei BMW aufzunehmen, schrieb Castiglioni im November 1929 an Stauß, er sei der Ansicht gewesen, »dass man auch ein kleines Automobil erzeugen muss, damit man nicht einerseits auf die schwindende Motorradkundschaft, andererseits auf die Laune der Behörden bezüglich Flugmotorenbestellungen angewiesen ist, sondern dass man ein festes Dreieck schaffen muss, in welchem sich auch ein grosser Artikel befindet, dessen Verkauf nur von der Tüchtigkeit und Konkurrenzfähigkeit der betreffenden Fabrik auf dem Markte abhängt.«⁹² Auch die Presse

87 BMW UA 434, Franz Josef Popp, Zur Geschichte der Bayerischen Motoren Werke, Schrobenhausen, o. J. [1947], o. Paginierung, Kap. III »BMW als Fahrzeugfabrik vor 1933«, im Folgenden zitiert als »Zur Geschichte«. Das Dokument fällt quellenkritisch in die Gattung einer Rechtfertigungsschrift. Popp, gegen den in seinem Spruchkammerverfahren der Vorwurf der Leitung eines Rüstungstriebwerks erhoben wurde, versuchte seine friedlichen Absichten vor und während der NS-Zeit unter Aufbietung allerhand sophistischer Kunstgriffe glaubhaft zu machen, welche sich allerdings anhand der zeitgenössischen Quellen leicht widerlegen lassen. Dazu gehörte unter anderem, sich als maßgeblichen Initiator für die Aufnahme des »Friedensprodukts« Automobil in das BMW-Fertigungsprogramm darzustellen.

88 Franz Josef Popp, Das Automobil als volkswirtschaftliche Frage, in: Allgemeine Automobil Zeitung, 30.05.1931, S.12 f.

89 BMW UA 434, Zur Geschichte, Kap. III »BMW als Fahrzeugfabrik vor 1933«.

90 Feldman, Die Deutsche Bank (wie Anm. 6), S. 8; zu Schapiro Helmut Reimann, Schapiros Glück und Niedergang, in: Motor und Sport 49, 1928, S. 11–15.

91 BAArchB, R8119F, P 3080, Bl. 323, Popp an Stauß, 15.11.1929.

92 BAArchB, R8119F, P 3130, Bl. 306, Castiglioni an Stauß, 02.11.1929.

sah in Castiglioni den Initiator des BMW-Autobaus. So berichtete der Berliner Börsen-Courier, Castiglioni sei von jeher die »Triebfeder« der Angliederung einer Automobilfabrikation an BMW gewesen und habe diese Entscheidung gegen erhebliche Widerstände in Vorstand und Aufsichtsrat durchgesetzt.⁹³ Auch in einer Wertung des Wochenblatts »Montag Morgen« wurde Castiglioni die Initiative zur Übernahme des Geschäftsfelds Automobile zugeschrieben.⁹⁴

Popps Äußerungen zum Automobilbau hingegen sind voller Brüche und Widersprüche. Nicht erst 1931, sondern bereits 1924 hatte er sich in einem Artikel skeptisch zu den Erfolgsaussichten des Autogeschäfts zu Wort gemeldet. Eine »Massenautomobilisierung« im amerikanischen Sinne sei nicht möglich, und die breiten Schichten würden – so der Autor etwas kryptisch – auf die »Seligkeit ästhetischer Daseinsfreuden« beschränkt bleiben.⁹⁵ Ein halbes Jahr nach dem Kauf der Dixi-Werke hielt Emil Georg von Stauß dem BMW-Generaldirektor vor, dass er zwar die bevorstehende Übernahme – »wenn auch eine Nummer milder als Herr Castiglioni« – mit den »größten Zukunftshoffnungen« verbunden, jedoch im Gegensatz dazu schon Mitte 1929 die Autosparte als ein Geschäft bezeichnet habe, das man »eben hätte machen müssen«, um »größeres Unheil« zu verhüten.⁹⁶ Entsprechend versah der Stauß-Mitarbeiter Lewinski einen Passus in einer Denkschrift Popps zur Zukunft der Bayerischen Motoren Werke, in dem dieser behauptete, er habe »seit jeher« den Standpunkt vertreten, dass ein dritter Fabrikationsartikel in Form eines Kleinwagens in die BMW-Produktpalette aufgenommen werden müsse, am Rand mit drei Fragezeichen. Weiter schrieb Popp, das Autoprojekt sei von Castiglioni, der aus persönlichen Gründen eine Fabrikation mittlerer und großer Wagen angestrebt habe, in »falsche Bahnen gedrängt« worden. Er habe die Pläne des Wiener Finanzmanns, die Bayerischen Motoren Werke mit anderen Automobilfirmen »zu verquicken«, bekämpft, aber den Kauf der Dixi-Werke mit der Perspektive einer späteren Verlegung des Automobilbaus nach München vom industriellen Standpunkt her befürwortet. Letztlich habe er aber den »Bissen« für zu groß gehalten.⁹⁷ Dass Popp sich nicht konsequent für den Automobilbau eingesetzt hat, belegt auch seine Reaktion

93 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 37, Berliner Börsen Courier, 05.06.1929.

94 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 311, Artikel »Castiglionis zweiter Niederbruch«, Montag Morgen, 04.11.1929.

95 Franz Josef Popp, Die Automobilisierung Deutschlands, in: Motor 12, 1924, S. 192.

96 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 116, Stauß an Popp, 13.07.1929.

97 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 323, Popp an Stauß, 15.11.1929.

auf einen 1930 erschienenen Zeitungsartikel: »Man scheint ausserdem zu glauben, dass ich der spiritus rector beim Kauf von Eisenach gewesen bin.«⁹⁸

Wie wenig BMW-Vorstand und -Aufsichtsrat an die wirtschaftliche Zukunft des Automobilbaus glaubten, zeigt auch die Tatsache, dass die Eisenacher Fabrik nicht nur Austin, sondern auch weiteren Interessenten, darunter General Motors, mehrfach zum Kauf angeboten wurde.⁹⁹ An der Börse wurde gerüchteweise auch Ford als Interessent gehandelt.¹⁰⁰ Je länger die Wirtschaftskrise andauerte und sich kein Käufer für das Thüringer Autowerk fand, desto drastischer forderte Popp Maßnahmen. Schließlich hielt er im Juni 1931 die Stilllegung der Serienproduktion zum Jahresende für eine »zwingende Notwendigkeit«: »Wir sind der Meinung, dass wir den kleineren Teil des Uebels erwählen, wenn wir uns aus dem Automobilabenteuer schleunigst zurückziehen.«¹⁰¹

Wenn Popp in seinen Rechtfertigungsschriften nach dem Zweiten Weltkrieg auch glauben machen wollte, die Aufnahme des Automobilbaus sei vor allem seiner Initiative entsprungen, so sprechen die Dokumente der Jahre 1929 bis 1931 doch eine andere Sprache. Seine Bemerkungen über das »Automobilabenteuer« machen deutlich, dass er die Autofertigung weniger als Chance denn als Risiko eingeschätzt hatte. Nach der jahrelang hin- und herwogenden Diskussion über die BMW-Automobilstrategie setzte Castiglioni, gewiss auch aus persönlichem Gewinnstreben, den Kauf von Eisenach gegen die Widerstände im Unternehmen durch. Seinem »unruhigen Geist« verdankt der BMW-Konzern den Einstieg in seine seit einem halben Jahrhundert dominierende Geschäftsgrundlage – den Bau von Autos.¹⁰²

Zwischen internationalem Markt und nationalen Interessen

»Was geschah bei Castiglionis endgültigem Rückzug aus BMW und Bayern?«¹⁰³ Diese vor 25 Jahren formulierte Frage des Wirtschaftshistorikers Wolfgang Zorn lässt sich auf der Basis der ausgewerteten Quellen inzwischen

98 BArchB, R8119F, P 3069, Bl. 75, Popp an Stauß, 19.02.1930.

99 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 232, Stauß an Erdmann, 17.09.1929; Berechnungen zum möglichen Erlös für das Eisenacher Werk P 3071, Bl. 33 f., Neubroch an Stauß, 25.03.1931.

100 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 300, Letzte Börseninformation, 29.10.1929.

101 BArchB, R8119F, P 3124, Bl. 75 f., Popp an Stauß, 13.06.1931.

102 Insofern geht die Interpretation von Oelze (wie Anm. 14), S. 624, völlig fehl, wenn er in Popp den Weichensteller für die heute klassischen Geschäftsfelder der BMW Group sieht.

103 Zorn, Unternehmer und Unternehmensverflechtung (wie Anm. 6), S. 184.

recht genau klären. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der BMW AG als Flugmotorenproduzent seit Mitte der 1920er Jahre – man kann fast von einer Monopolstellung in Deutschland sprechen – manifestierten sich staatliche Interessen, die sowohl im Bereich der militärischen wie der zivilen Luftfahrt lagen. Dabei war es nicht ohne Belang, dass Reichsaufträge für BMW aus Steuermitteln bezahlt wurden. Den maßgebenden Kreisen im Reichsverkehrsministerium war es vor allem ein Dorn im Auge, dass der bayerische Motorenhersteller im alleinigen Besitz des Ausländers Castiglioni war. In Reichstagsdebatten wurde wegen dieser Konstellation immer wieder Kritik am Verkehrsressort geübt. Vor diesem Hintergrund vollzog sich während der Jahre 1926 und 1929 eine Neuordnung der Besitzverhältnisse der BMW AG.

Castiglionis Wirtschaftsimperium hatte bereits Anfang 1924 einen nahezu vernichtenden Schlag erlitten. Er hatte sich bei Währungsgeschäften gewaltig verspekuliert und verlor fast sein gesamtes Vermögen von ungefähr 20 Millionen Gold-Schilling.¹⁰⁴ In schwierigen Verhandlungen wurde im November 1924 erreicht, dass der Wiener Finanzmann weiterhin alleiniger BMW-Eigentümer bleiben konnte.¹⁰⁵ Popp hatte Castiglioni nach eigener Darstellung bewogen, allen anderen Besitz eher zu liquidieren als die Bayerischen Motoren Werke.¹⁰⁶

Seinen entscheidenden Einfluss als Alleinaktionär der BMW AG verlor Castiglioni schließlich beim Börsengang des Münchener Unternehmens Mitte 1926. Die Hintergründe hierzu schildert Waldemar von Buttlar, Leiter der Berliner BMW-Niederlassung, in einer ausführlichen, 1933 verfassten Retrospektive.¹⁰⁷ Demnach eröffnete ihm Popp im September 1925, er habe sich gezwungen gesehen, Schutzmaßnahmen für BMW zu ergreifen, weil der Alleinaktionär Castiglioni in der Öffentlichkeit in steigendem Maße

104 Castronovo, Castiglioni (wie Anm. 6), S. 136.

105 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 284, Hergt an Stauß, 25.10.1929.

106 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 51, Geschichte dreier Fabriken, S. 47.

107 Das Folgende nach BArchB, R8119F, P 3073, Bl. 213, Bericht Buttlar. Quellenkritisch gesehen, dürfte die Darstellung Buttlars die Funktion eines »Persilscheins« gegenüber den neuen Machthabern für den mit Castiglioni »befreundeten« Popp erfüllt haben, der seine Distanzierung von dem »jüdischen Spekulant« seit 1926 darlegen sollte. So dürfte die aktive Rolle Pops als alleiniger Initiator der Vorgänge etwas überbetont sein. Krass erscheint insbesondere der innerhalb weniger Monate vollzogene Sinneswandel im Vergleich zu Ende 1924, als Popp sich vehement für den Verbleib Castiglions als Alleinaktionär eingesetzt haben will. Das Dokument ist dennoch von Bedeutung, da es die Hintergründe der Ereignisse von 1926 beleuchtet, zu denen ansonsten keine Aktenüberlieferung bekannt ist.

wegen seiner Geschäftsmethoden und als Ausländer angegriffen wurde. Seine »gefährliche Eigenart« hätte sich bestimmt bald zum Nachteil des Unternehmens ausgewirkt, und auf die Dauer »wurde es aus nationalen Gründen immer unerträglicher, dass Castiglioni als Ausländer der 100%ige Aktionär der einzigen deutschen Serienfabrik für Flugmotoren war.« Um darüber hinaus der Gefahr zu begegnen, dass die Behörden eines Tages eine andere deutsche Fabrik mit der Flugmotorenproduktion beauftragen könnten, sei es deshalb notwendig, eine finanzielle Beteiligung deutscher Kreise zu finden. Den Anstoß, Castiglionis Position als Alleinaktionär anzugreifen, sollte das Reichsverkehrsministerium geben.¹⁰⁸

Buttlar kontaktierte daher den leitenden Ministerialbeamten der Luftfahrt-Abteilung im Verkehrsministerium, Ernst Brandenburg. Kein Großindustrieller zeigte sich jedoch bereit, viele Millionen Mark in ein Unternehmen der mit vielerlei Unwägbarkeiten behafteten Flugmotorenindustrie zu investieren. Es blieb daher nur die Alternative, dass eine Großbank die Aktien an der Börse einführte. Brandenburg sollte deshalb Emil Georg von Stauß von der Deutschen Bank den Plan eröffnen, da dieser als Aufsichtsratsvorsitzender des deutschen Aero Lloyd, der Daimler-Benz AG sowie designierter Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Luft Hansa stark in der Luftfahrtbranche engagiert war. Mit Hilfe des Bankiers sollte eine Fusion von Daimler-Benz und BMW vollzogen werden.¹⁰⁹

Der hiervon überraschte und darüber verärgerte Castiglioni erklärte sich schließlich Ende März 1926 zu einem Treffen mit Stauß bereit. Popp hatte ihm zuvor erklärt, dass eine Verweigerung gegenüber den Plänen der Deutschen Bank zur Vergabe anstehender Luft Hansa-Aufträge an Daimler-Benz und damit zu Wertverlusten von Castiglionis BMW-Paket führen könne. Die Zusammenkunft zwischen Stauß und Castiglioni ergab folgende Vereinbarungen: Von den fünf Millionen RM Aktienkapital der BMW AG sollte Castiglioni zwei Millionen behalten, zwei weitere Millionen sollten von der Deutschen Bank an der Börse eingeführt werden, und BMW selbst

108 Ebd., S. 8–11, Zitat: S. 11.

109 Ebd., S. 11 f. Hier irrt Buttlar bezüglich des Zeitablaufs, denn die Fusion der zuvor in einer Interessengemeinschaft agierenden Unternehmen Daimler und Benz zur Daimler-Benz AG erfolgte erst durch die Genehmigung in den Generalversammlungen vom 28. und 29.06.1926. Archiv der Daimler-Chrysler AG, Kissel, Protokolle I/1, Notariatsprotokoll über die 47. (ordentliche) Generalversammlung der Aktionäre der Daimler Motoren Gesellschaft, 29.06.1926; Fritz Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank, Frankfurt a.M. 1970, S. 282 f.

sollte eine Million erwerben, um sie gegen 1,75 Millionen RM in Daimler-Aktien zu tauschen. Dem gemäß wäre Castiglioni nicht mehr Mehrheitsaktionär gewesen. Allerdings hatte dieser eine komplette Fusion von BMW mit Daimler und Benz bereits im Vorfeld verhindert. Schließlich sprangen die Stuttgarter auch beim Aktientausch ab, weshalb der Wiener Finanzier mit drei Millionen RM wieder über eine Majorität verfügte.¹¹⁰ Offensichtlich war es Castiglioni gelungen, den Aktientausch dadurch zu torpedieren, dass er die Verhandlungsposition der BMW AG auf eine für Daimler unannehmbare Bedingung einschwor: der Aktientausch sollte erst statt finden, wenn die Stuttgarter sich bereit erklärten, den Flugmotorenbau einzustellen.¹¹¹ In dieser Situation wandte sich Brandenburg am 27. Mai 1926 auf Veranlassung Buttlars an Popp und teilte ihm mit, dass er BMW keine weiteren Aufträge erteilen könne, solange die Mehrheit des Aktienkapitals nicht in deutschen Händen sei. Erst darauf hin stellte Castiglioni der Deutschen Bank eine weitere Million Aktienkapital für die Börseneinführung zur Verfügung. Die Papiere wurden schließlich im Juni 1926 in Berlin und München an die Börse gebracht.¹¹²

Obwohl Castiglioni nun nicht mehr Alleinaktionär war, ließ der Druck, der auf seine endgültige Ausschaltung bei BMW zielte, nicht nach. So meldete sich Anfang 1928 der der Deutschnationalen Volkspartei angehörige Reichsverkehrsminister Wilhelm Koch bei seinem Parteifreund Stauß. Der Anlaß waren Angriffe gegen sein Ressort im Reichstag wegen der Beteiligung des italienischen Finanzmanns Castiglioni an der für die deutsche Luftfahrt bedeutungsvollen BMW AG.¹¹³ Der Merseburger SPD-Abgeordnete Richard Krüger hatte in der Sitzung vom 9. März 1928 die Größenordnung der Beteiligung Castiglionis an BMW dargelegt und den Verdacht geäußert, das Reich zahle dem Unternehmen über sehr hohe Preise verdeckte Subventionen und ermögliche so die hohen 12- bis 14-prozentigen Dividenden.¹¹⁴ Koch sah die Aussichten von BMW als »nicht besonders günstig« an, falls es nicht gelänge, den Einfluss Castiglionis entweder vollkommen zu beseitigen oder doch auf ein Mindestmaß einzudämmen.¹¹⁵

110 BArchB, R8119F, P 3073, Bl. 213, Bericht Buttlar, S. 12f.

111 Archiv der Daimler-Chrysler AG, Kissel, Protokolle I/2, Protokoll der Gesamt-Vorstandssitzung der Daimler Benz A.G., 02.08.1926, S. 8.

112 BArchB, R8119F, P 3073, Bl. 213, Bericht Buttlar, S. 13f.

113 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 42, Koch an Stauß, 17.03.1928.

114 Verhandlungen des Reichstags, 3. Wahlperiode 1924, Bd. 395, Berlin 1928, S. 13333.

115 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 42, Koch an Stauß, 17.03.1928.

Günstige Gelegenheiten hierzu boten die fortwährenden Finanzkrisen Castiglioni. Schon aus dem Kauf der Fahrzeugfabrik Eisenach im November 1928 versuchte Castiglioni Bargeld zu erlangen. Der ursprünglich vereinbarte Kaufpreis von zwei Millionen RM bar wurde daher auf sein Betreiben in 0,8 Millionen BMW-Aktien umgewandelt, für die die Gothaer Waggonbau AG eine ausbedungene Kursgarantie von 250 Prozent erhielt. Im Gegenzug strich der Großaktionär zwei Millionen RM ein.¹¹⁶ Im Frühjahr 1929 war der in großen finanziellen Schwierigkeiten befindliche Castiglioni gezwungen, seinen wertvollsten Besitz, das BMW-Aktienpaket, bei einem Kurswert von 250 Prozent für den wesentlich niedrigeren Kurs von 180 Prozent an die Deutsche Bank zu verpfänden. Noch im Lauf des Frühjahrs 1929 erlitten die BMW-Papiere bedeutende Kursverluste. Ein wichtiger Grund hierfür war die Übernahme von Opel durch General Motors im Mai 1929, worin die Finanzmärkte eine erhebliche Konkurrenz für BMW im Kleinwagensektor erblickten. Daneben wirkte sich die Streichung öffentlicher Mittel für den Ankauf von Flugmotoren negativ aus. Schließlich befürchteten die Börsianer, dass es nach den hohen – von Castiglioni geforderten – Dividenden der Jahre 1926 (12 Prozent), 1927 (14 Prozent) und 1928 (14 Prozent),¹¹⁷ die den Aktienkurs in enorme Höhen getrieben hatten, für 1929 zu einem gänzlichen Dividendenausfall kommen könnte. Bei einem Aktienkurs von 134 Prozent verlangte die Deutsche Bank »Nachschuß«, wofür Castiglioni 1,8 Millionen Mark aufwenden musste.¹¹⁸ Doch auch weitere Stützungskäufe konnten nicht verhindern, dass die BMW-Anteile im Herbst 1929 im Gefolge der beginnenden Wirtschaftskrise unter pari fielen. Bereits im Juli 1929 hielt Max von Wassermann die Position Castiglioni für »unrettbar verloren« und war überzeugt, dass seine Aktien über kurz oder lang zum Verkauf kommen würden.¹¹⁹

Auch wegen der Provisionen aus den Geschäften mit der UdSSR kam Castiglioni unter Druck. Im April 1929 wurden zwei Verträge zwischen BMW und der Bank voor Handel en Crediet vom 16. April und 2. November 1928 aufgehoben, die das Auslandsgeschäft bzw. Provisionen aus

116 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 37, Berliner Börsen-Courier, 05.06.1929, Bl. 220, Wirtschaftlicher Ratgeber, 28.09.1929.

117 BArchB, R8119F, P 3131, Bl. 3, Exzerpt aus einem Börsenprospekt, 16.08.1934.

118 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 6, Münchner Telegramm-Zeitung, 03.06.1929.

119 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 92, Stauß an Fehr, 04.07.1929.

Dixi-Transaktionen betrafen.¹²⁰ Im Juni übernahm Raimund Hergt, Filialdirektor der Deutschen Bank- und Diskontogesellschaft in München, anstelle Castiglioni die Position des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden.¹²¹ Ein Vertrag zwischen Castiglioni und dem Bankenkonsortium legte Ende Mai 1929 Rückzahlungen von einer Million Mark an BMW aus größtenteils von Castiglioni vereinnahmten Auslandsprovisionen fest. Infolge seiner mangelnden Liquidität versuchte der Finanzier wenige Monate später, diese Übereinkunft anzufechten.¹²² Mitte Oktober spitzte sich die Angelegenheit zu. Am 17. des Monats fanden die entscheidenden Verhandlungen in München statt.¹²³ Die Castiglioni-Unterhändler scheiterten indes mit ihrem Versuch, den bestehenden Vertrag zu revidieren.

Castiglioni akzeptierte schließlich vorbehaltlos seine Verpflichtungen aus den Provisionszahlungen, ohne deren Anerkennung weitere Verhandlungen ausgeschlossen gewesen wären.¹²⁴ So kam es am 21. und 22. Oktober in Berlin zu Übereinkünften über Castiglioni's Schulden an das Bankenkonsortium einerseits und an BMW andererseits. Hierzu lagen am 26. Oktober 1929 die Unterschriften aus Wien vor.¹²⁵ Am 29. Oktober erging die telegrafische Mitteilung an die Mitglieder des Aufsichtsrats, dass Castiglioni wie auch seine Vertrauensmänner Eduard Nelken und Berthold Schweiger aus dem Kontrollgremium der BMW AG ausgeschieden waren.¹²⁶ Für BMW hatte die Ära Castiglioni im Herbst 1929 ihr Ende gefunden. Popp wertete die Ereignisse des Jahres 1929 als »Befreiungskampf«.¹²⁷ Castiglioni, den man noch wenige Jahre zuvor den österreichischen Stinnes genannt hatte, galt in Wien als »völlig erledigt«.¹²⁸

Der Epilog zu den Ereignissen wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis von Wirtschaft und Nationalstaat: Die Deutsche Bank empfand den riesigen Bestand an BMW-Aktien, über den sie jetzt schlagartig verfügte, als

120 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 46, BMW an Bank voor Handel en Crediet, 07.06.1929, Bl. 47, dto.

121 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 174, Hergt an Austin, 19.06.1929.

122 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 231, Bericht Hergt, 12.10.1929.

123 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 241, Hergt an Stauß, 17.10.1929; Bl. 242, Bericht Weydenhammer/Hergt/Popp über die Verhandlungen, 17.10.1929; Bl. 242, Stenographischer Bericht, 17.10.1929.

124 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 262, Hergt an Stauß, 19.10.1929; Bl. 263, Telegramm Hergt an Stauß, 19.10.1929.

125 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 287, Aktennotiz für Stauß, 26.10.1929.

126 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 294–299, sämtlich 29.10.1929.

127 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 395, Popp an Stauß, 24.12.1929.

128 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 371, Lewinski an Stauß, 25.11.1929.

Belastung. In der Folge mühte sie sich, einen Großinvestor für eine Beteiligung an BMW zu finden. Bei dessen Auswahl traten die nationalstaatlichen Befindlichkeiten, die gegen Castiglioni seit 1926 ins Feld geführt worden waren, in den Hintergrund. Verhandlungen wurden fast ausschließlich auf internationaler Ebene geführt. Als Interessent trat der BMW-Lizenzgeber Pratt & Whitney auf, der Anfang 1929 in die United Aircraft Corporation, einen Luftfahrt-Trust unter Führung der National City Bank, einbezogen worden war. Die Leitung des Konglomerats teilten sich Frederick B. Rentschler als Präsident und der von Pratt & Whitney kommende George Mead. Popp und Weydenhammer boten Mead im Juni 1929 das Castiglioni-Aktienpaket zum Kauf an und versuchten es den Amerikanern mit dem Hinweis auf die Chancen, die sich General Motors mit der Übernahme von Opel eröffneten, schmackhaft zu machen.¹²⁹ Flankierend sollte Weydenhammer »den amerikanischen Freund« informieren, dass auch andere an dem Paket interessiert seien.¹³⁰ Während der Verhandlungen erwies sich die fortdauernde BMW-Beteiligung Castiglionis als Hindernis, da die amerikanischen Kaufinteressenten mit ihm »nichts zu tun haben« wollten.¹³¹

Mead erstellte für die United Aircraft Corporation einen technischen Bericht, der außerordentliches Interesse hervorrief. Vertreter der National City Bank sollten Anfang September zur Fortsetzung der Verhandlungen über den Kauf von BMW-Aktien im Wert von sechs Millionen RM seitens der »Gruppe Mead« in Deutschland eintreffen.¹³² Nach den Kursstürzen an den Weltbörsen im Herbst 1929 wurden die Verhandlungen jedoch abgebrochen. Anfang 1930 teilte Rentschler der Deutschen Bank mit, dass seinem Unternehmen angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse auch in der US-Flugzeugindustrie eine größere Interessennahme an BMW unmöglich sei.¹³³ Zwar bekundete in der Folgezeit die Pratt & Whitney-Holdinggesellschaft United Aircraft & Transport Corporation wiederholt Interesse am Erwerb einer Majorität an der BMW AG bei »Eintritt normaler Verhältnisse«.¹³⁴ Die Verhandlungen wurden jedoch nicht mehr aufgenommen.

129 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 61, Weydenhammer an Stauß, 12.06.1929.

130 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 119, Fehr an Stauß, 15.07.1929.

131 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 278, Bericht Stauß: Bayerische Motoren Werke – Castiglioni, 24.10.1929.

132 BArchB, R8119F, P 3130, Bl. 206, Stauß an Abshagen, 23.08.1929.

133 BArchB, R8119F, P 3069, Bl. 2, Rentschler an Stauß (Übersetzung), 03.01.1930; Bl. 25, National City Company an Popp, 11.01.1930.

134 BArchB, R8119F, P 3070, Bl. 4, Hergt an Stauß, 04.07.1930; P 3071, Bl. 32, Aktenvermerk Hergt für Stauß, 12.03.1931.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch der Briefwechsel zwischen Brandenburg und Stauß, der anlässlich der geplanten Aktienübernahme durch die Amerikaner geführt wurde: »Meine Genugtuung darüber«, schrieb Brandenburg, »daß es endlich gelungen ist, dieses für die Luftfahrt so wertvolle Unternehmen ganz in deutsche Hände zu bringen, wird nun in der letzten Zeit durch Gerüchte getrübt, die andeuten, daß ein namhafter Teil der Aktien der Bayerischen Motorenwerke in das Eigentum der Pratt & Whitney Co. übergehen soll. [...] Sie wissen, sehr verehrter Herr v. Stauß, welche Schwierigkeiten dem Reichsverkehrsministerium dadurch entstanden sind, daß es einen großen Teil der für die Entwicklung der Flugmotoren in Angriff genommenen Pläne mit einem Werk durchführen mußte, das zum großen Teil in ausländischer Hand war. Sie werden es mir daher nicht verübeln, daß ich mich an Sie wende und Sie bitte, mir, wenn möglich, eine Auskunft, über diese Gerüchte zu geben.«¹³⁵

In seiner Erwiderung scheute sich Stauß nicht, in aller Deutlichkeit auf mangelnde Aufträge von staatlicher Seite hinzuweisen: »Dass die B.M.W. von Herrn Castiglioni befreit wurden, bedeutet sicher nach manchen Richtungen eine grosse Erleichterung. Weniger angenehm ist es natürlich, dass die Banken die grossen Aktienposten zunächst übernehmen mussten; denn selbstverständlich kann es nicht Aufgabe der Deutschen Bank sein, grosse Posten solcher Aktien als Daueranlage zu behalten. Die trostlose Lage des inländischen Kapitalmarkts lässt andererseits nicht erwarten, dass ein Verkauf der Aktien an andere Stellen so leicht gelingen kann, zumal durch die Beschneidung des Lufterats die Kapitalisten von den Unternehmungen der einschlägigen Industrie sehr abgeschreckt sind und jede neue unbequeme Nachricht diese Sachlage verschärft. Hoffentlich gelingt es, die Gesellschaft durch angemessene Inlandsaufträge wieder auf eine feste Basis zu stellen. Inzwischen muss es m. E. als ein Vorteil gewertet werden, dass eine potente ausländische Gesellschaft für das Unternehmen Interesse gezeigt hat, das leider im Inland an so wenigen Stellen zu finden ist.«¹³⁶ Offenbar hinterließ diese Klarstellung bei Brandenburg nachhaltige Wirkung. Als er zwei Jahre später hörte, Castiglioni wolle sich wieder an BMW beteiligen, drückte er zwar seine Missbilligung darüber aus, gab aber gleichsam prophylaktisch seiner Befürchtung Ausdruck, die Deutsche Bank könne bei Widerständen

135 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 328, Brandenburg an Stauß, 18.11.1929.

136 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 385, Stauß an Brandenburg, 07.12.1929.

der Regierung gegen einen erneuten Einstieg des Wieners antworten: »Dann kauft ihr es uns allein ab!«¹³⁷

Ging es bei der Übernahme der BMW-Aktien Castiglioni, für die sich die Deutsche Bank geradezu anbot, demnach um wirtschaftliche oder politische Interessen? Gewiss spielten beide Faktoren eine Rolle. Nicht in erster Linie seine Eigenschaft als Staatsangehöriger eines ehemaligen »Feindstaats«, sondern Castiglioni's Finanzpolitik, die die Möglichkeiten des Systems bis an die Grenzen ausschöpfte, avancierte vor dem Hintergrund der wirtschaftsstrategischen Bedeutung der BMW AG zum Politikum. Allerdings unterschieden sich das wirtschaftspolitische Verständnis des Reichsverkehrsministeriums und das der Deutschen Bank erheblich. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass das Berliner Bankhaus und sein Vertreter Stauß nicht gezögert hätten, das ehemalige Castiglioni-Paket umgehend an einen anderen ausländischen Investor weiter zu reichen, während Brandenburg dies monierte. Die komplizierten Zusammenhänge begünstigten reduzierte Sichtweisen. So erwartete Weydenhammer, dass die Presse Castiglioni »immer wieder« als »Schädling im deutschen Wirtschaftsleben« bekämpfen würde.¹³⁸

Ein interessantes, wenn auch nur bedingt mit BMW vergleichbares Unternehmen bildete die Opel AG. Trotz ihrer ständigen nationalistischen Bekundungen verkaufte die Opel-Familie¹³⁹ ihr Werk im Mai 1929 an General Motors. Was für Opel 1929 Realität wurde, stand für BMW im selben Jahr ebenfalls zur Debatte: die Eingliederung in einen US-Konzern. Letztlich verhinderte Castiglioni's Festhalten an seiner Beteiligung bis in die beginnende Wirtschaftskrise diese Option.

Die zu Beginn der 1930er Jahre veränderten Besitzverhältnisse der BMW AG blieben in den folgenden Jahren nicht ohne nachhaltige Auswirkungen auf den Flugmotorenbereich, aber auch auf den Automobilbau. Insbesondere legten die neuen Besitzverhältnisse des Jahres 1929 den Grundstein für die Einbindung des BMW-Konzerns in die Rüstungspolitik der NS-Diktatur. In der Konstellation mit der Deutschen Bank als Hauptaktionär konnte sich die Unternehmensleitung der späteren Vereinnahmung durch Politik und Militär nur noch partiell entziehen. Für die BMW AG waren die Weichen in Richtung Rüstungskonzern bereits in der Weimarer Zeit gestellt.

137 BArchB, R8119F, P 3072, Bl. 157 f., Stauß an Frank/Wassermann, 22.12.1931.

138 BArchB, R8119F, P 3080, Bl. 39, Weydenhammer an Stauß, 05.06.1929.

139 Feldman, Die Deutsche Bank (wie Anm. 6), S. 9.

Christiane Harzig
Migrationspolitik im
nordatlantischen Raum:
Ein zeitgeschichtlicher Vergleich
zwischen Kanada, Schweden
und den Niederlanden*

IM Kontext des nordatlantischen Wirtschafts- und Kultursystems (Europa, USA und Kanada) wurde das Wanderungsgeschehen nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine Reihe von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen beeinflusst, die sich in drei historische Phasen einteilen lassen. In den Jahren von Mitte 1944 bis Anfang der 1950er Jahre wurden Wanderungen vor allem durch Kriegsfolgen ausgelöst. Das betraf erstens die Flucht und Umsiedlung von circa zwölf Millionen »ethnischen« Deutschen in die durch die Alliierten besetzten Zonen und später nach »Westdeutschland«. Zweitens war ein ähnliches Flüchtlings- und Umsiedlungssystem im östlichen – griechisch-türkischen und israelisch-palästinensischen – Mittelmeerraum entstanden. Und drittens sollten Millionen von *displaced persons* neue Siedlungs- und Lebensperspektiven in den USA, Kanada, Australien, Brasilien und Argentinien finden. Die unter dem Eindruck der Grauen des Krieges und der direkten Nachkriegsmigration getroffenen politischen Entscheidungen – z. B. die Genfer Flüchtlingskonvention, das deutsche Asylgesetz (§ 16 des Grundgesetzes vor seiner Änderung), das kanadische Einwanderungsgesetz von 1952 – sollten die Migrationsbewegungen der folgenden Jahrzehnte entscheidend beeinflussen.

* Dieser Aufsatz fasst die Ergebnisse einer Studie zusammen, die demnächst unter der Titel: Einwanderungspolitik in den Niederlanden, Schweden und Kanada: Historische Erinnerung und Politische Kultur als Gestaltungsressourcen bei V&R uni-press erscheinen wird.

Der durch wirtschaftlichen Aufbau und Expansion ausgelöste Arbeitskräftebedarf der Industrienationen war der nächste Kontext, der Migrationsbewegungen induzierte. Hier entstanden spezifische Wanderungsbewegungen, die den nationalen Entwicklungen entsprachen: so hatte Schweden früher als andere europäische Länder einen erhöhten Bedarf an Arbeitskräften, war die Entwicklung in den Niederlanden zunächst durch Auswanderung, später durch koloniale und dann erst durch Gastarbeiterwanderung geprägt, und versuchte Kanada immer wieder die »richtige« Einwanderungsformel zu finden (z. B. Arbeitsmarkt multipliziert mit Sponsorenprogramm dividiert durch *absorptive capacity*). Nach einigen Jahren relativer »Ruhe«, in denen sich diverse Rückwanderungsprogramme als nicht praktikabel erwiesen hatten, wird seit Mitte der 1980er Jahre die dritte Phase des Wanderungsgeschehens vor allem durch Familienzusammenführung und Asylsuche geprägt. In den meisten Migrationskontexten ist allerdings zwischen traditionellen Migranten und Flüchtlingen/Asylsuchenden kaum mehr zu differenzieren.

Die westlichen Industrienationen reagierten in unterschiedlicher Weise auf die Mobilität der Nachkriegszeit. Eine zunächst offene Aufnahmepolitik, die sich in verschiedenen Formen von Hilfsprogrammen für Flüchtlinge, Rückholaktionen für Kolonialpersonal, Unterstützung bei Auswanderungswunsch, zurückhaltendes Beobachten von Einwanderung oder gezielter Anwerbung darstellte, wurde durch restriktive, selektierende und kontrollierende Einlasspolitik abgelöst. Mitte der 1970er Jahre wurde dann immer deutlicher erkennbar, dass sich die Wohnbevölkerungen innerhalb nationaler Grenzen stark verändert hatten, sie waren zum einen ethnisch und kulturell vielfältiger geworden, und zum anderen waren immer mehr Menschen von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, weil sie keine Staatsbürger und Staatsbürgerinnen des Landes waren, in dem sie lebten, arbeiteten und Steuern zahlten. Politiker (im weitesten Sinne) waren vor die Herausforderung gestellt, auf die immer deutlicher zu Tage tretenden Erscheinungsformen von Vielfalt, Differenz, Diskriminierung und Segregation zu reagieren.

Für den Vergleich wurden die Niederlande, Schweden und Kanada ausgesucht, weil sie gleichermaßen typisch wie spezifisch sind, sowohl in Bezug auf das Wanderungsgeschehen als auch in ihrer politischen Reaktion darauf. Auf den ersten Blick wird hier ein »klassisches« Einwanderungsland – Kanada – mit zwei »neuen« Einwanderungsländern – Schweden und die Niederlande – verglichen. Doch auf den zweiten Blick ergeben sich bereits aufschlussreiche Differenzierungen. Obwohl Kanada, ebenso wie die USA und Australien, in seiner nationalen Entwicklung von Einwanderung abhängig

war, bzw. die nationale Entwicklung durch Einwanderung erst ermöglicht und gestaltet wurde, hat doch Kanada durch das Wanderungsgeschehen der Nachkriegszeit weitaus grundlegendere Veränderungen erfahren als zum Beispiel die USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen sich in Kanada so weitreichende kulturelle und politische Veränderungsprozesse, dass nur die wirtschaftliche Kontinuität und politische Stabilität uns davon abhalten, von Revolution zu reden. In Kanada begann ein grundlegender Prozess, in dem die kanadische Nation quasi neu erfunden beziehungsweise die Nation inhaltlich neu gedacht wurde. Neben der fortwährenden Auseinandersetzung um die nationale Einheit spielt die Einwanderung und die Politik des Multikulturalismus, die 1971 verkündet wurde, eine bedeutende Rolle in diesem Neugestaltungsprozess.

Schweden und die Niederlande, obwohl eingebunden in die jeweiligen politisch verfassten Wirtschafts- und Kulturräume des Nordischen Arbeitsmarktes beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft, haben ihre jeweils spezifischen historischen Erfahrungen mit Wanderung, mit typischer, aber auch distinkter Zuwanderung in der Nachkriegszeit, vor allem aber haben sie eindeutige politische Konsequenzen aus der Einwanderung gezogen. Das schwedische Parlament verabschiedete 1975 Richtlinien zur Einwanderungs- und Minoritätenpolitik, die in ihrer Zielsetzung Gleichheit, Wahlfreiheit und Partnerschaft (*jämlikhet, valfrihet, samverkan*) festlegen und damit den politischen Rahmen für die Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft im Kontext des schwedischen Nationalstaates aufzeigen. In den Niederlanden waren die politisch Handelnden 1983 soweit, die politischen Konsequenzen aus einer real entstandenen Einwanderungssituation zu ziehen. Aufgrund eines Gutachtens des Wissenschaftsrates verabschiedete man sich von der Fiktion des zeitweiligen Aufenthalts von Ausländern und beschloss, eine Minderheitenpolitik mit folgenden Zielen umzusetzen: erstens, Aufbau der multikulturellen Gesellschaft und Emanzipation der ethnischen Gemeinschaften, zweitens Förderung der rechtlichen Gleichstellung und drittens aktive Politik zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit.

Diese drei Länder beziehungsweise Gesellschaften zogen die Konsequenzen aus dem Migrationsgeschehen und haben sich in einem politisch bewussten Prozess als multikulturelle Gesellschaft quasi neu erschaffen und gestaltet. Das heißt, diese Gesellschaften haben ihr politisches und soziales System dahingehend verändert, dass sie Menschen aus anderen Kulturen, die, aus welchen Gründen auch immer, beschlossen haben, auf ihrem Terri-

torium zu leben, das Recht zugestanden, sich an der Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft des Landes zu beteiligen. Damit wurden Veränderungsprozesse eingeleitet, die alle Beteiligten erfasst haben, Empfänger-gesellschaft wie Migranten, dominante Kultur wie Minderheitenkultur.

Eine historische und zeitgeschichtliche Analyse des Migrationsgeschehens der drei Länder macht deutlich, dass sie mehr gemeinsam haben als ursprünglich zu vermuten war. Denn ebenso wie die Niederlande und Schweden musste sich Kanada in den 1960er Jahren politisch auf die durch Migration veränderte Gesellschaft einstellen und ebenso wie Kanada hatten Schweden und die Niederlande eine kulturell weitaus vielfältigere Geschichte, als die am Paradigma der ethnischen Homogenität ausgerichteten traditionellen nationalen Erzählungen vermuten ließen.

Die USA, quasi das »klassischste« aller Einwanderungsländer, machte in Bezug auf die gesellschaftspolitischen Veränderungen keine vergleichbare Entwicklung mit und wurden darum nicht in die Analyse einbezogen. Zwar wurden auch in den USA die Einwanderungsbedingungen nach dem Krieg mehrfach den veränderten ökonomischen Bedingungen und Bedürfnissen angepasst und weiterhin sind die USA das Zentrum vieler Wanderungssysteme, doch stand hier das kulturell-politische System nie zur Disposition. Der US-amerikanische Diskurs über die Entwicklung von der *Anglo-Saxon Conformity* über den *Melting Pot*, *Cultural Pluralism* zum Multikulturalismus (und zurück zum *Melting Pot*?) war nicht so sehr durch Einwanderung induziert, sondern basiert auf der kritischen Reflexion der eigenen historischen Entwicklung.

In den Jahren 1960 bis 1990 fanden die entscheidenden migrationspolitischen Entwicklungen und Veränderungen statt. Doch es sind nicht nur die Veränderungen, die diesen Zeitraum interessant erscheinen lassen. Auch die zeitgeschichtliche Perspektive ist erhellend. Es gab einen Zeitraum in der historischen Entwicklung, und der ist noch gar nicht so lange her, da waren Fremdenfeindlichkeit, Abschottung, Selektion, Ausschluss und Intoleranz nicht dominante Bestandteile unserer politischen Kultur. Es ist sinnvoll wenn wir uns vergegenwärtigen, dass es eine Phase in unserer jüngsten Vergangenheit gab, in der gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse oftmals von Toleranz und Aufgeschlossenheit gekennzeichnet waren, wo die Bereitschaft vorhanden war, mehr Demokratie und soziale und kulturelle Gerechtigkeit in politische Programme umzusetzen.

Die politischen Bedingungen in der Bundesrepublik haben es bisher erfolgreich verhindert, eine in diesem Lande gleichermaßen notwendige Verände-

nung nachzuvollziehen. Die Diskrepanz zwischen sozialer Realität (Einwanderung und alltäglich praktizierter Multikulturalismus), wissenschaftlicher Analyse und Erkenntnis (weitreichende Forschung über Zuwanderung), politischem Handeln auf lokaler Ebene (Ausländerbeauftragte, Lehrer, Sozialarbeiter) auf der einen Seite und dem politischen Unverstand der Bundesregierung in den Jahren 1980 bis 1998, der Unfähigkeit und der Weigerung, politische Konsequenzen zu ziehen auf der anderen Seite ist meines Erachtens einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Selten hatte sich politisches (Nicht-)Handeln so sehr von der sozialen Realität entfernt. Hätten wir nicht genauso gute, wenn nicht dringendere Gründe als die Niederlande oder Schweden gehabt, einen gesellschaftspolitischen Wandel einzuleiten?

Dieser Tatbestand demonstriert überdeutlich, dass Politik wichtig ist. Hinter dem hier verwandten deutschen Begriff »Politik« steht das englische Konzept der *policy* – ein Wort, das nur mit der schwerfällige Formulierung »politikgestaltende Maßnahmen« umschrieben werden kann. *Policy* wird im Collins-Cobuild English Dictionary (1995) als »a set of ideas or plans that is used as a basis for making decisions, especially in politics, business, economics« definiert. Der kanadische Politikwissenschaftler Gerald Dirks kennzeichnet »immigration policy« als »directed at recruiting, selecting and resettling people«. ¹ Eine politische Entscheidung im Sinne der *policy* (*a set of ideas*) über die Zukunft der zugewanderten Bevölkerung (*resettling people*) gibt den Menschen, den Einwanderern und Einwanderinnen ebenso wie den Parteipolitikern, Juristinnen, Sozialarbeitern, kommunalen Beamtinnen, den Lehrern, der Polizei, aber auch den Nachbarn, Freunden, Verwandten, Vereinskameraden, die Chancen im Umgang miteinander Normalität zu entwickeln. Sie kann allen Beteiligten Sicherheit geben. Es ist durchaus denkbar, dass es im Alltag der deutsch-türkischen und der niederländisch-türkischen Familie kaum oder selten von Bedeutung ist, dass es in den Niederlanden eine Minoritätenpolitik gibt. Haben sie aber mit den städtischen Behörden zu tun, und hat diese Behörde sich einmal selbstkritisch auf rassistisches Handeln hin beobachtet (Den Haag, Anfang der 1990er Jahre), dann wird der Unterschied zu spüren sein. In einer Gesellschaft, deren politisches Credo die Konstruktion der multikulturellen Gesellschaft ist, lernt man, mit Differenz umzugehen und Menschen in ihrer kulturellen Differenz zu respektieren. In Kanada kann ein Sikh das Tragen eines Tur-

1 Gerald E. Dirks, *Controversy and Complexity. Canadian Immigration Policy during the 1980s*, Montreal 1995. S. vii.

bans mit seinem Dienst bei der Royal Canadian Mounted Police vereinbaren, und die Mounties konnten den Turban als Kopfbedeckung akzeptieren. In Berlin wird einem Schornsteinfeger von offizieller Seite bestätigt, dass er beim Betreten einer kurdischen Wohnung die religiösen Sitten der Bewohner nicht zu respektieren braucht. Er muss seine Schuhe nicht ausziehen. *Der Spiegel* kommentierte den »nationalen Mief« in der »Rechthabermetropole«.² Eine politische Entscheidung zu Gunsten der multikulturellen Gesellschaft hätte hier den Beteiligten durch Respekt gekennzeichnete Verhaltensformen abverlangen können.

Meinen Überlegungen liegen folgenden Annahmen zugrunde: Erstens, es wird von einem nationalstaatlichen Rahmen und einem Primat der Innenpolitik ausgegangen. Zweitens werden eine dominante Gesellschaft und eine dominante Kultur (Empfängergesellschaft) als heuristisches Modell angenommen, der diverse (territoriale) Minderheitengruppen und ethnische Kulturen (Einwanderer und Einwanderinnen) gegenüberstehen. Drittens sollten unterschiedliche Sichtweisen berücksichtigt werden. Damit meine ich zum einen die politikimmanente Sicht, die der Logik der Zahlen folgt, die daran interessiert ist, Zuwanderung »in den Griff« zu bekommen, Diesem Verständnis gilt es die Sichtweise der Migranten und Migrantinnen gegenüberzustellen.

Eine wichtige Grundannahme der Migrationsanalyse ist, dass es ein epistemologischer Gewinn ist, zu vergleichen. Während Historiker selten den grenzüberschreitenden Vergleich als Methode wählen – der Nationalstaat ist für viele weiterhin die »natürliche« Analyseeinheit –, neigen Soziologen und Politikwissenschaftler eher dazu, bei der Analyse von gesellschaftsübergreifenden Prozessen vergleichend zu arbeiten³. Für die Politische Kulturforschung ist der Vergleich die *conditio sine qua non* ebenso wie für die Migrationsforschung. Im Vergleich können die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen für die Veränderungsprozesse deutlicher herausgearbeitet werden. Sie werden dadurch ihrer »Natürlichkeit« beraubt, ohne dass die Ebene der Empirie zu Gunsten einer abstrakten theoretischen Ebene aufgehoben werden muss.

2 *Der Spiegel*, 11/1997, S. 82.

3 Siehe dazu Jürgen Osterhammel, Sozialgeschichte im Zivilisationsvergleich. Zu künftigen Möglichkeiten komparativer Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 22 (1996), S. 143–164; George M. Fredrickson, *Comparative History*, in: Michael Kamman (Ed.), *The Past Before US. Contemporary Historical Writing in the United States*, Ithaca 1982, S. 457–473.

Politische Kultur und migrationspolitische Entscheidungen

Um die Veränderungsprozesse in den drei Gesellschaften erklärend erfassen zu können, hat sich das analytische Konzept der (Politischen) Kultur als besonders erkenntniswirksam erwiesen. Kultur im weitesten Sinne kann als bedeutender Sinngebungsprozess in Zeiten globaler Unordnung wahrgenommen werden. Kultur kann aber auch als gesellschaftliche Ressource wirken. Und obwohl mit Kultur als analytischer Kategorie alle Bereiche des menschlichen Lebens erfasst werden können, soll ihr Erklärungswert bezogen auf die Migrationspolitik zum Tragen kommen: Da sich (Politische) Kultur immer auf kollektive Eigenschaften von Gruppen bezieht, eignet sich die Kategorie besonders für vergleichende Untersuchungen von Nationalstaaten. (Hier liegt auch die Entstehung der Politischen Kulturforschung begründet.) Die implizite und gängige Annahme, dass Staaten sich in kultureller Hinsicht unterscheiden, gilt es zu differenzieren und zu präzisieren. Zweitens bietet sich die Kategorie Kultur dazu an, die Formen und Erfahrungen in den Beziehungen zwischen »uns« und den »anderen/ Fremden« innerhalb dieser nationalen Kulturen zu erfassen. Und drittens sollen politische Entscheidungsprozesse und Gestaltungsformen durch eine kulturanalytische Brille betrachtet werden.

Politische Kultur wird also als Disposition zu Gunsten eines gewissen Handlungsspektrums definiert.⁴ Dabei geht es laut Rohe um die Muster, die Interaktion, um die Analyse der politischen Möglichkeiten, die zu einem gegebenen Zeitpunkt in einem Sozialverband steckten und genutzt werden.⁵ Um diese Muster, bzw. Prinzipien zu erforschen, unterscheidet Rohe zwei Ebenen: 1. die politische Sozialkultur, die Basis, die undiskutierten Selbstverständlichkeiten, der ruhende Pol; 2. die politische Deutungskultur, der »Überbau«, die kulturellen Diskussionen, die die Selbstverständlichkeiten in Frage stellen; der intellektuelle Diskurs, die »Diskurskultur« ist allerdings dabei nur ein Teil der Deutungskultur.⁶

4 David J Elkins/Richard E.B. Simeon, A Cause in Search of its Effect, or What Does Political Culture Explain?, in: Comparative Politics, 11 (1978/79), S. 127–145.

5 Siehe Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, 250 (1990), S. 321–346.

6 Siehe Karl Rohe, Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 13 (1987), S. 39–48.

Wenn ich davon ausgehe, dass Politische Kultur ein Netz von historisch geronnenen Verhaltens- (Sozialkultur) und Deutungsmustern (Deutungskultur) darstellt, in dem Geschichte eine Erfahrungsressource für politisches Handeln ist, dann kommt der historischen Erzählung eines Landes eine große Bedeutung zu. Mit »historischer Erzählung« (*master narrative*) verweise ich auf die Summe von Überlieferungen, die zum Kanon des historischen Wissens in einer Gesellschaft gehören. Allem voran verweist es auf das, was in der Schule gelehrt wird oder in Überblickswerken dargestellt wird. Dieses Wissen ist natürlich oftmals *under construction*, wird von der Geschichtsforschung durch neue Erkenntnisse in Frage gestellt oder von der Politik in Curriculumsdiskussionen herausgefordert. Es geht auch nicht um einzig gültige Interpretationen, sondern um historische Entwicklungen und Ereignisse, die Symbolcharakter bekommen haben. Diese Erinnerungen sind ein wichtiger, oftmals unbewusster Bestandteil der Deutungskultur.

Bezogen auf die migrationspolitischen Fragen ist die historische »Verwaltung« von Differenz von besonderem Interesse. Welche Rolle haben »Fremde« in der historischen Erzählung gespielt, welche wurde ihnen zugestanden, wie wurden Interessenkonflikte oder Gegensätze ausgehandelt, welche Muster entstanden, um einen Konsens zu erzielen, und wie wurde mit der weiter bestehenden Differenz umgegangen.

Da Politische Kultur keine statische Größe ist, sondern als spannungsreiches Austauschverhältnis einem ständigen, wenn auch manchmal langsamen Wandel unterzogen ist, ist es von Interesse, wie mit Brüchen in der Entwicklung, mit politischen Ereignissen, aber auch mit politisch initiierten Veränderungen umgegangen wird. Dabei geht es u.a. um die von Rohe aufgezeigte kognitive Dimension von Politischer Kultur, also nicht unbedingt darum, wie ein Problem gelöst wird, sondern was als Problem erkannt wird, beziehungsweise wie es definiert wird, um es politisch lösen zu können.⁷ Können bestimmte Vorkommnisse (zum Beispiel der »Molukker Aufstand« in den Niederlanden) für die Entwicklung hin zu einer multikulturellen Gesellschaft genutzt werden? Werden Probleme nicht nur wahrgenommen, sondern so kontextualisiert, dass sie zu zukunftsweisenden, die Politische Kultur auch verändernden Entscheidungen führen?

Ein wichtiger Bereich, der mein Verständnis von Politischer Kultur kennzeichnet, gehört quasi zum Kernbereich der Forschung zur Politischen Kultur, das ist der input/output Aspekt, der *policy making prozess*. In diesem

7 Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse (wie Anm. 5).

Politikgestaltungsprozess wird an dem angeknüpft, was als Problem erkannt wurde und welche gestalterischen Momente mobilisiert werden, um zum einen das anstehende Problem zu lösen und zum anderen eine Form zu finden, die von der Gesellschaft akzeptiert wird. Denn nach Rohe sollte Politik auch eine »schöne« oder »sinnenfällige« Form haben, eine Form, die der Ästhetik der bestehenden politischen Kultur entspricht. Das gelingt am besten, wenn an traditionelle Elemente angeknüpft wird, wenn vertraute Strukturen weiterentwickelt werden. Die Administratoren in den Niederlanden, in Schweden und in Kanada mussten im migrationspolitischen Gestaltungsprozess Inhalte und Formen finden, die sich mit der politischen Kultur des Landes im Einklang befanden und die an die politischen Vorstellungen der Bürger und Bürgerinnen anknüpften. Dabei ist es von Bedeutung, dass in den Niederlanden eine Minoritätenpolitik entwickelt wurde, die auch indigene Gruppen berücksichtigte, in Schweden die Symbole der französischen Revolution bemüht wurden und in Kanada auf Druck der und in Zusammenarbeit mit den traditionellen Einwanderungsgruppen gehandelt wurde.

Eine weitere Komponente im Politikgestaltungsprozess ist die Betriebs- und Kommunikationskultur von Verwaltungen. Nachdem eine politische Linie vorgegeben wurde, sind die Verwaltungen an der Reihe. Sie werden dann zur entscheidenden Instanz für die Ausgestaltung der Details. Ob eine Verwaltung mit konservativen Beamten in Verharrungsposition besetzt ist, oder mit liberalem Elan versucht, Politik zu gestalten, hat entscheidende Auswirkungen auf den *policy output*.

Auch spielt es eine Rolle, in welchem Maße die Politik und Administration die wissenschaftlichen Ressourcen ihres Landes nutzt und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihr *know how* einbringen können. Die politische Kultur der hier untersuchten Länder ermöglicht es, von dem vorhandenen Wissen guten Gebrauch zu machen. In den Niederlanden wurde auf den Rat des Wissenschaftsrates reagiert, in Schweden war ein ganzes Forschungsinstitut an der Politikgestaltung beteiligt und in Kanada wurden Wissenschaftler und Spezialisten in zahllosen Anhörungen befragt. Im Gegensatz dazu nutzt man in Deutschland das intellektuelle Potential wenig. Außerdem spielen natürlich auch die Form und das Ausmaß der Beteiligung von Betroffenen eine Rolle, – auch dies ist ein wichtiges Element von Politikgestaltung und Politischer Kultur.

Ein fünfter Analysekontext für die Politische Kultur ist die Differenzierung nach Ethnizität, Klasse und Geschlecht. Allerdings ist auffällig, dass die etablierte Politische Kulturforschung dies kaum reflektiert hat. In der

Regel wird von einem homogenen Kulturbereich ausgegangen, so dass die Frage nach unterschiedlichen Kulturen vielleicht bezogen auf unterschiedliches Wahlverhalten von Subkulturen diskutiert wird. Wie eine Gesellschaft, an der unterschiedliche (ethnische) Kulturen partizipieren, diese Problematik aufgreift, wurde theoretisch nicht berücksichtigt. Das gilt für die analytische Kategorie Klasse gleichermaßen. Die Kategorie »Geschlecht« bleibt ebenso außen vor, nicht nur wird sie theoretisch nicht aufgegriffen, ja sie wird nicht einmal erwähnt. Migration ist aber ein immanent geschlechtsdifferenzierender und geschlechtsspezifisch strukturierter Prozess. Die Literatur zu Geschlecht und Migration ist inzwischen vielfältig geworden, allerdings besteht hier die Gefahr, dass das große faktische und analytische Wissen, das sich Migrationsforscherinnen erarbeitet haben, vom *mainstream* kaum reflektiert wird.⁸ In den migrationspolitischen Entscheidungen herrschen weitgehend familienbezogene Paradigmen vor, kaum jedoch politikgestaltende Kriterien, die nach männlichen und weiblichen Handlungsformen differenzieren. Damit spiegelt die Politische Kultur leider die Sozial- und Deutungskultur der meisten westlichen Demokratien wider, dennoch ist es von Interesse zu erkennen, wo den Forderungen feministischer Aktivistinnen, Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen Gehör geschenkt wurde, beziehungsweise wo sie sich Gehör verschaffen konnten, um geschlechtsspezifische politische Gestaltungsmomente einzubringen.

Historische Erzählung und Politische Kultur

Am Ende steht nicht eine erneute Definition von Politischer Kultur sondern die Benennung von gesellschaftspolitischen Erfahrungsbereichen, in denen die Politische Kultur bezogen auf migrationspolitische Entscheidungen aufgezeigt und für den Vergleich genutzt werden kann:

1. Die Erfahrung im Umgang mit Mobilität, Kulturkontakt und Differenz in der historischen Erzählung und Erinnerung (Erfahrungen, die in die Sozialkultur einfließen).
2. Das kognitive Potential in Bezug auf Brüche und Verwerfungen in der gesellschaftlichen Entwicklung (was wird von der Sozialkultur als Problem erkannt und von der Deutungskultur aufgegriffen?).

8 Vgl. dazu Christiane Harzig, *Women as Global and Local Agents. New Research Strategies on Gender and Migration*, in: Pamela Sharpe (Ed.), *Women, Gender and Labour Migration*, London 2001, S. 15–28.

3. Die Verwaltungs- und Kommunikationskultur in Politikgestaltungsprozessen (welche Elemente der Sozialkultur können die Designer von Deutungskultur abrufen/ einbringen?).
4. Das Engagement der Akteure und Akteurinnen und die Nutzung von intellektuellen Ressourcen (Flexibilität, Bereitschaft, Kenntnisstand bei den Designern von Deutungskultur).
5. Das Differenzierungspotential nach *race*/Ethnizität, Klasse und Geschlecht im Politikgestaltungsprozess (wie können sich »Sub«kulturen Gehör verschaffen, wie wird auf ihre Bedürfnisse eingegangen?).

Zu erstens: Alle drei Länder erfuhren in ihrer Geschichte Mobilität. In den Niederlanden wurde das Goldene Zeitalter des 17. Jahrhunderts, eine Zeit wirtschaftlicher Prosperität mit dem Zustrom von mehr als hunderttausend Menschen aus den südlichen Provinzen in Verbindung gebracht. Diese religiösen Flüchtlinge brachten Kapital, handwerkliche Qualitäten und innovatives Wissen mit. Ein System von Wanderarbeitern und Arbeitsmigranten unterstützte die kapital- und arbeitsintensiven Wirtschaftszweige der Küstenregionen, und das koloniale Projekt der Vereinigten Ostindischen Compagnie konnte nur mit Hilfe von Söldnern aus dem Ausland aufrecht erhalten werden. Auch in Schweden war vom 16. bis 19. Jahrhundert weitaus mehr Mobilität erkennbar, als der Mythos von der außergewöhnlichen ethnischen Homogenität des Landes vermuten ließe. Finnische Arbeiter rodeten Wälder und arbeiteten im Bergbau, Spezialisten aus Deutschland halfen in der Eisenverhüttung beziehungsweise berieten – vor allem im 18. Jahrhundert – den Hof, und die Umstrukturierung der Landwirtschaft im frühen 19. Jahrhundert brachte weitere Zuwanderung aus Deutschland. 1810 wurde ein aus Frankreich kommender König an die Spitze des Landes gesetzt. Aber besonders war es auf der einen Seite die als Binnenwanderung definierte Mobilität im skandinavischen Raum, die weitgehend eine Wanderung vom Land in die Städte beziehungsweise in die industriellen Zentren war und auf der anderen Seite die Auswanderung, die die Modernisierung des Landes im 19. Jahrhundert begleiteten. Die Auswanderung aus Schweden erfasste in der Zeit von 1850 bis 1950 circa 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung, und da sie häufig auch mit Rückwanderung und Mehrfachwanderung verbunden war und fast jede Familie Verwandte in den USA hatte, konnte eine Wanderungskultur entstehen, die die ganze Bevölkerung erfasste. (Aus)wanderung wurde zu einem identitätsstiftenden Moment in der historischen Erzählung Schwedens.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, also ob Mobilität und Einwanderung in der kanadischen Geschichte eine weitaus wichtigere Rolle gespielt haben als in den beiden anderen Ländern. Französische Einwanderer begründeten im 16. und 17. Jahrhundert entlang des St. Lawrence River Ansiedlungen, die, nachdem ihnen *filles du roi* zur Seite standen, zu erfolgreichen Gemeinschaften wurden. Deutsche, holländische und britische Siedler und Siedlerinnen folgten ihnen. Nach dem Frieden von Paris 1763 konnte sich das Land nördlich des Flusses und der großen Seen als britisches Dominion ausdehnen und weiterentwickeln. Die britischen Kolonisten wurden von den *United Empire Loyalists* unterstützt, die nach der Revolution in den südlichen Kolonien hier Schutz suchten. Da ihre Ansiedlung im Interesse der britischen Kolonialmacht lag, wurden sie großzügig unterstützt und gewannen bald an politischem Einfluss. Der englische Charakter von *Upper Canada* verfestigte sich. Gleichzeitig wurde an der Pazifikküste die Ansiedlung britischer Siedler und Siedlerinnen in British Columbia als koloniales Projekt betrieben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, nach Abschluss des *British North America Act*, ging es darum, Siedlerfamilien für die Prärieprovinzen anzuwerben, denn das Land musste besiedelt werden, unter anderem um es gegen die Übermacht des südlichen Nachbarn politisch und kulturell abzusichern. Geeignete Familien fand man weniger in den USA und in Britannien, wie ursprünglich erhofft, sondern in Polen und der Ukraine. Am Beispiel der Entwicklung der Stadt Winnipeg, die zugleich Einwanderungstor und Ausgangspunkt für die Suche nach einem *homestead* war, kann der Alltag der Einwanderer und Einwanderinnen und das Leben mit der ethnischen Vielfalt aufgezeigt werden.⁹

In den Jahren 1903 bis 1914 erlebte Kanada als Ergebnis der offensiven Anwerbungspolitik von Clifford Sifton einen nie wieder erreichten Höhepunkt in der Einwanderungsgeschichte, es kamen durchschnittlich jährlich 200–250.000 Menschen ins Land, 1913 waren es über 400.000. Nun wurde jedoch begonnen, Einwanderung als urbanes Phänomen und damit als soziales Problem wahrzunehmen und Sozialreformer begannen, Einwanderungsrestriktionen zu fordern, denen sich diejenigen, die von den billigen Arbeitskräften in der Industrie profitierten, widersetzen.

Doch trotz der großen Bedeutung, die Mobilität und Einwanderung bereits in der frühen kanadischen Geschichte hatten, dürfen wir nicht über-

9 Siehe Dirk Hoerder, *Creating Societies. Immigrant Lives in Canada*, Montreal/Kingston 1999.

sehen, dass die *master narrative* des Landes diese Vielfalt lange Zeit kaum wahrgenommen hat. Während der ersten 100 Jahre wurde die Geschichte entlang des Mythos der beiden Gründungsnationen konstruiert, allerdings weniger als gleichberechtigtes Nebeneinander, sondern mit einer britisch-dominanten und einer französisch-periphräen »Nation«. Dieses Konzept der Gründungsnationen suggerierte eine Homogenität, die die interne ethnische und kulturelle Vielfalt der britischen Einwanderer nicht wahrhaben wollte und bei der die anderen ethnischen Gruppen nur störten. Erst in den 1970er Jahren, nachdem die Einwanderungsgruppen sich Gehör verschafft hatten und die Multikulturalismus-Politik verkündet wurde, begann man, die Einwanderer und Einwanderinnen in der Politik und in der Geschichtsschreibung als gleichberechtigt und geschichtsmächtig aufzunehmen.

Neben der Mobilität sind es die Erfahrungen im interkulturellen Umgang und im Verhandeln von Differenz in den historischen Erzählungen, die die Sozialkultur eines Landes prägen können. Für die Niederlande war das friedvolle Umgehen mit Menschen, die als kulturell anders empfunden wurden, in der frühen Republik fast überlebenswichtig. Die Entwicklung des Landes hin zu einem Nationalstaat war durch die Notwendigkeit des Kompromisses auf oberster politischer Ebene geprägt und die Verhandlung von Machtverhältnissen konnte, wenn sie mit Toleranz gepaart war, zu wirtschaftlichem Aufschwung für alle Klassen führen. Früh schon wurde der Beitrag der »Anderen« zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung als gesellschaftliche Bereicherung empfunden und in die historische Erzählung aufgenommen. Die Erfahrung der Zuwanderung schlug sich hier als Ressource nieder. Mit der Gestaltung der versäulten Gesellschaft wurde zwar soziale Trennung und Distanz geschaffen, aber auch eine Form für die politische Gestaltung von Differenz gefunden.

Die schwedische Gesellschaft war in ihrer historischen Entwicklung nicht in dem Maße mit kultureller Differenz konfrontiert wie die niederländische, obwohl sich auch hier Menschen aus anderen Kulturen an der Entwicklung des Landes beteiligten. Die Nähe und Distanz im skandinavischen Raum, die kulturelle Vertrautheit aufgrund ähnlicher Lebensbedingungen, Religion und Sprache (mit Ausnahme des Finnischen) bei gleichzeitiger getrennter nationaler Entwicklung bilden hier den Rahmen für das Verhandeln von Differenz. Politische Brüche, wie die Auflösung der Union mit Norwegen Anfang des 20. Jahrhunderts, konnten ohne großartige Machtgebärden vollzogen werden. Die Volksbewegungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts bildeten dann die Basis für die auf Gleichheit ausgerichtete

»verfasste« schwedische Gesellschaft. Mit dem Konzept des »Volksheims« der 1930er Jahre konnte man darauf aufbauen und es zum Modell des schwedischen Sozialstaates weiterentwickeln. Unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Aufschwungs bot das Volksheim die Möglichkeit, Einwanderer und Einwanderinnen aufzunehmen.

In Kanada trat man den Einwanderern im 18. und 19. Jahrhundert mit einer gewissen Laissez-Faire Haltung entgegen. Das Land war zu groß, zu weitläufig und zu dünn besiedelt, als dass die Politik und Verwaltung in der Lage gewesen wäre, ein engmaschiges Kontrollnetz aufzubauen. Das bot den Immigranten die Möglichkeit, sich ihre Gesellschaft selbst zu gestalten. Differenz wurde im Verhältnis der frankophonen und anglo-dominierten Kulturen ausgehandelt, und auf der politischen Ebene geschah das mit wenig Gespür für Machtausgleich (Niederschlagung des Métis-Aufstandes). Außerhalb Quebecs konnten Französisch sprechende Kanadier kaum mit Respekt für ihre sprach-kulturellen Bedürfnisse rechnen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begann der Rassismus, der bereits seit den 1880er Jahren in der Einwanderungsgesetzgebung verankert war, auch im Leben der Einwanderer spürbar zu werden. Das fand deutlichsten Ausdruck in der Internierung von vermeintlichen Feind-Gruppen und in der Verweigerung von Schutz für jüdische Flüchtlinge. Aus der Interaktion von Sozial- und Deutungskultur konnten in den 1960er Jahren daraus politisch-kulturelle Lehren gezogen werden.

Zu zweitens: Brüche in der gesellschaftlichen Entwicklung und politische Krisen können als Bedrohung empfunden werden und Abwehrhaltungen hervorrufen, oder sie können als Chance erkannt werden. Nach Analyse, Ursachenforschung und politischem Abwägen der Optionen können Konsequenzen gezogen und zukunftsweisende Gestaltungsprozesse eingeleitet werden. Dabei spielt die historische Erfahrung eine wichtige Rolle. Der Aufstand der molukkesischen Jugendlichen in den Niederlanden (1975–77) hatte das Land für einige Zeit in Atem gehalten und eine nationale Krise hervorgerufen. Es war deutlich geworden, dass hier politisch gehandelt werden musste. Die politische Kultur, die in diesem Zusammenhang geprägt war durch das in der historischen Entwicklung begründete koloniale Verantwortungsbewusstsein sowie durch die Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen und das Paradigma der sozialen Gerechtigkeit, ermöglichte die Entwicklung einer Politik, die das Land in eine multikulturelle Zukunft führen sollte.

In Kanada hatte das (Miss-)Verhältnis zwischen dem frankophonen und anglo-dominierten Kulturkreis in den 1960er Jahren einen Punkt erreicht, an dem es nicht mehr ignoriert oder übersehen werden konnte. Es war zu einer nationalen Krise herangewachsen. Mit dem Einsatz der *Royal Commission on Bilingualism and Biculturalism* wollte man der Krise auf den Grund gehen und Lösungen aufzeigen. Das Problem erwies sich als komplexer als ursprünglich vermutet, da die »anderen« ethnischen Gruppen ihre Präsenz deutlich machten und politische Beachtung und historische Anerkennung einforderten. Die Reflexion über die Krise, die die *Quiet Revolution* ausgelöst hatte, und das gewachsene (politische) Selbstbewusstsein der älteren Einwanderergruppen stieß auf eine durch Pierre E. Trudeau symbolisierte Atmosphäre des Aufbruchs. Wirtschaftliche Expansion, ein Bedarf an Arbeitskräften, der Wunsch nach Modernisierung, Respekt für kulturelle Vielfalt und Differenz waren Bestandteile der Aufbruchstimmung. Die 1971 verkündete Politik des Multikulturalismus sollte helfen, diese Bedürfnisse zu befriedigen.

Zu drittens: Politische Verwerfungen, Brüche und nationale Krisen gehören kaum zum politischen Repertoire der schwedischen Gesellschaft. Hier bedurfte es keines »äußeren« Anlasses, um auf die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich aus der Einwanderungssituation nach dem Krieg ergeben hatten, zu reagieren. Die auf Konsens und Kompromiss ausgerichteten politischen Gestaltungsstrukturen ermöglichten ein rechtzeitiges Agieren. Die Ausgestaltung des Nordischen Arbeitsmarktes, die Präsenz der finnischen Einwanderer boten zunächst die Möglichkeit, innerhalb des skandinavischen Raums politische Erfahrungen zu sammeln.

In einem sechs Jahre andauernden Prozess entwarfen die politischen Akteure einen Plan, der das bis dahin als kulturell und sozial besonders homogen geltende Land zur multikulturellen Gesellschaft führen und den Einwanderern und Einwanderinnen den entsprechenden Stellenwert in der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes einräumen sollte. Es wurde ein Einwanderungs-Verwaltungs-Regime geschaffen, das die Einwanderer und Einwanderinnen auf dem Weg zur multikulturellen Gesellschaft schwedischen Typs begleiten sollte. Da von der Politik kaum Durchführungsdetails vorgegeben worden waren, realisierte sich die multikulturelle Gesellschaft durch die Praxis, in der Interaktion von Angestellten des *Statens Invandrarverket* und den Einwanderern. Das entsprechende Design für die Veränderung der (ursprünglichen) schwedischen Gesellschaft fiel etwas weniger detailliert und ausführlich aus. Das Konzept der Partnerschaft stellte zwar die

schwedische Gesellschaft zur Disposition, man war sogar bereit, nicht-schwedischen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen Einfluss auf die lokale Politikgestaltung zuzugestehen, in der Durchführung erwartete man jedoch von den Einwanderern ein großes Maß an Anpassungsleistung.

In Kanada war die *Multicultural Policy* aus der Diskussion um die *Bi- and Bi-Commission* entstanden. Als sie im Jahre 1971 von Trudeau vorgestellt wurde, wurde sie von den Medien kaum bemerkt und kommentiert. Allerdings wurde sie zu einem Zeitpunkt eingebracht, als die Verwaltung mit viel politischem Elan bereit war, sich zu modernisieren und Bürgernähe zu zeigen. Das gab den Menschen, die für die Ausgestaltung der Politik zuständig waren, die Möglichkeit, sich ihren Platz im ansonsten festgefahrenen Gefüge der politischen Verwaltungsstruktur Ottawas zu erobern, brachte aber auch Unsicherheiten mit sich und führte zu Fehlentscheidungen und personellen Fehlbesetzungen. Dennoch verhalfen der Elan der Mitarbeiter und das Engagement für die Ideen der Multikulturalismus-Politik dieser zu ihrer populären Verbreitung.

Die Gestaltung der Einwanderungspolitik in Kanada war lange Zeit im Spannungsfeld zwischen Arbeits- und Einwanderungsministerium angesiedelt, unabhängig davon, welche Verwaltungsstruktur die Ministerien gerade einnahmen. Die Beamten in den Ministerien arbeiteten häufig gegeneinander, weil die Minister bzw. Staatssekretäre unterschiedliche Interessen verfolgten. Das änderte sich erst, als in den 1970er Jahren ein neues Einwanderungsgesetz vorbereitet wurde. Dafür traten die Politiker und Administratoren in einen breit angelegten Diskussionsprozess mit der Bevölkerung. Das Gesetz konnte 1978 auf der Basis eines soliden gesellschaftlichen Konsenses verabschiedet werden. Dieser Konsens kam dann allerdings schnell durch die Anforderungen der Flüchtlingsaufnahme auf den Prüfstand. Die (Neu-)Gestaltung der Einwanderungs-, Flüchtlings- und Multikulturalismus-Politik in den 1970er und 80er Jahren in Kanada profitierte von der Aufbruchstimmung, dem moralischen Verantwortungsbewusstsein, dem ökonomischen Spielraum und dem Bedürfnis nach Modernisierung, das die Verwaltungsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen ebenso erfasst hatte wie die Politiker und die Gesellschaft insgesamt.

Zu viertens: Die Bereitschaft, im Bereich der Migrationspolitik mit Wissenschaftlern zusammenzuarbeiten, ist in allen drei Ländern hoch. Universitär geschulte Personen mit soziologischem, historischem, politikwissenschaftlichem, anthropologischen, pädagogischem, sprachwissenschaftlichem ana-

lytischen Instrumentarium wurden um Rat gefragt bzw. stellten ihre Expertise zur Verfügung. In den Niederlanden ist der politisch-wissenschaftliche Konsultationsprozess im Wissenschaftsrat institutionalisiert, und die Minderheitenpolitik wurde auf der Grundlage einer soziologischen Expertise entwickelt. In Schweden ging man in der 1968 vom Parlament eingerichteten Einwanderungskommission davon aus, dass erst auf der Basis von soliden Kenntnissen eine Politik entwickelt werden könnte, und man erwarb sich im Laufe der sechsjährigen Auseinandersetzung mit Einwanderungsfragen einen großen Fundus an Wissen über Migrationsprozesse. Hier initiierte die Politik Forschungsprozesse und -projekte, und unterstützte und finanzierte die wissenschaftliche Entwicklung. Und in Kanada gehörte die Anhörung von Experten im Rahmen von *Royal Commissions* schon seit langem zur politischen Kultur. In den Diskussionen um das *White Paper* (1966), das *Green Paper* (1974), in der *Bi- und Bi-Commission* (1965–68) sowie zur Flüchtlingspolitik geschah das in besonders intensiver Form. Ende der 1970er Jahre, so stellte Jean Burnet¹⁰ fest, war fast jeder Wissenschaftler und jede Wissenschaftlerin, die sich im weitesten Sinne mit Migration und Ethnizität auseinandergesetzt hatte, auch in der Politikgestaltung engagiert. Dass sich nicht jede wissenschaftliche Analyse und Erkenntnis in Politik umsetzen lässt – und vielleicht manchmal auch nicht umgesetzt werden sollte –, versteht sich dabei von selbst. Wichtig erscheint mir die Bereitschaft zum Austausch, das heißt von Seiten der Politik, wissenschaftliche Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen, beziehungsweise von Seiten der Wissenschaft, politikrelevante Ergebnisse zu erarbeiten.

Zu fünftens: Es gehört zu den wichtigsten Forschungsparadigmen unserer Zeit, historische Prozesse und gesellschaftspolitische Entwicklungen nach *race*/Ethnizität, Klasse und Geschlecht zu differenzieren. Damit steht das Paradigma zunächst im Widerspruch zu modernen politischen Gestaltungsprozessen, die gerade nicht differenzieren, sondern universell Geltung finden sollen. Dieses Dilemma konnte analytisch kaum aufgehoben werden. In der kanadischen Einwanderungspolitik der Vergangenheit war Rassismus inhärent. Die Überwindung der auf Rassismus basierenden Politik war ein wichtiges Ergebnis der politischen Veränderungsprozesse der Nachkriegs-

10 Jean Burnet, *Taking into Account – the other ethnic groups and the Royal Commission on Bilingualism and Biculturalism*, in: James S. Frideres (Ed.), *Multiculturalism and Intergroup Relations*, Westport/Ct 1989, S. 9–18.

zeit. Moderne einwanderungspolitische Entscheidungen differenzieren in der Regel nicht nach Ethnizität, Klasse und Geschlecht, haben aber differenzierende Auswirkungen.

In der Vergangenheit mussten Einwanderer und Einwanderinnen häufig diskriminierende Erfahrungen in der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung machen. Von den Gewerkschaften waren sie oft ausgeschlossen, in der Lohnpolitik wurden sie diskriminiert, ihre Kämpfe um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen wurden von der etablierten Gewerkschaftsbewegung oft nicht ernst genommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholten die europäischen Gewerkschaften diese Fehler nicht, die eingewanderten Arbeiter und Arbeiterinnen konnten Gewerkschaftsmitglieder werden und wurden in den 1970er Jahren oftmals zu entscheidenden Trägern von Arbeitskämpfen. Auch wurde versucht, eine tarifpolitische Diskriminierung zu verhindern. Die durch das Konzept der Sozialpartnerschaft geprägte politische Kultur der ersten Nachkriegsjahrzehnte in Europa ermöglichte eine scheinbar problemlose Integration der »Gastarbeitergeneration«. Seit den 1990er Jahren stehen die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen vor großen Restrukturierungsproblemen, eine unzureichend ausgebildete und auf Rassismus stoßende zweite und dritte Einwanderungsgeneration ist mit vielen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Die Einwanderungspolitik hält dafür heute keine Antworten mehr parat.

Neben dem einwanderungspolitischen Differenzierungspotential nach Klasse stellt das »Geschlecht« eine sehr machtvolle Kategorie in der Strukturierung der Einwanderung und des nachfolgenden Akkulturationsprozesses dar. Die Konstruktion von Frauen als »nachgeordnet« und »abweichend von der Norm« in den Einlassbedingungen hatte weitreichende Folgen auf dem Arbeitsmarkt, im Haushalt und in der *community* ebenso wie bei der Staatsbürgerschaft/ *citizenship*. Ein geschlechtsdifferenzierender Blick auf die Einwanderungssituation verwies auf ein verändertes und erweitertes Verständnis von Familie, brachte die Anwendung unterschiedlicher Maßstäbe an den Tag, ließ aber auch die zentrale Bedeutung von Netzwerken auf der Meso-Ebene erkennen. Erst wenn Migranten und Migrantinnen in einem transnationalen System von geschlechtsspezifischen Optionen und Entscheidungen wahrgenommen werden, hat Einwanderungspolitik eine realistische Chance, gesellschaftspolitisch sinnvoll gestaltend zu wirken.

Vor allem anhand der Flüchtlingspolitik wurde das schwierige Verhältnis von universellem Anspruch und sinnvollen Differenzierungen deutlich. Die scheinbar spezifischen Bedingungen, unter denen für Frauen Flucht und

Asyl ablaufen, machten es notwendig, zusätzliche Maßnahmen einzufordern und *Gender-Guidelines* zu verabschieden. Wieder wurden Frauen als abweichend von der Norm konstruiert, dies führte jedoch zunächst zu einer Verbesserung der Hilfsmöglichkeiten. Gleichzeitig konnten die scheinbar universellen Normen der Genfer Flüchtlingskonvention in Frage gestellt werden. In allen drei Ländern konnte aufgrund des Engagements von Feministinnen die Situation von Migrantinnen rechtspolitisch verbessert werden, wenn auch nicht immer in wünschenswertem Maße. Hier kennzeichnet das Wechselverhältnis von »außerparlamentarischem« Engagement, Teilhabe an und Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse die politische Kultur.

Die Krise der Migrationspolitik in den neunziger Jahren

Seit Mitte der 1990er Jahre wird mit einer gewissen Ernüchterung die multikulturalistische Aufbruchstimmung der 1970er und 80er Jahre betrachtet. In den Niederlanden hat sich die Zahl der Menschen, die ethnischen Minderheiten zugeordnet werden, verdoppelt, dies war sowohl die Folge von andauernder Einwanderung als auch von demographischen Entwicklungen. Die Frage, ob das »Boot voll ist«, wird nun lauter diskutiert. 1994 wurde die Minderheitenpolitik einer kritischen Bewertung unterzogen, und man kam zu dem Ergebnis, dass es sinnvoller sei, die Integration zu fördern und sich dabei weniger auf die ethnischen Gruppen, sondern eher auf die Individuen zu konzentrieren. Auch wurde resigniert festgestellt, dass trotz aller Gleichstellungspolitik das Ziel der sozioökonomischen Gleichstellung von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung noch lange nicht erreicht sei. Gleichzeitig ist man in der Politik und im Wissenschaftsrat der Meinung, dass die Minderheiten mehr zur Selbständigkeit »erzogen« werden müssten und sich nicht mehr so sehr auf den Sozialstaat verlassen sollten. »Dadurch seien diese Gruppen zu abhängig von öffentlicher Unterstützung und daher zu verwundbar in Zeiten einer kritischen Neubewertung der Rolle staatlicher Verwaltungen geworden.«¹¹ Eher sollte die Nutzung des Potentials und der Talente der Minderheiten selbst gefördert werden. Die Politik möchte das durch verbesserten Sprachunterricht und den Ausbau der Erwachsenenbildung unterstützen. Die Teilnahme an niederländischem Sprachunterricht

11 Han Entzinger, Zu einem Modell der Inkorporation von Einwanderern: das Beispiel der Niederlande, in: Michael Bommes/Jost Halfmann (Hg.), *Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten*, Osnabrück 1998, S. 105–122, hier S. 114.

ist verpflichtend gemacht worden. Man hat sich nicht von dem Gedanken der multikulturellen Gesellschaft verabschiedet, doch ist der Trend zur obligatorischen Integration deutlich erkennbar. Er wird mit einer offensiven Einbürgerungspolitik unterstützt, durch die man die Allochthonen (Nicht-Niederländer) auf diesen »gemeinsamen Kern« verpflichten möchte.

Auch in Schweden wird kritische Bilanz gezogen. 1995 lebten in Schweden 936.000 Menschen, die im Ausland geboren waren, das heißt mehr als jeder 10. Einwohner. Als in den Jahren 1985–95 eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu konstatieren war, die Arbeitslosigkeit unter den »Ausländern« weiterhin über dem Durchschnitt lag und die Flüchtlingspolitik nicht mehr auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhte, wurde ein »flüchtlingspolitisches Komitee« und ein »einwanderungspolitisches Komitee« zur Analyse der Situation eingesetzt. In Bezug auf die Flüchtlingspolitik ging man davon aus, dass es einen pull-Effekt gab, den es zu verringern galt. Man wollte die Genfer Flüchtlingskonvention weiterhin liberal auslegen, aber nur noch Schwerkranken und Behinderten aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis gewähren. Auch sollten die Grenzkontrollen verschärft werden. Der Familienzuzug sollte nur noch den Mitgliedern der Kernfamilie gewährt, Rückwanderung gefördert und befristete Aufenthaltsgenehmigungen eingeführt werden. Damit hat man die früheren Prinzipien der schwedischen Einwanderungspolitik weit hinter sich gelassen. Für die Einwanderungspolitik wurde eine Effektivierung gefordert. Auch hier sollten die Einwanderer eher in die Lage versetzt werden, für sich selbst zu sorgen, und ihre Teilnahme an den gesellschaftspolitischen Gestaltungsprozessen sollte gefordert und gefördert werden. Über die rückläufige Beteiligung an den kommunalen und regionalen Wahlen war man enttäuscht. Obwohl Diskriminierungen in der Gesellschaft nicht als ein einwanderungspolitisches, sondern als ein rechtspolitisches Problem betrachtet werden, wurde keine Anti-Diskriminierungspolitik vorgeschlagen, um eine Polarisierung in der Gesellschaft zu verhindern. Damit möchte man unerwünschte Konflikte mit ethnischem Charakter entschärfen bzw. umgehen. »Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Schweden gegenwärtig versucht, die bisherige Gleichheitspolitik als Kombination aus genereller Wohlfahrtspolitik und besonderen Maßnahmen für Einwanderer in modifizierter, stärker die Eigeninitiative fördernden Form weiterzuführen.«¹²

12 Hans Ring, Einwanderungspolitik im schwedischen Wohlfahrtsstaat, in: Michael Bommers/Jost Halfmann (Hg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten, Osnabrück 1998, S. 239–249, hier S. 249.

Es ist deutlich erkennbar, dass Politiker (und Wissenschaftler) in diesen beiden Ländern aus der kritischen Bewertung des Verhältnisses von Einwanderung und Sozialpolitik zu einer Neubewertung der Einwanderungspolitik kommen. Sie möchten den Staat von der sozialen Verantwortung entbinden, ohne allerdings besonders kritisch über die Ursachen von sozialer Ungleichheit zu reflektieren. Als einziges Lösungsangebot werden verbesserte Ausbildungs- und Sprachlernbedingungen angeboten. Mit dem Hinweis auf einen »gemeinsamen Kern« bzw. die Förderung der gesellschaftlichen Partizipation wird zwar der Begriff »Leitkultur« vermieden, aber es ist der Wunsch erkennbar, etwas zu benennen, was die Gesellschaft zusammenhält.

Dieses Interesse wurde auch in der Diskussion um ein neues Einwanderungsgesetz in Kanada deutlich. Das Gesetz fordert eine aktive Integration und Staatsbürgerschaft (*citizenship*) – hier im Sinne der gesellschaftlichen Teilhabe. »We recommend new requirements for citizenship, based not only on physical presence in Canada, but also on active participation in the community.«¹³ Auch steht die Sprachkompetenz stärker im Vordergrund als früher, sie wird nun bereits bei der Auswahl prospektiver Einwanderer besonders berücksichtigt. Darüber hinaus verabschiedet man sich von der bedarfsorientierten Berufskategorie und achtet mehr auf das Entwicklungspotential von Einwanderern. Anders als noch vor einigen Jahren, als die Angst vor *public charges* ein wichtiger Ausschlussgrund war, steht die Sozialpolitik im kanadischen Diskurs zur Zeit weniger im Vordergrund. Von den Einwanderern wird »the ability to be self-supporting upon arrival« gefordert (S. 3). Das gilt jedoch nur für die Einwanderer im »klassischen« Sinne. Zum ersten Mal in der Geschichte der kanadischen Einwanderungsgesetzgebung wird zwischen Flüchtlingen und Einwanderern differenziert werden. Es wird der Begriff des *Protection System* eingeführt, um mit Hilfe einer neuen Begrifflichkeit ein von der Einwanderung separates Regime aufbauen zu können. Für diejenigen, die des Schutzes bedürfen, werden die großzügige Auslegung der Asylbewertungskriterien und schnelle, faire und rechtsstaatliche Bewertungsverfahren gefordert. Das im Sommer 2002 verabschiedete Immigration and Refugee Protection Act wird sich im Spannungsfeld von Verwaltungspraxis und Einwanderer-Alltag bewähren müssen.

Gute Beherrschung der Landessprache, staatsbürgerliches Engagement, Nutzung von Aus- und Weiterbildung im Sinne der Optimierung der Chan-

13 *Not Just Numbers: A Canadian Framework for Future Immigration*. Ottawa: Minister of Public Works and Government Services, 1998, Executive Summary, S. 3. <http://cicnet.ci.gc.ca/legrev/final/etoc.html>.

cen am Arbeitsmarkt (*marketable skills*), sozialpolitische Unabhängigkeit – das sind die einwanderungspolitischen Ziele des neuen Jahrhunderts, wie sie zur Zeit in der politischen Diskussion deutlich werden.

Im Zuge weltweiter Entwicklungen ist zu erkennen, dass die traditionellen, nationalstaatlichen Konzepte zur Regelung von Grenzkontrollen, Bürgerrechten, Wahlrechten, Wohn- und Aufenthaltserlaubnissen, sozialen Ansprüchen usw. unter dem Eindruck von Migration, aber vor allem unter dem Eindruck globaler Entwicklungen immer weniger »Sinn« machen. Dabei ist deutlich geworden, dass nationale Finanz- und Geldsysteme immer weniger greifen bzw. von zunehmend geringerer Bedeutung sind. Weiterhin wird bei der Reflexion über die globale Wirtschaft immer wieder auf die Notwendigkeit bzw. die logische Konsequenz des global sich frei bewegenden Arbeiters (seltener der Arbeiterin) verwiesen. Es geht also bei der Einwanderungsproblematik, wie Saskia Sassen aufzeigt,¹⁴ nicht um noch bessere Formen der Grenzkontrollen, sondern um die Frage, welchen »Charakter die Grenzkontrollen im Zeitalter der Globalisierung noch haben« und in welchem Maße nationale Staaten gezwungen sind, multilateral zu agieren. Auch ist noch unklar, wie die »Vergessenen des Völkerrechts«, die Migranten und Flüchtlinge, zu Rechtssubjekten in internationalen Migrationssystemen werden können. Hier ist der Verweis auf einen verbesserten Schutz der Migranten durch allgemeine Menschenrechte angebracht.

Aber neben der Sicht von außen nach innen wirft auch der Blick von innen nach außen Fragen auf. Wir haben noch kaum darüber nachgedacht, welche Bedeutung die traditionellen Bestandteile der Demokratie – Bürger, Wahlbürger, Parteien, »gesellschaftlich relevante« Gruppen, Volksvertretungen, Rechtssysteme – im Kontext des Migrationsgeschehens haben. Wie werden Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat neu definiert, welche Bedeutung haben Bürgerrechte, doppelte Staatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht und Wehrpflicht, Visa, Stipendien und Forschungsgelder für unser Demokratieverständnis, für unser Verhältnis zur Nation? In was werden die Migranten und Migrantinnen hinein integriert? Inwieweit werden diese Etiketten, Insignien des traditionellen Nationalstaates, im Migrationsgeschehen neu verhandelt, wie verändern sie dabei ihre Bedeutung? Die sozialen Konturen und politischen Spielregeln von postnationalen Gesellschaften sind noch sehr ungewiss.

¹⁴ Saskia Sassen, Migration und Staatssouveränität, in: *Le Monde Diplomatique* (Deutsche Ausgabe) November 2000.